

NEUE ZEIT



Universitätsbibliothek Osnabrück
Zweigstelle
Bibliothek Marxismus-Leninismus

SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

42

OKTOBER 1977

DAS MANIFEST DER EPOCHE DES KOMMUNISTISCHEN AUFBAUS

★

*Beim Belgrader
Treffen*

★

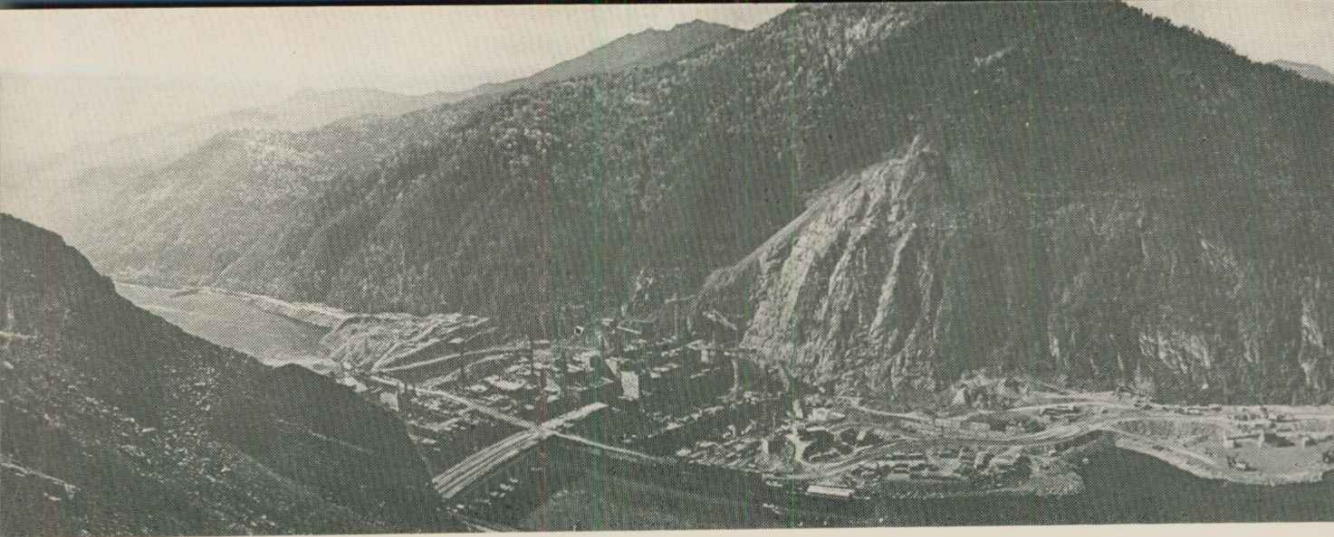
PORTUGAL:
EIN RECHTSRUCK?

★

„Sie morden
mein Volk“ — Bericht
eines ehemaligen
Häftlings aus der RSA



КОНСТИТУЦИЯ
• ОСНОВНОЙ ЗАКОН •
СОЮЗА СОВЕТСКИХ
СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ
РЕСПУБЛИК



SOWJETUNION **IM BILD**

Anläßlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution übernahmen die Bauarbeiter des Wasserkraftwerks von Sajano-Schuschenskoje die Verpflichtung, das Triebrad der ersten Turbine vorfristig zu montieren. Das Kraitwo-k wird schon im kommenden Jahr Strom liefern. Seine volle Leistung soll 6,4 Mio KW betragen.

Die Entstehungsgeschichte dieses größten Wasserkraftwerks der Welt am Jenissej geht auf das Jahr 1924 zurück. Damals hatten die Einwohner des sibirischen Dorfes Schuschenskoje auf einer Versammlung beschlossen, zu Ehren W. I. Lenins, der hier viele Monate in der Verbannung verbracht hatte, eine Wasserkraftanlage zu bauen. In jener schwe-

ren Zeit konnte das nicht in die Tat umgesetzt werden, doch der Wunsch, dem Führer der Revolution ein solches Denkmal zu errichten, lebte im Volk weiter. Nun also wird er Wirklichkeit.

Nach Abschluß der Bauarbeiten wird das Kraftwerk Mittelpunkt eines breitgefächerten Produktionskomplexes sein, von dessen Entwicklung Generalsekretär Breshnew in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XXV. Parteitag der KPdSU gesagt hatte, es sei eine „grundsätzlich neue Etappe“ in der Erschließung der Produktivkräfte Ostsibiriens.

Unsere Bilder: Hier wird der Jenissej vom Kraftwerksdamm abgeriegelt. ♦ Die Zimmermann- und Betoniererbrigade Koplenkow (Mitte) arbeitet an einem besonders wichtigen Abschnitt, wo sie die Montage des Triebrads der Turbine vorbereitet. ♦ Siedlung der Kraftwerks-erbauer.

Fotos A. Gustschin



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

DIE VERFASSUNG IN KRAFT

Eine mehrjährige, geschichtlich bedeutungsvolle Arbeit des Sowjetvolks ist zu Ende geführt: Seine Vertreter im Obersten Sowjet haben einstimmig die neue Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angenommen, das Grundgesetz des ersten sozialistischen Volksstaates der Welt.

Dieses für unser Leben bestimmende neue Gesetz entspricht einer ruhmvollen Tradition, die auf Lenin zurückgeht. Knapp zwei Monate nachdem die Macht des arbeitenden Volkes ausgerufen worden war, beschloß der III. Gesamtrussische Sowjetkongreß, daß die erste Sowjetverfassung aufgesetzt werden soll. Der V. Gesamtrussische Sowjetkongreß nahm sie an, und sie wurde am 19. Juli 1918 veröffentlicht, zu einem Zeitpunkt, wo die junge Republik von Feinden umstellt war. Dennoch hatte Lenin alle Ursache zu erklären, daß in diese Verfassung „all das aufgenommen wurde, was das Leben bereits gezeitigt hat“. Als diese Worte gesprochen wurden, tat die Revolution ihre ersten Schritte. Sie liquidierte den alten Verwaltungsapparat und vermochte zu beweisen, daß die neue Klasse, die die Macht angetreten hatte, den schwierigen Aufgaben des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Aufbaus der Russischen Föderation durchaus gewachsen war.

In den fast 60 Jahren, die seither vergangen sind, hat das von der Kommunistischen Partei geführte Volk derart viel geleistet, daß die neue Verfassung der UdSSR als geballter Ausdruck alles dessen, „was das Leben bereits gezeitigt hat“, zu einem Dokument von globaler Bedeutung geworden ist. Die äußerst vitalen und humanen Ideen von Frieden, Arbeit, Grund und Boden und Gleichstellung der Rassen und Nationen, in der ersten sowjetischen Verfassung verbrieft, sind im Zuge der sozialistischen Entwicklung unseres Landes keineswegs überholt, im Gegenteil, sie sind ausgefeilt und vervollkommen worden, und es haben sich für ihre Verwirklichung neue Möglichkeiten und Aussichten geboten. Jede Zeile der neuen Verfassung zeugt davon, daß der Sozialismus die Rechte nicht nur verkündet, sondern auch garantiert, die das menschliche Leben sinnvoll und glücklich machen und den sowjetischen Menschen mit Sicherheit und Optimismus erfüllen. Das ist die Quelle einer so gewaltigen sozialistischen Errungenschaft wie der Formierung des neuen Menschen, der sich vom

nicht absondert und die staatlichen Interessen, die Interessen des ganzen Volkes als seine ureigenen ansieht.

Nachdem die sowjetischen Menschen den Entwurf zur neuen Verfassung mit Umsicht und Sorgfalt erörtert hatten, bestätigten sie, daß dieses Grundgesetz ihren Hoffnungen entspricht, daß es ihre Leistungen und Erwartungen treffend widerspiegelt und ihre Rechte und Pflichten richtig bestimmt. Unsere Freunde in den sozialistischen Ländern messen der sowjetischen Verfassung, in der auch ihre Erfahrungen ihren Niederschlag gefunden haben, große Bedeutung dafür bei, wie sie ihre eigenen Entwicklungsperspektiven festlegen. Die Völker der jungen Staaten, die Kurs auf den Sozialismus nehmen, sehen in diesem Dokument ein anspornendes Vorbild. Für die Werktätigen der kapitalistischen Länder wird unsere Verfassung in ihrem gerechten Kampf eine unschätzbare Hilfe sein.

Jedes Volk hat Bedürfnisse, deren Befriedigung keinen Aufschub duldet, die einen auf wirtschaftlichem Gebiet, andere im Hinblick auf eine Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit, wieder andere auf dem Gebiet der Kultur und des Gesundheitswesens und noch andere hinsichtlich des Umweltschutzes. Und jedes Volk findet seine eigenen Mittel und Wege, sie zu befriedigen. Wir schätzen uns glücklich, weil sie aus unserer Verfassung, jedes auf seine Art und Weise, neue Kräfte schöpfen können, um mit ihren eigenen Problemen und Schwierigkeiten fertig zu werden. Aber eine Sache, die keinen Aufschub duldet, beschäftigt sie alle: die Festigung des Friedens. Wir wissen ja, daß jetzt nicht nur einzelne Städte, Länder, Inseln und Kontinente verwundbar sind, sondern die Erde selbst. Die sowjetische Verfassung erinnert die Menschheit daran, daß der Frieden die einzig denkbare Zukunft für sie ist. Nicht allen ist bekannt, daß es in der Geschichte rund 15 000 Kriege gegeben hat. Historiker schreiben, die Kriege hätten ungefähr ebenso viele Menschen dahingerafft, wie jetzt auf Erden leben. Die Gesellschaft des reifen Sozialismus fordert in ihrem Grundgesetz die Menschheit auf, unter diese unheimliche Statistik den Schlußstrich zu ziehen. In seiner kürzlichen Aussprache mit dem britischen Außenminister David Owen betonte Leonid Breschnew: „In der neuen sowjetischen Verfassung kommt zum Ausdruck, daß das Prinzip friedlicher Beziehungen unter den Staaten die Grundlage der Außenpolitik der Sowjetunion bildet.“

Der 7. Oktober 1977 wird von nun an rot im Kalender verzeichnet sein, denn an diesem Tag ist die neue Verfassung in Kraft getreten.

Am 7. Oktober hat der Oberste Sowjet der UdSSR auf seiner siebenten außerordentlichen Tagung die Verfassung (das Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einstimmig bestätigt. Sie ist am 7. Oktober 1977 in Kraft gesetzt, und dieser Tag ist zum Volksfeiertag, zum Verfassungstag, erklärt worden. Das Schlußwort auf der Tagung hielt Leonid Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. (Siehe S. 4.)

Vom 9. bis zum 11. Oktober hielt sich David Owen, Minister für das Auswärtige und für Commonwealth-Angelegenheiten Großbritanniens, zu einem offiziellen Besuch in Moskau auf und wurde am 10. Oktober im Kreml von Leonid Breschnew empfangen. Sie tauschten ihre Meinungen über die Fortentwicklung der sowjetisch-britischen Beziehungen aus und erörterten auch aktuelle weltpolitische Probleme, vor allem solche im Hinblick auf eine Konsolidierung der Entspannung in Europa und in der übrigen Welt, ferner auf eine Einstellung des Waffrüstens und auf Abrüstung. Grundsätzlich wurde über eine Bannung der Kernkriegsgefahr debattiert. Am selben Tag konferierten Andrej Gromyko und David Owen. Sie unterzeichneten ein Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und Großbritanniens über die Verhütung eines zufälligen Kernkriegsausbruches. (Siehe S. 16.)

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin gratulierten Erich Honecker, dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, sowie Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, zum 28. Jahrestag der Gründung der DDR. Im Gratulationsschreiben heißt es: „Die Gründung der DDR — des Friedensstaates der deutschen Arbeiter und Bauern — gehört zu den wichtigen Zeugnissen der grundlegenden Veränderung der gesamten Lage in Europa zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus.“

Leonid Breschnew gratulierte Antonio Agostinho Neto, dem Vorsitzenden der Volksbewegung für die Befreiung Angolas und Präsidenten der VR Angola, zum ersten Jahrestag der Unterzeich-

nung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Angola.

Am 9. Oktober begann in Baku ein Freundschaftstreffen der sowjetischen und rumänischen Jugend. Im Begrüßungsschreiben Leonid Breschnews an die Teilnehmer heißt es: „Von Euren Bemühungen, davon, wie aktiv Ihr Euch am Kampf für das Glück der Werktätigen und für den Triumph der unvergänglichen Ideen des Marxismus-Leninismus beteiligen, wie energisch Ihr die Einheit und Macht der sozialistischen Gemeinschaft stärken werdet, hängt weitgehend die Zukunft der Völker unserer Länder und Eure eigene Zukunft ab!“

Leonid Breschnew gratulierte José López Portillo, dem Präsidenten Mexikos, telegraphisch zum mexikanischen Unabhängigkeitstag. In einem Antworttelegramm dankte der Präsident herzlich für die Gratulation.

Am 6. Oktober empfing Alexej Kossygin im Kreml Prof. Matsumae, den Vorsitzenden des Japanischen Verbandes für Kulturverbindungen mit dem Ausland.

Eine Delegation der Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO), geführt von deren Präsidenten, S. Nuyoma, ist in Moskau eingetroffen. Am 7. Oktober traf sie mit Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, sowie mit Rostislaw Uljanowski, einem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, zusammen.

Vom 9. bis zum 11. Oktober fand ein Flug des sowjetischen Raumschiffs Sojus 25 statt, pilotiert von der Besatzung, bestehend aus dem Schiffskommandanten, Oberstleutnant Wladimir Kowaljonok, und dem Bordingenieur Valeri Rjumin. Vorgesehen waren gemeinsame Experimente mit der am 29. September 1977 auf eine Erdumlaufbahn beförderten Forschungsstation Salut 6. Am 10. Oktober wurde bei

der Annäherung an die Station wegen Abweichungen vom festgesetzten Regime die Kopplung mit dieser abge sagt. Am 11. Oktober kehrten die beiden Kosmonauten auf die Erde zurück. Die Station Salut 6 setzt ihren Flug fort.

Eine Partei- und Staatsdelegation der CSSR, geführt von Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR, hielt sich vom 3. bis zum 5. Oktober zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Berlin auf. Sie verhandelte mit einer Partei- und Staatsdelegation der DDR unter Führung von Erich Honecker. Ein neuer, 25jähriger Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der CSSR ist unterzeichnet worden.

Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PVAP, sowie Piotr Jaroszewicz, Mitglied des Politbüros ihres ZK und Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen, haben sich am 5. und 6. Oktober zu einem Freundschaftsbesuch in Ungarn aufgehalten. Sie verhandelten mit János Kádár, dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, sowie mit György Lázár, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Vorsitzenden des Ministerrats der UVR. Sie tauschten ihre Meinungen aus über die Zusammenarbeit zwischen der USAP und der PVAP und zwischen der UVR und der VRP, ferner über aktuelle weltpolitische Probleme und über Fragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Am 7. Oktober schlossen in Belgrad, beim Treffen von Vertretern der 35 Staaten, die an der KSZE teilnahmen, die offenen Plenarsitzungen. Die weiteren Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. (Siehe S. 6.)

Vom 3. bis zum 7. Oktober fand in Brighton (England) die Tagung der Labourpartei (Regierungspartei) statt.

Die Regierung von Marokko ist zurückgetreten. Ministerpräsident Osman hat am 10. Oktober die neue Regierung gebildet.



Moskau, Kreml, am 7. Oktober. Auf der siebenten außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, in der gemeinsamen Schlußsitzung der Kammern. Unsere Bilder: Am Rednerpult Leonid Breschnew, der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; die Deputierten stimmen für die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Annahme und Publikmachung der Verfassung (des Grundgesetzes) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“.

Foto TASS, S. Smirnow und A. Steschanow

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 42 OKTOBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw., Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chef-
redakteur), W. Kusnezow, B. Pistchik
(Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa,
V. Tschernjawski (Stellv. Chefredakteur
für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, eng-
lischer, französischer, spanischer, polni-
scher, tschechischer und arabischer
Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Die Verfassung in Kraft	1
I. Trofimowa — Unsere Richtschnur	4
L. Besymenski, W. Gawilewski — Nach einer Woche Belgrad	6
J. Alexandrow — Westberlin: Hier ist nichts zu revidieren	8
E. Kowaljow — Portugal: Wohin steuert Soares?	10
V. Teitelboim — Chile: Mißratene Schönheitsoperation	12
G. Pjassezki — Seefahrt tut not	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
Ernst Thälmann — „So laß den Oktober an Dich herankommen!“	18
A. Ignatow — Insel des Grauens	20
Diskussion mit dem Leser	23
PS	25
Volksdeputierte haben das Wort	26

Titelbild: Plakat von O. Besuchow, gewidmet der neuen Verfassung
der UdSSR.

UNSERE RICHTSCHNUR

Irina TROFIMOWA

Am 8. Oktober fanden die Sowjetbürger zusammen mit den Morgenzeitungen in ihren Postkästen ein Heft mit dem Wortlaut der neuen Verfassung. Jeder überzeugte sich beim Lesen davon, wie umfassend und vielseitig seine Rechte und Freiheiten und wie groß seine Pflichten vor der Allgemeinheit sind. Von jetzt an ist das die Richtschnur für das ganze Sowjetvolk.

Die Verfassung war am Vorabend, am 7. Oktober, in der Schlussitzung der außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Großen Kremlpalast angenommen worden. Wie ein Deputierter bildhaft sagte, haben die bevollmächtigten Vertreter des Sowjetvolks nach dessen einmütigem Willen in Gesetzesform niedergelegt, daß die sowjetische Gesellschaft eine Gesellschaft des entwickelten Sozialismus, der Gipfel des sozialen Fortschritts ist.

„Jahre, Jahrzehnte werden vergehen“, sagte Leonid Breschnew, „doch dieser Oktobertag wird dem Volk immer als bereites Zeugnis dessen in Erinnerung bleiben, daß die Leninschen Prinzipien von der Volksmacht einen wahren Triumph feiern. Je weiter unsere Gesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus kommt, desto vollständiger werden die in der neuen Verfassung ausgedrückten gewaltigen schöpferischen Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie — der Macht des Volkes, der Macht im Interesse des Volkes — zutage treten.“

Das Sowjetvolk hat das Hauptgesetz, nach dem es leben wird, nicht von oben bekommen. Es hat dieses Gesetz selbst geprägt. An der Diskussion über den Verfassungsentwurf haben sich über 140 Millionen beteiligt. Sie war ausführlich, und die Beiträge zeugten von Sachkenntnis. Auch dies ist ein Wesenszug des entwickelten Sozialismus, in dem wir leben. Die sowjetischen Werktätigen sind für die Erledigung der Staatsgeschäfte kompetenter denn je. Das Volk besteht durchweg aus gebildeten Menschen. Wie in der Tagung des Obersten Sowjets angegeben wurde, haben 73,2% der Arbeiter die Hoch- oder Oberschule besucht. Viele Millionen Werk-

tätige haben in den Ortschaften gelernt, Staatsangelegenheiten zu erledigen. Dem Volk ist nicht allein das Recht gegeben, über das Geschick seines Landes zu bestimmen, es ist für diese Mission auch herangebildet worden.

In der Diskussion brachten die Werktätigen auch grundsätzlich wichtige Aspekte des Lebens der Gesellschaft zur Sprache. Die Zusätze, Präzisionen und Änderungsvorschläge zielten insbesondere darauf ab, Formulierungen zu vertiefen und auszufeilen, die die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung betreffen, und die Rolle der Arbeit im Sozialismus genauer zu definieren. Ein Vorschlag besagte, in Artikel 1 solle hinzugefügt werden, daß unser Volksstaat den Willen und die Interessen der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz, der Werktätigen aller Nationen und Völkerschaften unseres Landes zum Ausdruck bringt. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, daß nicht nur die politische Grundlage und die Grundlage des Wirtschaftssystems unseres Staates, sondern auch seine soziale Grundlage definiert werden soll. Auch dieser Zusatz wurde angenommen. Artikel 19 lautet: „Die soziale Grundlage der UdSSR ist das unzerstörbare Bündnis der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz.“

Die Verfassungskommission konnte natürlich nicht alle Empfehlungen (rund 400 000) vor den Obersten Sowjet bringen. Manche waren an sich richtig, betrafen jedoch untergeordnete Angelegenheiten, andere waren grundsätzlich falsch. Beispielsweise wurde vorgeschlagen, den Begriff einer einheitlichen sowjetischen Nation in die Verfassung aufzunehmen, die Unions- und die autonomen Republiken aufzulösen oder die Souveränität der Unionsrepubliken stark einzuschränken, nämlich ihnen das Recht auf den Austritt aus der UdSSR und auf auswärtige Beziehungen abzuspüren. Das wurde damit begründet, daß sich bei uns eine geschichtlich neue Gemeinschaft, das Sowjetvolk, gebildet hat. Die soziale und politische Einheit bedeutet aber keineswegs, daß

die nationalen Unterschiede verschwinden. Es wäre widersinnig, den objektiven Prozeß künstlich forcieren zu wollen, der darin besteht, daß sich die Völker und Völkerschaften des Landes immer näher treten.

Die mannigfaltigen Vorschläge, auch diejenigen, die aus verschiedenen Gründen nicht angenommen werden konnten, geben einen Begriff davon, wie freimütig die Diskussion war. Sie reichte vielfach weit über den Rahmen des eigentlichen Wortlauts hinaus und war ein offener Meinungsaustausch über die wichtigsten Fragen unseres Lebens, die die sowjetischen Menschen beschäftigen.

Die Diskussion über den Verfassungsentwurf ging auf der Tagung des Obersten Sowjets weiter. Diese war ganz sachlich, wenn ihr die besondere Staatswichtigkeit der zur Debatte stehenden Frage auch ein etwas festliches Gepräge gab. Die Deputierten steuerten viel Wissenswertes zur Debatte bei (einige dieser Reden bringen wir im vorliegenden Heft). Valentina Nikolajewa-Tereschkowa, die Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen, und Soja Puchowa, Leiterin einer Weberei in Iwanowo, beantragten, Artikel 35 durch einen Passus über die allmähliche Reduzierung der Arbeitszeit für Frauen mit Kleinkindern zu ergänzen. Maira Amanatjewa, eine Lehrerin aus Kasachstan, sprach den Wunsch aus, man solle in die Verfassung aufnehmen, daß die geistigen Werte zur ethischen und ästhetischen Erziehung der sowjetischen Menschen verwendet werden sollen. Die Deputierten Grigori Romanow und Kasimir Luschnewski brachten folgenden Zusatz ein: Die Sowjets der Volksdeputierten und die von ihnen zu bildenden Organe müßten das Volk regelmäßig über ihre Tätigkeit und ihre Beschlüsse informieren.

Vergleicht man den Entwurf mit dem endgültigen Wortlaut, so erkennt man unschwer, daß viele nützliche Vorschläge in den Entwurf aufgenommen worden sind. Jede Zeile des Grundgesetzes ist vom Gemeinschaftssinn des Volkes geprägt.

Die Verfassung liegt vor uns als global wichtiges politisches Dokument, als die Quintessenz der 60jährigen Erfahrungen des Sowjetstaates und unserer realen Leistungen. Sie ist das Gesetz, nach dem die entwickelte sozialistische Gesellschaft lebt. Leonid Breschnew hat in seinem Bericht im Obersten Sowjet dort, wo er die Verfassung analysiert, ein

Gesamtbild vom reifen Sozialismus, entworfen, von seinem wirtschaftlichen und politischen System, von der sozialen Struktur und dem geistigen Leben seiner Gesellschaft und von seiner Außenpolitik. Das Grundgesetz bietet eine Gewähr dafür, daß sich die Aufgaben, die Struktur, die Funktionen und der Tätigkeitsmodus der Staatsorgane in der jetzigen Entwicklungsphase unseres Staates entsprechen.

Zwischen dem Anfangsstadium des Sozialismus und seiner Reife liegt ein großer Abstand — kein zeitlicher, sondern im Hinblick auf das Geleistete. In der Verfassung heißt es: „Das ist eine Gesellschaft, in der mächtige Produktivkräfte ... geschaffen wurden.“ Eine kurze Zeile, aber sie erfaßt eine ganze Epoche unseres Lebens. Sie drückt den Enthusiasmus der Erbauer von Magnitogorsk aus, den die spärliche Ration und die Kälte in den Wohnbaracken nicht zu dämpfen vermochten; die ersten Entwürfe für den Elektrifizierungsplan (GOELRO); die für heutige Begriffe primitiven Maschinen der Marke DIP (russische Abkürzung für „Einholen und überholen“), auf die das Land stolz war; unsere ersten Atomkraftwerke; Riesenbetriebe, den rapiden Fortschritt in Wissenschaft und Technik, der den Menschen den Weg zu den Sternen gebahnt hat. In jedem Lebensbereich haben wir heute neue Maßstäbe und vollziehen sich neue, tiefgreifende Prozesse.

Je mehr sich der sozialistische Staat vervollkommen, desto reger beteiligen sich Millionen Bürger an der Tätigkeit der Machtorgane, an der Leitung der Produktion und der Verteilung, an Volkskontrolle und Justiz und daran, die Kultur- und Sozialpolitik zu prägen. Unser Staatswesen wächst allmählich in eine kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung hinüber. Das ist, wie Leonid Breschnew sagte, ein langwieriger Prozeß, doch er wicket sich ununterbrochen ab. Bei der Abfassung des Grundgesetzes wurde die Dialektik der Entwicklung unserer Gesellschaft in Betracht gezogen. Es gewährleistet eine Erweiterung der sozialistischen Demokratie, u. zw. dadurch, daß es dem Tendieren zur Selbstverwaltung weiten Spielraum bietet.

Im neuen Entwicklungsstadium, in dem immer kompliziertere und verantwortlichere Aufgaben beim kommunistischen Aufbau gelöst werden, spielt die Kommunistische Partei natürlich eine immer größere Rolle. In

der Verfassung ist die Rolle der Partei als der führenden und lenkenden Kraft der sowjetischen Gesellschaft verbrieft und ihr Tätigkeitsbereich umrissen. Wie es in Artikel 6 heißt, legt die Kommunistische Partei, mit der marxistisch-leninistischen Lehre gewappnet, die Grundrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR fest, leitet sie die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes und verleiht seinem Kampf für den Sieg des Kommunismus einen planmäßigen, wissenschaftlich fundierten Charakter.

Das soll natürlich nicht heißen, daß die herrschende Partei alles einschließlich der Legislativmacht auf sich nimmt. Bürgerliche Kommentatoren, die ihre Rolle so darstellen, schreiben entweder bewußt die Unwahrheit oder haben keine Ahnung vom politischen System des Sowjetstaates. In unserer Gesellschaft maßt sich die herrschende Partei keine staatlichen Vollmachten an. Ihre Beschlüsse führt sie über die Sowjetorgane aus. Die Partei lenkt die Tätigkeit der Sowjets, übernimmt aber keineswegs deren Funktionen. Die Funktionen der Partei- und der Staatsorgane sind bei uns deutlich getrennt. Dieses Prinzip ist in der Verfassung niedergelegt. Ein aufschlußreiches Detail: Während der Diskussion über den Verfassungsentwurf liefen bei der Verfassungskommission Vorschläge von Werktätigen ein, die staatlichen Funktionen unmittelbar den Parteiorganen zu übergeben, das Politbüro des ZK der KPdSU mit der Legislativmacht auszustatten. Diese Vorschläge wurden bekanntlich nicht angenommen.

Das Sowjetvolk begrüßt es wärmstens, daß die führende Rolle unserer Leninschen Partei im wichtigsten staatsrechtlichen Dokument verbrieft ist. Sie hat sich durch ihren getreuen Dienst am Volk dessen Vertrauen erworben. Zu den schwersten Zeiten in der Geschichte des Sowjetstaates — sowohl als wir das Bettelarme, hungernde Land auf die Beine brachten, als auch in den Jahren des tödlichen Ringens mit Aggressoren —, immer hieß es: „Kommunisten, voran!“, und sie gingen dorthin, wo es am schwersten war.

Sicher können nur das Sowjetvolk und seine Gesinnungsgenossen im Ausland, die die Geschichte des Sowjetlandes nicht vom Hörensagen kennen, sondern an ihr beteiligt waren, in vollem Umfang ermessen,

was jedes Kapitel, jeder Artikel und jede Zeile des Grundgesetzes zu bedeuten hat.

Die Verfassung hat in allen Ländern Aufsehen erregt. Sie wird gründlich gelesen und besprochen. Die Führungen der sozialistischen Bruderländer sehen in ihr die Quintessenz der Theorie und Praxis des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Für unsere Freunde sind diese Erfahrungen besonders wichtig. Unabhängig von den besonderen Verhältnissen in jedem der Staaten, die den Sozialismus aufbauen, ist das Stadium des entwickelten Sozialismus ein unerläßlicher Bestandteil der sozialistischen Umgestaltungen, ein verhältnismäßig langer Abschnitt auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Für die Völker der jungen Nationalstaaten sind die im Grundgesetz der UdSSR erfaßten Leistungen ebenfalls von realem Interesse. Viele von ihnen stehen jetzt am Scheideweg. Wie ein namhafter Funktionär der KP Argentinien, Fernando Nadra, sagte, bringt die sowjetische Verfassung alle ehrlichen Menschen auf Erden dazu, sich zu überlegen, wodurch die UdSSR so hohe, humane Ziele erreichen konnte.

William Kashtan, der Generalsekretär der KP Kanadas, sagte, das Grundgesetz der UdSSR sei politisch deshalb so wirkungsvoll, weil es auf Prinzipien beruht, die in den Verfassungen der kapitalistischen Staaten fehlen. Für die Werktätigen dieser Länder ist unsere Verfassung als glänzendes Muster einer Gewährleistung der Menschenrechte eine reale Hilfe im Kampf für ihre Forderungen.

Die Weltöffentlichkeit beachtet vor allem, daß die UdSSR erstmalig in der Geschichte die Friedenspolitik zum Verfassungsprinzip erhoben hat. Wie der Jurist Charles Faulkner aus den USA bemerkt, wäre es gar nicht übel, wenn die Länder, die die Neutronenbombe entwickeln und anpreisen — diese Waffe, die das höchste Menschenrecht, das Recht auf Leben, bedroht —, dem Beispiel der UdSSR folgen und ein gleichlautendes Gesetz verabschieden würden.

Als jetzt, kurz vor dem 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution, die neue Verfassung angenommen wurde, empfanden die Kommunisten, ja alle Bürger der Sowjetunion nochmals die ganze Größe des Geleisteten und den wachsenden Einfluß ihres Landes auf die globalen Prozesse.

Nach einer Woche Belgrad

Von unseren Sonderberichterstattern
Lew BESYMENSKI und Wladimir GAWILEWSKI

Die erste Woche des Belgrader Treffens ist vorüber. Mit Diskussionsbeiträgen von Vertretern der UNESCO und der UN-Wirtschaftskommission für Europa sind die offenen Sitzungen zum Abschluß gelangt, in denen die Delegierten aller 33 beteiligten Länder Europas sowie der USA und Kanadas einleitende Erklärungen abgaben. Das Treffen hat seinen Rhythmus gefunden: Eine Sitzung folgt der anderen, Sekretäre tragen Schriftstücke in den sechs Verhandlungssprachen aus, in den Wandelhallen plaudern Delegierte und warten Journalisten auf Teilnehmer des Treffens, um von ihnen Neuigkeiten zu erfahren.

Vor allem konstruktiv

Was hat sich in diesen Tagen ereignet? Diejenigen sehen sich enttäuscht, die Zusammenstöße und Ausbrüche erwartet hatten. Hierüber sagte uns der österreichische Chefdelegierte, Botschafter Dr. Ludwig Steiner, lächelnd, der Sturm, den manche erwartet hätten, sei ausgeblieben.

Statt dessen haben die 35 Delegationen sachlich ihre Meinungen vorgebracht und damit Stoff zum Nachdenken und für die weitere Arbeit geliefert. Nicht selten waren ihre Meinungen verschieden im Ton, in der Akzentuierung und darin, wie die verschiedenen Probleme aufgefaßt werden. Viel wichtiger aber ist die weitgehende Übereinstimmung der in Belgrad vertretenen Staaten. Man darf ja nicht vergessen, daß die weltpolitische Atmosphäre vor dem Belgrader Treffen monatelang durch Angriffe auf den Entspannungsprozeß und durch Versuche getrübt war, den Geist von Helsinki zu entstellen oder sogar auszutüglern, ja daß gewisse westliche Politiker und Propagandisten schon Anstalten machten, die KSZE-Vereinbarungen und die Entspannung selbst zu Grabe zu tragen.

Das Gegenteil ist eingetreten. Keine Delegation, die die KSZE und ihren günstigen Einfluß auf das Leben in Europa nicht nach Gebühr

gewürdigt hätte. In dieser Hinsicht waren sich alle einig, die kapitalistischen und die sozialistischen Länder, die großen und die kleinen, die Mitglieder von Militärblöcken und die Blockfreien. Hier ein paar Äußerungen von Delegierten: „Das Entspannungsklima in Europa kann sich auf die Weltlage nur günstig auswirken“ (Portugal). „Der internationale Entspannungsprozeß wird immer mehr zur Grundlage der Beziehungen in der internationalen Gemeinschaft“ (Bulgarien). „Die Schlußakte ist ein Beispiel für den großen Wandel der geistig-politischen Grundlagen des internationalen Zusammenlebens“ (Bundesrepublik Deutschland).

Die meisten Delegierten hoben hervor, daß die Schlußakte keiner Revision zu unterziehen sei und einer solchen auch gar nicht bedürfe. Der Delegierte Islands sagte: „Wir sind hier nicht zusammengekommen, um die Schlußakte zu revidieren.“ Und der Vertreter Liechtensteins: „Wir dürfen die Ideen von Helsinki nicht revidieren, sondern müssen sie fortentwickeln.“ Auch andere Delegierte sprachen sich für eine schöpferische Fortentwicklung der Ideen von Helsinki aus.

Die Delegierten stellten aber nicht nur die Wichtigkeit der Entspannung fest, und buchstäblich alle sagten, es gebe für sie keine Alternative. Vielmehr lief die allgemeine Tendenz darauf hinaus, daß in den letzten beiden Jahren mehr hätte getan werden können. Zwar sind zwei Jahre nur eine kurze Zeit für die äußerst schwierige Ausführung der Schlußakte, aber alle neigten zu der Ansicht, daß ein schnelleres Tempo möglich gewesen wäre und daß manche Ideen aus Helsinki unverwirklicht geblieben seien.

Die sowjetische Delegation betonte, daß es wichtig wäre, die politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen. Das wurde in vielen Diskussionsbeiträgen gesagt. Allerdings begnügten sich manche Redner damit, einfach festzustellen, daß das Wettüben fort dauert.

Die sozialistischen Länder haben die an der KSZE beteiligten Staa-

ten erneut aufgefordert, einen Vertrag darüber zu schließen, daß sie nicht als erste Kernwaffen gegeneinander zum Einsatz bringen werden.

Wenn keiner diese Waffen als erster zum Einsatz brächte, dann könnte es auch kein Staat als zweiter, dritter, vierter oder fünfter tun. Das sagte in Belgrad der sowjetische Chefdelegierte, Juli Woronzow. Die Erörterung dieser Frage und eine Entscheidung darüber gäben ja neue Möglichkeiten für ein Vorwärtkommen bei den Verhandlungen über die Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa.

Die sozialistischen Länder betrachten es als ihre Pflicht, dem Treffen eine konstruktive, positive Richtung zu geben.

Konkret

Während der ersten Woche in Belgrad hat sich folgendes gezeigt: Was die konkrete Ausführung der Bestimmungen aus der Schlußakte und nicht ausgetüftelte Probleme betrifft, so ist erstens gar nicht so wenig getan und besteht zweitens zum Weiterarbeiten ein weites Feld, ja die meisten Länder sind bereit, sich tatkräftig daran zu beteiligen. Das zeigte sich besonders klar bei der einleitenden Debatte über den zweiten und den dritten Korb. Als die Delegierten mehrerer Länder das Geleistete aufzählten, ergab sich ein ganz deutliches Bild. Sie nannten ansehnliche Zahlen und Daten, die davon zeugen, daß die Entspannung greifbaren Inhalt annimmt. Darauf zielt auch der sowjetische Vorschlag ab, drei europäische Gremien für Umweltschutz, Energiewirtschaft und Verkehr einzuberufen. Der Vorschlag ist nicht neu, wurde aber noch nicht gründlich erörtert. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa hat es übernommen, das erste der drei Gremien zu versammeln, worüber sich viele Redner billigend geäußert haben. Warum aber nur eins? Der Vertreter der Bundesrepublik in Belgrad hat z. B. erklärt, seine Regierung halte ein gesamteuropäisches Forum für Energiewirtschaft für äußerst wichtig, es könnte gesamteuropäische Energiesysteme zustande bringen. Der Delegierte Österreichs stimmte ihm zu und nahm entschieden auch für das Verkehrsforum Stellung, an dem Österreich lebhaft interessiert sei. Dänemark schlug eine gesamteuropäische Expertenkonferenz in Grön-

land über Bauverfahren bei ewigem Frostboden vor. Monaco hält gemeinsame Ozeanforschungen für notwendig. Die Bundesrepublik brachte ein gesamteuropäisches wissenschaftliches Forum in Vorschlag. Übrigens sind einige solche konkreten Ideen schon in der Urkunde von Helsinki enthalten, was viele Redner in Belgrad denn auch erwähnt haben. Anders gesagt, liegt vor den Staaten noch ein weites Feld, auf dem sie sich produktiv betätigen können.

Fast jeder Redner erwähnte, daß alle Teile der Schlußakte gleichbedeutend sind und daß man keine Bestimmung herausreißen und den anderen entgegensetzen darf. Der französische Delegierte sagte: „Die Schlußakte ist ein gut ausgewogenes Dokument, und wir müssen uns davor hüten, irgendeinem Aspekt übertriebene Bedeutung beizumessen.“

Nach einem anderen Ausspruch, der ebenfalls Zustimmung fand, darf in der Belgrader Diskussion keinesfalls „die politische Ausgewogenheit der Vereinbarungen von Helsinki gestört werden“.

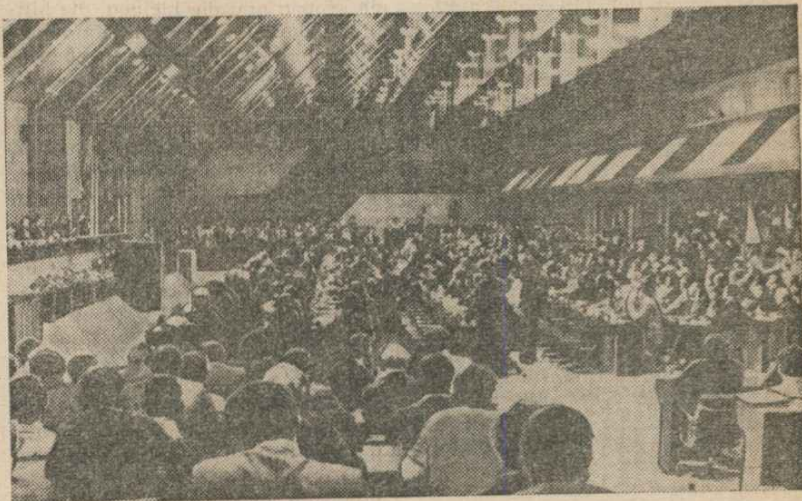
Wer das Gleichgewicht stört

Trotzdem verstießen gewisse westliche Redner, nachdem sie eben noch die Gleichwertigkeit aller Prinzipien und Bestimmungen von Helsinki anerkannt hatten, fast im selben Atemzug gegen diese Gleichwertigkeit. Besonders kraß tat das Arthur Goldberg, der Chefdelegierte der USA. Auch er sprach von der „Einheit aller Teile der Schlußakte und der Gleichwertigkeit aller Prinzipien“. Aber gleich darauf merkten die Zuhörer, daß er nur ein Prinzip meinte und sich über die Kardinalfragen des Friedens und der Entspannung — zum Unterschied von vielen seiner westeuropäischen Kollegen — fast ganz ausschwig.

Die Versuche, die Schlußakte zu entstellen, sind allgemein bekannt. Ein neues Beispiel dafür lieferte auf der ersten Pressekonferenz die US-Delegation. Sie trug den Journalisten die neueste Lesart des Berichts der vom US-Kongreß gebildeten, sattem bekannten „Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ vor (sie erschien am 23. September d. J.). Das dicke Heft trägt den verpflichtenden Titel: „Die Erfüllung der KSZE-Schlußakte: Urteil und Empfehlungen — zwei Jahre nach Helsinki“.

Was besagt das „Urteil“? Zum ersten Korb und zu einigen anderen Problemen haben die Kongreßmitglieder weder Worte noch Ideen gefunden. Dafür geben sie sogar eine Erklärung: Diese Fragen seien in anderen Dokumenten(?) erwähnt oder aber „zu kompliziert oder nebensächlich“, als daß man sich mit ihnen beschäftigen könnte (etwa das Abrüstungsproblem?). Dafür halten die Urheber des besagten „Urteils“ das Problem der Wahrung der Men-

Viele Delegierte warnten, Versuche, andere zu belehren, könnten unerwünschte Folgen haben. Nach Ansicht des dänischen Delegierten „müssen wir Fragen, über die wir uns nicht einig sind, so erörtern, daß dabei nicht das allgemeine Einvernehmen in anderen Fragen gestört wird“. Der Vertreter der Schweiz drückte sich noch bestimmter aus: „Manche Theoretiker, denen die ideologischen Kontraste noch nicht scharf genug sind, lassen sich keine



Eröffnung des Belgrader Treffens im Sava-Kongreßpalast

Foto AP-TASS

schenrechte und des Informationsflusses, das sie auf 184 von den 194 Seiten behandeln, für unkompliziert!

Darüber, wie die Menschenrechte in den USA gewahrt werden, enthält der Bericht nur ein paar Absätze, die überdies höchst oberflächlich und hochtrabend sind. Dagegen wissen die Verfasser genug über angebliche Verletzungen der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern zu berichten, wobei sie sich der bösartigsten Giftküchen bedienen.

Dieser „Bericht“ weist eine Tendenz auf, die der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nur hinderlich sein kann. Gewisse Politiker und Propagandisten des Westens, namentlich der USA, werfen sich zu Lehrmeistern für andere Länder auf.

So etwas steht im Gegensatz zum Geist von Helsinki, ja es läßt jeden Realitätssinn vermissen, worüber sich, nebenbei gesagt, real denkende Politiker im Westen völlig klar sind.

Gelegenheit entgehen, die Gegensätze aufzubauschen und hervorzukehren, womit sie der Entspannung einen Bärendienst erweisen.“

Belgrad braucht keine „Urteile“ und Urteilsverkünder von eigenen Gnaden. Diskussionen, auch über die Wahrung der Menschenrechte, sind möglich und nützlich, wenn dabei völlige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des andern walten.

Das Belgrader Treffen hat sachlich begonnen. Aus den einleitenden Erklärungen der Ländervertreter gehen die Resultate hervor, die in den beiden Jahren seit Unterzeichnung der Schlußakte erzielt worden sind. Der Frieden in Europa ist stabiler geworden. In den internationalen Beziehungen herrscht, trotz der Widerstände gegen die Entspannung, die Entspannungstendenz vor.

Unter diesem Eindruck wird in Belgrad weiterverhandelt, und zwar hinter verschlossenen Türen, aber mit demselben Verantwortungsbewußtsein wie bisher.

Belgrad, den 11. Oktober

HIER IST NICHTS ZU REVIDIEREN

Juli ALEXANDROW

Bonner Politiker aus allen Lagern greifen heute in ihren Ansprachen unbedingt die Westberlinfrage auf. Das geschieht unabhängig davon, was in der Welt und insbesondere in Westberlin gerade vor sich geht. Da muß die Stadt vor imaginären Feinden und Gefahren gerettet werden, da wird Solidarität mit ihr demonstriert, da wird Beunruhigung über ihre Lebensfähigkeit geäußert usw.

Das dürfte genügen, denn damit wäre klar, daß mit Westberlin spekuliert wird. Die einen tun es, um den Eindruck zu erwecken, die Deutschlandfrage bleibe offen, und ihre Verbundenheit zur „nationalen Idee“ zu bekunden. Andere, um mit der Aufrechterhaltung ständiger Reibungen und Unklarheiten um Westberlin die „Ostpolitik“, aber vielleicht auch die ganze bundesdeutsche Außenpolitik an der Strippe zu halten.

„Berlin ist Symbol und Gradmesser der Bereitschaft zur Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West“, hörte man unlängst von einem Bonner Regierungssprecher. Diese These wird auf alle Weise von vielen hochgestellten Persönlichkeiten der BRD wiederholt. Sie findet sich auch in NATO-Erklärungen. Wessen Bereitschaft zur Entspannung und Zusammenarbeit wird hier in Zweifel gezogen? Und gleich auch: Wie sieht die Politik der bundesdeutschen Seite selbst aus?

Der gute Wille und das konstruktive Herangehen an die Westberliner Angelegenheiten wurden von der Sowjetunion und der DDR klar und deutlich demonstriert, als am 3. September 1971 das Vierseitige Abkommen unterzeichnet wurde. Die UdSSR und die DDR taten ein Maximum des Nötigen und Möglichen unter den bestehenden realen Bedingungen, damit die Spannung von diesem Raum genommen und Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sie nicht von neuem aufkäme, um auf für beide Seiten annehmbarer Grundlage eine ganze Reihe akuter praktischer Fragen zu lösen. Die von den DDR-Behörden nach dem Abschluß des Vierseitigen Abkommens und des Transitabkommens mit der Bundesregierung ge-

schaffenen Regeln des Reiseverkehrs zwischen Westberlin und der Bundesrepublik, wie die weitgehenden Besuchsmöglichkeiten für Westberliner in der DDR, die aktive Einbeziehung Westberlins in den internationalen Austausch, das alles spricht für sich selbst. Das Vierseitige Abkommen wird von der UdSSR und der DDR nicht nur strikt, in vollem Umfang, sondern wohlwollend eingehalten. Leider läßt sich die andere Seite nicht von der gleichen Haltung leiten.

Muß man noch daran erinnern, wer gleich nach Abschluß des Vierseitigen Abkommens nach Löchern darin suchte, die sich mit einseitigen Handlungen ausfüllen ließen, wobei man verschiedenartige Präzedenzfälle schaffen wollte, mit denen die dem Abkommen zugrunde liegende Interessenbalance zum Vorteil der westlichen Seite verändert werden sollte. Man braucht auch nicht daran zu erinnern, wer sofort nach der Unterzeichnung eine sogenannte Erläuterung publizierte, die den Versuch darstellte, im vornherein einen Weg zur zukünftigen Verletzung des Abkommens festzulegen und dafür eine juristische „Handhabe“ zu schaffen.

Die Verletzungen waren also vorprogrammiert und wurden systematisch vollzogen. Dann folgte der berühmte Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973, mit dem Westberlin erneut zu einem „Land der Bundesrepublik“ erklärt und alle Bundesbehörden angewiesen wurden, eben davon auszugehen. Das alles waren Glieder einer Kette. In der BRD vertrat man die Ansicht: Wenn das Vierseitige Abkommen schon jemand verpflichtete, dann nur die UdSSR und die DDR, die BRD aber könne genauso weiter verfahren, wie vor Abschluß des Abkommens.

In jüngster Zeit wird davon offen geredet und geschrieben. Und zwar nicht nur von Journalisten. Solchen Vorstellungen hängen auch Leute an, die für die Außenpolitik der Bundesrepublik in Verantwortung stehen.

Da die Dinge so weit gehen, muß man sich auch nicht wundern, daß die Verletzungen und Umgehungen

des Vierseitigen Abkommens sich keineswegs verringern. Das ist kein Zufall, es ist eine Linie, allerdings eine kurzsichtige und riskante. Sie führt Reibungen herbei, wirkt sich negativ auf das Entwicklungstempo der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern aus, gefährdet die günstigen Wandlungen, die das Vierseitige Abkommen mit sich brachte. Im Lande selbst heizt es Stimmungen an, die als Nährboden einer Festigung der Stellung und der Intensivierung der um die CDU/CSU gruppierten Rechtskräfte dienen.

Seit dem vergangenen Jahr pflegen die CDU-Frakturen verschiedener Bundesländer in Westberlin zu tagen. Das sind reine Provokationen. Anders läßt sich das nicht deuten. Unter dem Vorwand der „Sorge“ um Westberlin will die CDU Spannungen im Zentrum Europas auslösen. Die CDU-Abgeordneten aber beschäftigen sich dazu noch mit solchen Dingen wie die Einrichtung neuer Bundesinstitutionen in Westberlin, die Freilassung des Kriegsverbrechers Heß, sind also auf Eklat aus.

Die CDU nutzt die Westberlinfrage für ihren Machtkampf. Sie provoziert Spannung. Nun sollte man meinen, die politischen Gegner der CDU müßten Vernunft und Verantwortung zeigen, die den Regierungsparteien gut anstünden. Statt dessen beeilt sich eine Konferenz der FDP-Fraktionsvorsitzenden der Bundesländer mit der Entscheidung, die FDP-Fraktion jedes Landtags müsse von nun an einmal im Laufe ihrer Amtszeit in Westberlin zusammentreten. Sehr wahrscheinlich wollten die FDP-Abgeordneten damit zeigen, daß sie sich nicht minder als die CDU um Westberlin „sorgen“. Tatsächlich haben sie aber damit gezeigt, daß die CDU, wenn schon nicht die Strategie, dann bestimmt aber die Taktik hinsichtlich Westberlins diktiert. Was die Strategie betrifft, wird man den Eindruck nicht los, daß sie seit langem, schon seit Adenauer festgelegt ist und seither keinerlei prinzipielle Änderungen erfahren hat.

Ende Oktober wollen in Westberlin alle Ministerpräsidenten der Bundesländer zusammenkommen, obwohl sie genau wissen, daß Westberlin nicht Bestandteil der BRD ist. Der primitive Hintergedanke dabei ist recht dreist: An der Tagung soll der Regierende Bürgermeister Westberlins auf gleicher Ebene mit den Ministerpräsidenten der Länder

teilnehmen, als sei Westberlin, trotz des Vierseitigen Abkommens und aller Beschlüsse, aller Vorbehalte der drei Westmächte zur BRD-Verfassung, dennoch ein Bundesland. Darüber hinaus soll der Regierende Bürgermeister zum Vorsitzenden der Konferenz gemacht werden! An diesem Stückchen beteiligen sich nicht nur die Oppositionsparteien CDU und CSU, nicht nur die „nach allen Seiten offene“ FDP, sondern auch die SPD.

Im Bundestag behaupten Staatssekretäre von Bonner Ministerien, gemäß der „deutschen Rechtsauffassung“ sei Berlin ein Bundesland. Diese These wird in hunderten Propagandaschriften verbreitet, die die BRD ins Ausland verschickt. Weder offizielle BRD-Organen noch die drei Mächte in Westberlin wollen diese verantwortungslosen Erklärungen dementieren und den politischen Demonstrationen sowie der Verbreitung von Fehlinformationen ein Ende machen.

Das Vierseitige Abkommen verbietet den Mißbrauch der Kommunikationswege der DDR, über die der zivile Transitverkehr zwischen Westberlin und der BRD läuft. Es gibt jedoch Mißbrauch, worauf Bonn von der DDR-Regierung mehrmals hingewiesen wurde, die dabei betonte, daß es die unmittelbare Pflicht der BRD-Behörden und des Westberliner Senats sei, diesen Mißbrauch abzustellen, sofern diese an einem störungsfreien Transitverkehr interessiert seien. Im Westen aber tut man so, als verstehe man nicht. Darüber hinaus hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe dieser Tage ein Urteil gefällt, dem zufolge die Nutzung der Transitwege der DDR z. B. zur Menschenverschleppung aus der DDR in Verletzung der Grenz- und Zollordnung der Republik keineswegs gesetzwidrig ist. Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs ist sogar die Gründung von „kommerziellen“ Betrieben, die sich mit diesem Gangsterhandwerk befassen, durchaus zulässig, werden doch DDR-Gesetze verletzt, was in der Bundesrepublik sogar als begrüßenswert gilt.

Daß damit auch das Transitabkommen, vom Vierseitigen Abkommen gar nicht zu reden, verletzt wird, kümmert den Bundesgerichtshof nicht. „Das Transitabkommen mit der DDR vom 17. Dezember 1971, das die Bundesregierung verpflichtete, einen Mißbrauch der Transitwege zu verhindern, regle ausschließlich die Beziehungen zwi-

schen der Bundesrepublik und der DDR. Es begründe aber keine Rechte und Pflichten privater Personen“, verkündeten die Richter.

Dabei werden die Kommunikationswege der DDR doch keineswegs von der BRD höchstpersönlich oder nur von ihren Regierungsmitgliedern benutzt. Benutzt werden sie von Millionen Bundesbürgern und Westberlinern. Für sie gelten also die Bestimmungen des Transitabkommens nicht? Es wäre interessant zu wissen, was man in der BRD und in Westberlin sagen würde, wenn auch die DDR aus den verantwortungslosen juristischen Übungen des Bundesgerichtshofs praktische Schlüsse zöge. Wenn das Verbot eines Mißbrauchs Privatpersonen nicht berühren soll, weshalb sollte dann die im Transitabkommen verankerte Vereinfachung der Grenz- und Zollkontrolle und auch alles andere Anwendung finden, was letztlich den Transit leichter, besser und störungsfreier macht?

Im Völkerrecht besteht die Regel: Entweder werden Verträge vollständig eingehalten, oder sie gelten als nicht eingehalten. Entweder also gewährleisten die BRD und Westberlin durch innenpolitische Akte die Einhaltung ihrer Verpflichtungen aus den Verträgen oder sie müssen zugeben, daß sie sie nicht einhalten wollen und alle sich daraus ergebenden Folgen auf sich nehmen. Juristische Feinessen helfen hier nicht.

Solche Feinessen sind im Westen übrigens immer mehr im Schwange. Manch einer denkt vielleicht, es genüge, juristische „Begründungen“ zu illegalen Aktionen zusammenzuzimmern und sich auch noch auf die „oberste Gewalt der drei Mächte“ zu berufen, dann ist alles in Butter.

Erst am 2. Oktober haben die Militärbehörden der drei Mächte in Westberlin erklärt, sie gestatteten Vertretern der Bundesanwaltschaft vor einem Westberliner Gericht als Ankläger gegen Personen aufzutreten, die beschuldigt werden, vor einiger Zeit den Westberliner CDU-Vorsitzenden Lorenz entführt zu haben. Das ist eine weitere grobe Verletzung des Vierseitigen Abkommens, das Organen und offiziellen Personen der BRD eindeutig jegliche Akte der Ausübung unmittelbarer Staatsgewalt in Westberlin untersagt. Ein Bundesanwalt in einem Westberliner Gericht, sollte das nicht ein Beispiel für den Anspruch auf

die Ausübung solcher Gewalt sein?

Zur Begründung führt die Alliierte Kommandantur einen lächerlichen Vorwand an: Die bundesdeutschen Staatsanwälte erschienen gemäß einem Bundesgesetz in der Stadt, das seinerzeit vom Senat ebenfalls als ausschließlich diese Stadt betreffendes Gesetz beschlossen wurde. Um so schlimmer für die drei Westmächte, die eine solche Entscheidung zuließen, ohne dafür zu sorgen, daß die nötigen Korrekturen an dem Gesetz vorgenommen wurden. Doch auch in diesem Falle mußte jegliche Berufung dieses Gesetzes auf Bundesinstanzen gemäß dem besonderen Status von Westberlin lediglich als Berufung auf entsprechende höhere Stadtinstanzen verstanden werden. So jedenfalls lautete der Standpunkt der drei Westmächte bis zur jüngsten Zeit. Davon abzugehen, hieß, der praktisch unbegrenzten Einmischung von Bundesorganen in Westberliner Angelegenheiten Tür und Tor zu öffnen. Denn das Westberliner Abgeordnetenhaus übernimmt vor der Nase der Alliierten Kommandantur ein Bundesgesetz nach dem anderen, behauptet, das seien nun „Westberliner“ Gesetze, ohne sich darüber Gedanken zu machen, ob das vom Standpunkt der Lage Westberlins zulässig ist. Auf der Basis solcher Gesetze könnten morgen schon Dutzende Bundesbeamte erscheinen und den Wunsch äußern, offizielle Funktionen auszuüben, und die Alliierte Kommandantur würde das dann auch weiter unter Berufung auf „Westberliner“ Gesetze decken.

Jedenfalls stellt sich jetzt folgendes Bild dar: Ein Vertreter des Bundesjustizministeriums erklärt, die Staatsanwälte der BRD „unterliegen der obersten Gewalt, die die drei Mächte in Berlin (West) bekanntlich ausüben“. Die drei Westmächte wiederum sagen, sie treffen ihre Entscheidungen gemäß der Bundesgesetzgebung. Da beißt sich doch der Hund in den Schwanz. Also ein abgekacktes Spiel.

Besonders deutlich zeigte sich das Ende August, als die Militärkommandantur nach langen Überlegungen einen Befehl veröffentlichte, der es Westberlin im Zusammenhang mit den auf 1978 in den EG-Ländern angesetzten unmittelbaren Wahlen in das sogenannte Europa-Parlament gestattete, seine Vertreter im Rahmen der Abgeordnetenquote der Bundesrepublik in dieses EG-Organ zu entsenden. Das geschah trotz der besonderen Warnung der Sowjet-

union, ein solcher auf die einseitige Veränderung der Lage im Geltungsbereich des Vierseitigen Abkommens und auf die Einbeziehung Westberlins in das System der politischen und militärischen Integration der westeuropäischen Länder gerichtete Schritt könne nicht ohne Folgen bleiben. Auch in diesem Falle berief sich Bonn auf die oberste Gewalt der drei Westmächte, und die Westmächte beriefen sich auf eine Erklärung der BRD bei ihrem Eintritt in die EG und wollten ganz und gar nicht begreifen, daß die Einhaltung des Vierseitigen Abkommens und die Einbeziehung Westberlins in den Kompetenzbereich der EG-Organen unvereinbare Dinge sind.

Die Aufzählung solcher Beispiele ließe sich leicht fortsetzen. Die immer wieder auftauchende Berufung auf die oberste Gewalt der drei Westmächte kann nicht eine Verletzung des Vierseitigen Abkommens decken oder rechtfertigen. Man muß daran erinnern, daß diese Gewalt keineswegs unbegrenzt und unbestreitbar ist. Sie ergibt sich aus den Abkommen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Verletzungen und Umgehungen des Vierseitigen Abkommens zeugen nicht nur davon, daß gewisse Kreise der BRD auf seine Aushöhlung aus sind. Sie zeigen ferner, daß die drei Westmächte ihre im Vierseitigen Abkommen eingegangene Verpflichtung unzureichend erfüllen, dafür zu sorgen, die Verbindungen zwischen Westberlin und der BRD unter Berücksichtigung dessen zu unterhalten und zu entwickeln, daß diese Stadt nach wie vor kein Bestandteil der BRD ist und auch in Zukunft nicht von ihr verwaltet wird.

Die Aufrechterhaltung einer ruhigen Situation um Westberlin steht in unmittelbarer Beziehung zur Sicherung einer normalen Zusammenarbeit im Zentrum Europas. Das berührt alle interessierten Staaten gleichermaßen. Es wäre falsch zu denken, irgend jemand sei daran mehr, ein anderer weniger interessiert.

Der Sinn des Vierseitigen Abkommens besteht darin, Spannungen jetzt und in der Zukunft auszuschalten. Das Abkommen hat dafür die nötigen Voraussetzungen geschaffen. Es muß aber von allen Seiten strikt und vollständig eingehalten werden.

PORTUGAL

WOHIN STEUERT SOARES?

Eduard KOWALJOW

Die mehr als drei Jahre seit dem denkwürdigen Morgen des 25. April 1974, an dem in Portugal die faschistische Diktatur gestürzt wurde, waren ausgefüllt von heftigen Klassenkämpfen zwischen den Kräften, die für sozialen Fortschritt und eine demokratische Entwicklung des Landes sowie für eine Konsolidierung seiner nationalen Unabhängigkeit sind, und denen, die die alten Zustände in irgendeiner Form wiederherstellen, ein wirklich demokratisches Regime nicht zustande kommen lassen und die revolutionären Errungenschaften gegenstandslos machen wollen.

Dank dem opfermutigen Kampf der Werktätigen wurde in den ersten Revolutionsjahren viel getan: wichtigste politische, soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen wurden vorgenommen, eine demokratische Verfassung verabschiedet und die Schlüsselindustrien verstaatlicht. Im Süden ging die Bodenreform zügig voran. In vielen Betrieben bildete und betätigte sich eine Arbeiterselbstverwaltung.

Aber trotz der eingeführten konstitutionellen Ordnung und trotz der relativen politischen Stabilisierung wurde das Land mit vielen, vom faschistischen Regime herrührenden sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht fertig. Portugals Finanz- und Wirtschaftslage ist nach wie vor schwer und seine politische Lage verworren.

Nach einem Urteil, das die PKP in einem vom Plenum ihres ZK im Juli 1977 bestätigten programmatischen Dokument abgab, befindet sich das Land zur Zeit in einer neuen und gefährlichen Entwicklungsphase. Charakterisiert wird sie durch die nachdrücklicheren Versuche der Rechten, einen Generalangriff auf die revolutionären Errungenschaften des Volkes einzuleiten und den Großkapitalisten und Agrariern, die mit dem internationalen Imperialismus verbunden sind, die wirtschaftliche und politische Macht zurückzugeben.

Unter dem Druck der Rechten hat die Regierung der SP ihr ursprüngliches Programm eigentlich fallengelassen und macht dem einheimischen Kapital und dem internatio-

nalen Imperialismus immer neue Zugeständnisse. Infolge dieser Politik haben die Rechten, die Großbourgeoisie und die Großagrarien im vergangenen Sommer durchgesetzt, daß eine ganze Reihe antidemokratischer Gesetze im Parlament dank den Stimmen der sozialistischen Abgeordneten und der Vertreter der Rechtsparteien durchgekommen sind.

So wird die vorgenommene Verstaatlichung durch das Gesetz über „Grundprinzipien“ für die Abgrenzung des gesellschaftlichen und des privaten Wirtschaftssektors in Gefahr gebracht. Ein Gesetz über Entschädigung der ehemaligen Aktionäre und Besitzer von Betrieben und Gütern stellt diesen Milliarden Escudo auf Kosten der Werktätigen zur Verfügung. Weiter zielt ein Gesetz „über die Grundlagen einer neuen Bodenreform“ darauf ab, das zunichte zu machen, was die ländlichen Werktätigen in den ersten Revolutionsjahren errungen hatten, und im Süden auf dem flachen Lande den Großgrundbesitz und die kapitalistische Wirtschaftsführung wiederherzustellen.

Nacheinander werden „Projekte“ für die politische Führung des Landes aufs Tapet gebracht: die Bildung eines Kabinetts aus Vertretern der SP und der Unabhängigen, die das Vertrauen der Bourgeoisie genießen; eine Koalitionsregierung aus Sozialisten und Sozialdemokraten und schließlich eine aus Sozialisten, Sozialdemokraten und dem katholischen Zentrum.

In den letzten Wochen kommen besorgniserregende Nachrichten aus der Provinz Alentejo, einer von den Zonen, in denen die Agrarreform vorgenommen wird. Dort kam es schon mehrmals zu Zusammenstößen zwischen Gendarmerie und Genossenschaftsbauern. Ende September wurde ich zu einer vom Kreissekretariat der Kollektivwirtschaften in Évora veranstalteten Pressekonferenz eingeladen. Es sprachen Vertreter zweier großer landwirtschaftlicher Genossenschaften, denen die Behörden weitläufige Ländereien entzogen hatten, um sie den früheren Großgrundbesitzern zurückzuerstatten.

Wie Bauern berichteten, wurden, um die Rückerstattung der Parzellen zu sichern, zusammen mit den Landmessern 300 Polizisten mit Panzerwagen, die mit MGs bestückt waren, und zahlreiche bis an die Zähne bewaffnete berittene Gendarmen in die Dörfer geschickt. Befehligt wurde diese „Expedition“ von dem in Alentejo berüchtigten Leutnant Jeronimo Santos, der schon mehrmals blutige Zusammenstöße zwischen seinen Gendarmen und Zivilisten provoziert hatte.

Das geschah auch am 20. September. Wie der Genossenschaftsbauer Cipriano Coveiro berichtete, der bei dem Zusammenstoß verwundet worden ist, trieben die Soldaten auf Befehl des Gendarmerieoffiziers die Bauern, unter denen auch Frauen und Kinder waren, mit MPI-Kolben, Schlagringen und Bajonetten auseinander. Auch gaben sie einige Schreckschüsse ab. Viele Bauern wurden schwer verwundet.

Das neue Agrargesetz, die Bill Barreto, die die Regierung mit Mühe und Not im Verfassungsausschuß durchbrachte (auf dessen Mitglieder die rechte Presse einen starken Druck ausübte), richtet sich, der fortschrittlichen Presse Portugals zufolge, im Grunde genommen darauf, in der Zone der Agrarreform das Bodenbesitzsystem wiederherzustellen, das auf kapitalistischem Eigentum beruht.

Beunruhigend ist die Lage auch in den Industrien, die verstaatlicht oder unter Staatskontrolle gestellt sind. Unter dem Druck des einheimischen und ausländischen Kapitals hat die SP-Regierung begonnen, die staatlich kontrollierten Betriebe ihren früheren Besitzern zurückzugeben. Gearbeitet wird an Projekten für eine Schließung der verstaatlichten Betriebe oder für eine weitgehende Drosselung ihrer Produktion sowie für einen Abbau unter dem Vorwand, diese Betriebe modernisieren und rentabler machen zu wollen.

Starken Widerhall in der Landespresse findet der Kampf der Arbeiter und Angestellten der COPAM (Portugiesische Gesellschaft für Stärkeerzeugung), die die Behörden im Sommer ihrem früheren Besitzer zurückerstatten wollten. Unter ihm war die Firma beinahe bankrott gewesen. Unter Vorschubleistung der Regierung und entgegen den geltenden Arbeitsgesetzen entließ er fristlos einige Dutzend Belegschaftsmitglieder, darunter aktive Gewerkschafter, und stellte statt

ihrer ausgesprochene Söldner ein, nicht so sehr für die Belegschaft wie dafür, die übrige Belegschaft einzuschüchtern.

Die Lage der werktätigen Massen verschlechtert sich in jeder Hinsicht. Portugal hat schon fast 500 000 Arbeitslose (ca. 15% der erwerbstätigen Bevölkerung), und die kapitalistischen Unternehmer kündigen bei völliger Gleichgültigkeit des Arbeitsministeriums tagtäglich Hunderten (im ersten Halbjahr 1977 setzten sie über 20 000 Personen auf die Straße).

Die Lebenshaltungskosten sind bedeutend gestiegen, der Reallohn sinkt (voriges Jahr auf 30%), und die Preise klettern unablässig in die Höhe. Für manche Massenbedarfsartikel sind sie um 30–40% hinaufgegangen. Erhöht sind die Gebühren für Gas, Wasser, Strom und Telefon, ebenso die Benzinpreise.

Gleichzeitig haben die Unternehmer eine ausgesprochene Offensive auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte eröffnet, die die Werktätigen nach der Revolution vom 25. April errangen. Begleitet ist sie von Repressalien, Verfolgungen, von Willkür- und Gewaltakten gegen die Werktätigen von Stadt und Land. Immer hartnäckiger wird versucht, die in der Verfassung verbrieften demokratischen Freiheiten einzuschränken: das Streikrecht, die Arbeiter selbstverwaltung, die freie Meinungsäußerung und die Abhaltung von Versammlungen und Kundgebungen.

Das Abgleiten der Regierung Soares nach rechts erregt bei den Fortschrittskräften des Landes, die sich für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und ein wirtschaftliches Gedeihen des Landes einsetzen, ernste Besorgnis. Sie sind fest entschlossen, die Errungenschaften aus der „Revolution der roten Nelken“ zu behaupten, die in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landes eingetretenen demokratischen Veränderungen (Verstaatlichung, Agrarreform, Arbeiterkontrolle) zu konsolidieren und die bestehenden Wirtschaftssektoren — in erster Linie den verstaatlichten und den genossenschaftlichen — in ihrem jetzigen Umfang aufrechtzuerhalten. Dann wäre nämlich die Wiederherstellung der Volkswirtschaft gesichert und würde sich die nationale Unabhängigkeit festigen. Dafür, daß dieser Weg eingeschlagen wird, kämpfen die Kommunisten, die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen Portugals.

NZ

STREIFLICHTER

■ SÜDLICHES AFRIKA

Die Patrioten von Simbabwe verstärken ihren Kampf gegen die rhodesischen Rassisten. Wie das Organ der Patrioten, COMBAT DIARY, am 7. Oktober meldete, vernichteten die Partisanen vom Juli bis September d. J. 598 rhodesische Soldaten und Polizisten. Das sind die höchsten Verluste bei den Rassisten, die je gemeldet wurden. Über 1000 rhodesische Soldaten wurden verletzt, zwei Hubschrauber und ein Flugzeug abgeschossen. Die Patrioten unternahmen eine Reihe erfolgreicher Attacken gegen wichtige Bahnlinien und Brücken. Der größte Zusammenstoß erfolgte bei Lupane (Nordwestrhodesien), wo 52 rhodesische Soldaten getötet wurden.

Die Zahl der Afrikaner, die vor dem Terror der Rassistenregimes in der RSA und Rhodesien flüchten, nimmt zu. Wie das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL meldete, fliehen bisweilen die Einwohner ganzer Dörfer nach Sambia, Mosambik und Botswana. Nach Botswana kommen täglich 90 Flüchtlinge aus der RSA und Rhodesien. Auch weiße Siedler, die eine weitere Zuspitzung der Lage befürchten, fliehen dorthin. In den ersten sieben Monaten d. J. haben 7000 Weiße Rhodesien und 14 000 Weiße die RSA verlassen.

■ INDIEN

Die Verhaftung des ehemaligen Premierministers Frau Indira Gandhi am 3. Oktober hat die politische Lage im Lande verschärft. Indira Gandhi wurde vor allem bezichtigt, Gelder von Großindustriellen für ihren Wahlkampf in diesem Frühjahr entgegengenommen zu haben. Doch schon am nächsten Tag wurde sie auf Verordnung des Magistratschefs von Delhi, R. Dayal, freigelassen, der die Anschuldigung als unbegründet ansah. In einer Reihe von Städten fanden Demonstrationen gegen die Verhaftung Indira Gandhis statt.

Das Zentrale Exekutivkomitee der KP Indiens nahm eine Resolution an, in der es sich für eine „sorgfältige Untersuchung der Umstände in Verbindung mit den Exzessen und Korruptionsfällen

MISSRATENE SCHÖNHEITSOPERATION

Volodia TEITELBOIM

Mitglied der Politkommission des ZK der KP Chiles

Jedes Kind weiß, daß an den Händen der Pinochet-Henker Blut klebt, wie grauenhaft die faschistische Diktatur ist. Die Junta hat 30 000 Ermordete und 2500 politische Häftlinge auf dem Gewissen.

Die Pinochet-Junta kämpft krampfhaft um ihre Macht und will deshalb die Fassade des Regimes auffrischen. Sie hat wohl das Sprichwort vergessen: Ein Gorilla bleibt auch in Seide ein Gorilla.

Die kosmetische Operation wickelt sich in zwei „Schönheitssalons“ ab: einem einheimischen, sozusagen pro domo suo, aber mit der Hoffnung auf ein positives Auslandsecho, und einem fescheren in Washington. Dieser zweite Salon, vor den sich die amtlichen, Militär- und Finanzkreise der USA schützend stellen, tut nicht wenig, um die Junta für die Weltöffentlichkeit „attraktiv“ zu machen.

Mit Pauken und Trompeten verkündete die Junta im August d. J. die Auflösung des Nationalen Aufklärungsdienstes (DINA), der sich überall den traurigen Ruhm der chilenischen Gestapo zugezogen hatte. Allerdings verlautete sofort, daß an ihre Stelle das CENI (Nationales Informationszentrum) trete. Bis auf den Namen ist jedoch alles nach wie vor: In dem CENI produzieren sich dieselben Schergen wie in der weiland DINA, das CENI hat dasselbe „Instrumentarium“ für Verhöre, Foltern, dieselben Konzentrationslager und dieselben Finanzquellen.

Diese Organisationen gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Übrigens: Als die Zeitschrift *Hoy* (Santiago) die Erlasse über die Gründung von DINA und CENI in zwei Nebenspalten drucken wollte, verbot die Junta die Publikation.

Kein Wunder, daß das ausgewechselte Aushängeschild niemanden täuschen konnte. Die *Times* (London) schrieb im September: „Nach vier Jahren faschistischer Diktatur sieht man immer noch keine Anzeichen dafür, daß das Pinochet-Regime seinen Kurs ändern will. Es hält sich nur durch den Terror der Diktatur. Der Namenswechsel bei der DINA ist nur eine pompös aufgezogene Farce.“

Als nächstes machte sich Pinochet auf die Suche nach Putzwerk, damit aus Diktatur Demokratie werde. So nennen denn die chilenischen Rädelsführer ihre „Demokratie“ autoritär, vernünftig, ganzheitlich, allgemein usw.

Was steckt dahinter?

Pinochet jongliert mit Worten, um das Publikum zu irritieren. Laut verkündet er nun, das Regime trete ins Stadium der „Institutionalisierung“, werde also legal. Als der Diktator das in Valparaiso wieder einmal erklärte, fügte er die philosophische Sentenz hinzu: „Hätten wir das nicht getan, so hätte das bedeutet, daß die Zeit stillsteht.“

In Wirklichkeit aber ist es ein Versuch, die Zeit zum Krebsgang zu zwingen, nicht die Demokratie, sondern den Faschismus zu „institutionalisieren“. Hierin wiederholt Pinochet sowohl Hitler und Mussolini als auch Salazar und Franco. Er will — sieh mal an — eine „autoritäre Demokratie“ errichten, und zwar in drei Etappen: Wiederherstellung (1973–1980), Übergang (1980–1985) und Konsolidierung. Und dabei erklärt er, direkte Präsidentschaftswahlen gebe es bis 1991 nicht.

Mit Ausnahme seiner Liebediener lehnt unser ganzes Land die Ansprüche Pinochets, bis Ende des Jahrhunderts an der Macht zu bleiben, ab. Von den zahlreichen Beweisen dafür sei ein kleines, aber beredtes Beispiel angeführt. Am 15. August veranstaltete das Fernsehen Santiago auf Pinochets Weisung eine Sondersendung mit einem Spendenaufruf für die Überschwemmungsgeschädigten. Die Fernsehteilnehmer wurden aufgefordert, im Studio anzurufen und ihre Spenden anzubieten, wobei die Telefonate direkt gesendet wurden. Unter anderen rief eine Dame an, die sich als Errázuriz Cousiño vorstellte — ein Name, der in Chile als aristokratisch gilt. Sie spendete einen Fiat 600. Die ob dieser Freigebigkeit erschütterte Ansagerin geizte nicht mit Dank und Komplimenten. Die Dame am anderen Ende der Leitung fügte hinzu, sie werde auch vier Flugkarten nach Europa

bezahlen. Die Ansagerin begann wieder mit Dankesworten, aber die Dame unterbrach sie: „Die Karten sind für die vier Junta-Mitglieder, sollen sie fahren und nie zurückkehren!“ Die Ansagerin konnte gerade noch „Entsetzlich!“ stottern.

Der Protest gegen die Diktatur äußert sich in vielen, oft dramatischen Formen. Genannt sei z. B. der lange Hungerstreik von 24 Frauen und zwei Männern, Verwandten von Menschen, die die DINA spurlos verschwinden ließ. Sie veranstalteten ihren Hungerstreik in den Räumen der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika in Santiago. Mit ihrer Manifestation haben sie die Junta mutig herausgefordert und die Situation im Lande merklich beeinflußt. Pinochet mußte versprechen, bis zum 23. September authentische Angaben über die „Verschollenen“ vorzulegen und die Teilnehmer des Hungerstreiks nicht zu bestrafen. Doch hat er bis heute nichts mitgeteilt. Zweifellos wird dieses erneute gebrochene Versprechen von Bedeutung sein, wenn die UNO-Vollversammlung ihre vierte Resolution über die Verurteilung der unmenschlichen Praktiken des Faschismus in Chile annehmen wird.

Das ganze Volk dagegen

Die Opposition in Chile erstarkt, ihre heutigen Ausmaße waren noch vor zwei, ja vor einem Jahr kaum vorstellbar. Sie reift in der Illegalität heran, tritt aber immer mehr zutage. Das Volk protestiert unmißverständlich gegen die Diktatur. So richteten 852 Gewerkschaftsführer vor kurzem eine Denkschrift an die Junta, in der sie eindeutig die Absicht Pinochets, den Faschismus zu „institutionalisieren“, zurückwiesen sowie „gewerkschaftliche Freiheiten und die baldigste Demokratisierung des Landes“ forderten. Auf einer Pressekonferenz in Santiago am 3. September erklärte der demokratische Gewerkschafter Eduardo Ríos: „Wir werden beschuldigt, Kommunisten zu sein. Wenn die Wirklichkeit zu enthüllen, die wahre Wirklichkeit in ihrem wahren Wesen zu zeigen gleichbedeutend ist mit Kommunist — ja, dann sind wir wirklich alle Kommunisten.“

300 Aktivisten von Jungarbeiter- und Studentenorganisationen veröffentlichten eine Erklärung mit der Forderung, die von Pinochet reklamierten „neuen Strukturen“ zu erläutern. Sie stellen die Frage: „Was ist das für eine Demokratie,

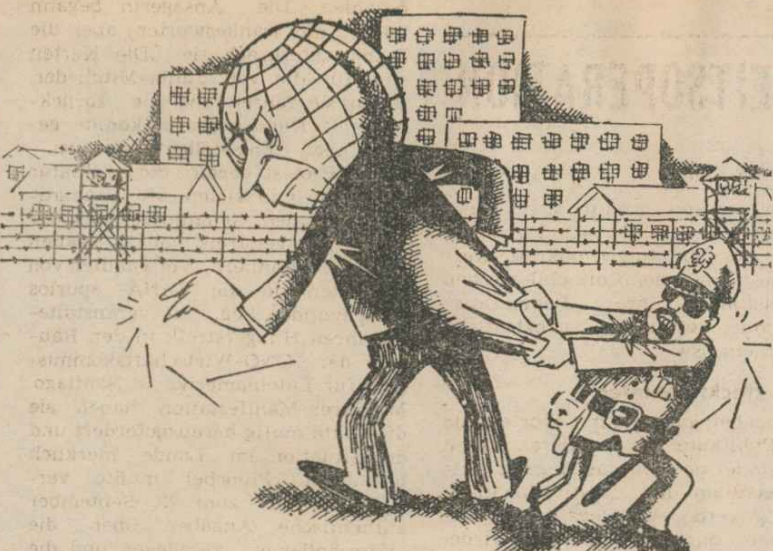
während des Ausnahmezustandes aussprach, doch die Notwendigkeit befehle, hierbei Gesetzlichkeit und Rechtsnormen strikt zu beachten. Ebendeshalb, heißt es in der Resolution, „kann das Zentrale Exekutivkomitee der KPI nicht billigen, wie die Zentrale Polizeibehörde I. Gandhi ohne die erforderliche Untersuchung und ohne eine konkrete und stichhaltige Begründung verhaftete“. Ein derartiger Schritt wurde in der Resolution als ein „politischer Racheakt seitens der Regierung der Janata-Partei“ verurteilt.

Die Regierung erhob Einspruch beim Obersten Gericht Delhis gegen die Freilassung des Ex-Premiers. Am 7. Oktober verfügte ein Richter dieser Instanz, V. D. Mishra, Indira Gandhi auf freiem Fuß zu belassen, während die Untersuchungen laufen.

PAKISTAN

Auf Beschluß des Chefs der Militäradministration, General Mohammed Ziaul Haq, wurden die Parlamentswahlen, die auf den 18. Oktober angesetzt waren, auf unbestimmte Zeit verschoben. Wiederum wurde die politische Betätigung untersagt. Es wurde den Parteien nur erlaubt, geschlossene Sitzungen ihrer Führungsorgane abzuhalten. General Ziaul Haq erklärte, die Streitkräfte würden die Macht an eine Zivilregierung „nach einigen Monaten und nicht Jahren“ übergeben. Die Entscheidung, die Wahlen zu verlegen, erklärte er damit, man wolle „den Gerichten Zeit geben, die Prozesse gegen den Expremierminister Bhutto und andere Politiker zu führen, bevor die Pakistaner zur Wahlurne gehen“.

Wie gemeldet wird, diskutieren die Führungsorgane der Pakistanischen Volkspartei (PVP) und ihres Gegners, der Pakistanischen Nationalallianz (PNA), die Lage nach der Verlegung der Wahlen. Die Führer einiger PNA-Parteien haben bereits gegen diesen Beschluß Stellung genommen.



Pinochet: „Wir haben keine politischen Häftlinge.“

Zeichnung aus „Horizont“ (DDR)

in der sich ein Mann, ohne seine Mitbürger zu fragen, an der Macht halten kann?“

In seiner Rede am 11. September anlässlich des 4. Jahrestags des Putsches schilderte Pinochet die Wirtschaftslage Chiles in schönsten Farben. Am selben Tag schrieb die *New York Times*: „Die chilenische Militärjunta hat die Wirtschaft des Landes an den Rand eines Bankrotts gebracht.“ Die Industrie liefert heute weniger als vor 10 Jahren. Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung, die die amtliche Organisation ODEPLAN veranstaltete, gibt die Zeitschrift *Hoy* zu, daß 21% der Bevölkerung im „äußersten Elend“ leben. In die nächste, „höhere“ Kategorie stuft die amtliche Statistik diejenigen ein, die immerhin einmal am Tage essen. Die Beschäftigungslosigkeit erreicht 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch war 1976 um 25% niedriger als 1970.

Am 11. September machte Pinochet die Illusionen jener einheimischen und ausländischen Politiker zunichte, die durch die Schönheitsoperation getäuscht wurden bzw. getäuscht werden wollten. Auch der Leute, die nach vier Jahren Ausnahmezustand und Ausgehverbot erwartet hatten, der Diktator werde ein Nachlassen der Repressalien bekanntgeben. Dieser sagte jedoch, er habe die beiden Dekrete zum neuntenmal verlängert. Das hat seine Logik: Pinochet weiß, daß er sich ohne den Ausnahmezustand,

ohne Terror und Folterungen nicht an der Macht halten würde.

Und schon sind weitere Personen „verschollen“, und wieder wird verhaftet. Die Repressalien sind nun selektiver und nicht ganz so offen, deshalb aber nicht weniger grausam. Die Henker haben bei ihren CIA-Ausbildnern etwas gelernt. Doch bedeuten die abgeänderten, raffinierteren Terrorpraktiken natürlich nicht, daß die Diktatur humaner geworden ist.

Selbst im Lager des Diktators beginnt es zu gären. Die Angst vor der Katastrophe veranlaßt einige seiner Anhänger zum kritischen Denken. Eine Unruhe bemächtigt sich der Armee, der Flotte und der Carabinieri.

Schönfuerei vor Washington

Die Rädelführer des faschistischen Regimes, das, wie die vorjährige Untersuchung im US-Senat eindeutig bewies, durch ein von Washington konzipiertes und in der CIA geschmiedetes Komplott errichtet wurde, sind sich darüber im klaren, daß sie ohne ihren Schutzherrn nicht überleben können.

Der Druck der Welt- und der US-Öffentlichkeit, die sich mehr und mehr über den Terror in Chile empört, zwingt das amtliche Washington, seine offen zur Schau getragene Unterstützung für die Junta ge-

legentlich einzuschränken. Die einflußreiche chilenische Zeitung *Mercurio*, die aus ihrem Interesse an der Erhaltung des faschistischen Regimes kein Hehl macht, empfahl eindringlich, möglichst bald etwas zu unternehmen, um „die gefährliche Kälte Washingtons“ zu überwinden.

Aus Anlaß der Unterzeichnung neuer Verträge zwischen den USA und Panama über den Panamakanal begab sich Pinochet Anfang September nach Washington. (Übrigens lehnte der Präsident Mexikos die Teilnahme an dieser Zeremonie ab, und zwar wegen der Anwesenheit Pinochets und anderer lateinamerikanischer Diktatoren.) In den USA kam es zu Protestdemonstrationen gegen die Politik der Junta und den Besuch ihres Chefs.

Bei seiner Ankunft auf dem Militärstützpunkt Andrews verlas Pinochet eine Rede, in der er sich zu bessern versprach. Damit war die Schönheitsoperation in internationalem Rahmen eingeleitet.

Die Parteien der Unidad Popular haben wiederholt hervorgehoben, daß wir nie an Präsident Carter als Retter der Demokratie und Verfechter der Menschenrechte in Chile geglaubt haben. Nur das Volk Chiles wird seine Demokratie retten und die Menschenrechte im Lande garantieren. Das wird geschehen, sobald sich alle Antifaschisten in Chile, darunter auch solche, die den Faschismus nicht aktiv bekämpfen, aber auch nicht unterstützen, eng zusammenschließen und vereinigen. Wir werden uns nie auf den Imperialismus verlassen können, um so mehr aber auf die internationale Solidarität. Sie nimmt unablässig zu. Die Woche der Solidarität mit dem chilenischen Volk, die im September in der UdSSR und anderen Ländern verlief, nahm gewaltige Ausmaße an.

Wir haben stets betont, daß wir gegen jegliches Eingreifen des Auslands in die Situation in Chile sind. Wir sind für Nichteinmischung in die Angelegenheiten unserer Heimat. Bedeutet die Aufnahme, die Carter im September Pinochet bereite, nicht, daß fremde Kräfte sich entgegen den Menschenrechten weiterhin zugunsten der Diktatur in chilenische Angelegenheiten einmischen?

Die Nacht dauert nicht ewig

In diesem August trat erstmalig nach dem faschistischen Putsch ein

ZK-Plenum der Kommunistischen Partei Chiles zusammen. Wie in seinen Dokumenten unterstrichen wird, gilt es, der Diktatur der Junta und ihren Schutzpatronen eine eiserne Einheit aller Patrioten und Demokraten entgegenzusetzen: Die Junta kann nur durch gemeinsame Aktionen der Chilenen selbst, die sich mit jedem Tag aktiver in den Kampf einschalten, gestürzt werden. In seinem Referat „Die chilenische Revolution, die faschistische Diktatur und der Kampf für ihren Sturz und eine neue Demokratie“ betonte der Generalsekretär unserer Partei Luis Corvalán: „Wer von einer Regierung ohne die Arbeiterklasse, die Unidad Popular, vor allem ohne die Sozialisten und Kommunisten, träumt, sieht offenbar nicht, welch eine Krise das Land durchmacht und welche Veränderungen eingetreten sind, denkt nicht an den natürlichen Gerechtigkeitssinn, der das Volk letzten Endes zum Sieg führen wird. In der Vereinigung aller chilenischen Demokraten, in der Aktivierung mächtiger gesellschaftlicher Kräfte liegt die Möglichkeit einer Wiedergeburt der Heimat.“

Der Kampf um dieses Ziel wird immer intensiver und gewinnt organisatorisch festere Gestalt. Wir stützen uns auf die Kampfentschlossenheit unseres Volkes, auf „das Neue, was der Rote Oktober in die Welt gebracht hat“, wie im Bericht Corvaláns hervorgehoben wurde. Weiter hieß es darin: „Aus diesem Grunde werden alle Völker der Erde den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution begehen, und wir sind überzeugt: Die Werktätigen, das ganze Volk Chiles werden Tausende Möglichkeiten finden, trotz der Tyrannenherrschaft dieses Datum zu würdigen.“

Die Solidaritätsbewegung ist für uns von größter Bedeutung. Auf dem ZK-Plenum unserer Partei wurde festgestellt: „Für Millionen Chilenen hat der Internationalismus einen neuen Sinn bekommen. Immer mehr Menschen lernen den Internationalismus als größte materielle Kraft schätzen.“ Und doch „ist der entscheidende Faktor für den Sturz der Tyrannei der Kampf innerhalb des Landes. Dafür kämpft unsere Partei mit aller Kraft.“

Dieser Kampf macht alle Versuche, die Diktatur schönzufärben, zunichte. Der Faschismus kann nicht „anständig aussehen“, man muß ihn ausmerzen.



Von alters her bis heute war und bleibt der Schiffsverkehr ein wichtiges Beförderungsmittel der verschiedensten Güter. So hat z. B. der Umfang allein des Seefrachtverkehrs im letzten Jahrzehnt von 1638 Mio t auf 2987 Mio t zugenommen, d. h. sich fast verdoppelt. Natürlich war die Entwicklung des Binnen- wie des internationalen Schiffsverkehrs im Wirtschaftsleben der Staaten stets wichtig. Hier wurden bedeutend eher als auf anderen Gebieten zwischenstaatliche Verbindungen und Wirtschaftskontakte angeknüpft.

Das zeigt auch die Tatsache, daß unter anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen der Internationale Ständige Verband für Schifffahrt-Kongresse (ISVSK) eine der ältesten ist. Er wurde bereits 1886 gegründet. Das Motto im Emblem dieser Organisation lautet: „Navigatione necesse“ (Seefahrt tut not).

Unser Land trat als eines der ersten dieser Organisation bei, obgleich sein Anteil an der Weltseefahrt damals sehr gering war. Doch die schnelle Aufwärtsentwicklung dieses Wirtschaftszweiges und das Interesse der fortschrittlichen russischen Seefahrer an der Entwicklung der Handelsflotte ließen bereits damals unser Land als Seemacht gelten. Es war kein Zufall, daß der 11. Internationale Kongreß des Verbandes 1908 in Petersburg, im Taurischen Palais, stattfand.

Und jetzt sind fast 70 Jahre später im gleichen Palais die Delegierten der Mitgliedsländer des ISVSK erneut zusammengekommen — zu ihrem 24. Kongreß.

Der sowjetische Regierungschef Alexej Kossygin betonte in seiner Grußbotschaft an die Kongreßteilnehmer, daß diese Organisation eine wichtige Rolle bei der Ausweitung des Handels und der Festigung der Wirtschaftsverbindungen zwischen den Ländern und Kontinenten spielt. Er äußerte die Gewißheit, daß die Arbeit des Kongresses, an dem namhafte Wissenschaftler und Fachleute aus 35 Staaten teilnahmen, zum weiteren

SEEFART TUT NOT

Georgi PJASSEZKI

Stellvertretender Minister für Hochseeschifffahrt,
Vizepräsident des 24. Kongresses des ISVSK

Fortschritt des Schiffsverkehrs im Interesse von Frieden und Zusammenarbeit beitragen wird.

Die besondere Aufmerksamkeit der Kongreßteilnehmer galt wichtigen wirtschaftlichen und technischen Problemen der Schifffahrt und ihrem Platz im Welthandel. Fragen wurden erörtert, die ein ständiges Anliegen des ISVSK sind, u. a.: die Projektierung und der Bau von Häfen, die Nutzung der Hafenanlagen, die Vertiefung des Grundes sowie der Umweltschutz (der Ozeane, Meere, Flüsse und Seen) unter Berücksichtigung der wichtigsten Tendenzen und Perspektiven der Schifffahrt.

Alle Delegationen beteiligten sich aktiv am Kongreß. So legten die USA 15 Referate, Großbritannien 14 und Frankreich 6 Referate vor.

Einen großen Beitrag zur Arbeit des Kongresses leisteten sowjetische Wissenschaftler und Fachleute. Sie referierten zu 8 von 10 Hauptthemen, außerdem hielten sie etwa 50 Referate in den Sektionen. Das Material, das die sowjetische Delegation vorlegte, demonstrierte anschaulich den Weg unserer Schifffahrt in den vergangenen 60 Jahren — von kleinen Segel- und Dampfschiffen bis zum Atomeisbrecher „Arktika“.

Heute transportieren sowjetische Hochseeschiffe jährlich über 200 Mio t verschiedene Frachten. Schiffe unter sowjetischer Flagge verkehren zwischen 123 Ländern und laufen mehr als 1400 Häfen an. Unsere Handelsmarine ist hochmodern. Sie hat Containerschiffe, die 700 Standardcontainer (je 20 Foot) aufnehmen, ferner Schiffe, die für die horizontale Frachtbearbeitung geeignet sind, Holzfrachter, die nicht nur Holz, sondern auch Standardcontainer transportieren können, sowie moderne Schiffe, die mit verschiedenem Schüttgut beladen werden — Getreide, Kohle, Koks, Apatite, Erz- und Erzkonzentrate. Die auf den sowjetischen Frachtern eingesetzte Automatik ermöglicht eine

personalfreie Wartung des Maschinenraums rund um die Uhr.

Die Sowjetunion erschließt die Arktis erfolgreich für den Schiffsverkehr. Die sowjetische Eisbrecherflotte ist führend in der Welt. Unser Atomeisbrecher „Arktika“ mit seinen 75 000 PS hat bei seiner Forschungsreise in überraschend kurzer Zeit den Nordpol erreicht. Heute gehören Geleitzüge mit Eisbrechern in den arktischen Meeren für die sowjetischen Seeleute bereits zum Alltag.

Die Fahrgastflotte verfügt über erstklassige Liner. Komfortable Schiffe wie „Alexander Puschkin“, „Michail Lermontow“, „Maxim Gorki“, „Belorussija“ und viele andere erfreuen sich großer Beliebtheit in vielen Ländern. Wir haben auch viele Fährschiffe für Passagiere, Autos und Züge.

Die Sowjetunion hat weitverzweigte Binnenschiffahrtsstraßen und Wasserbecken. Der Umfang der Transportleistungen der Binnenschifffahrt ist in den 60 Jahren der Sowjetmacht auf das 14fache gestiegen, der Warenumsatz unserer Binnenschiffahrtsflotte beträgt heute über 220 Md. tkm jährlich. An den Flüssen der Zentralgebiete des Landes, in Sibirien, im Westen und im Süden der UdSSR wurde eine moderne Uferwirtschaft geschaffen, die es ermöglicht, von Jahr zu Jahr das Volumen des Frachtverkehrs zu vergrößern.

Große Fortschritte wurden bei der Entwicklung der Flußfahrgastflotte erreicht, besonders auf der Wolga, dem Don, der Nawa und dem Jenissej. Dort sind komfortable schnelle Schiffe im Einsatz. Eine ganze Generation von Tragflächenschiffen wurde entwickelt, die auch bei niedrigstem Wasserstand fahren können.

Der 24. Schifffahrtkongreß widmete Fragen des Umweltschutzes große Aufmerksamkeit. Die sowjetischen Erfahrungen bei der Lösung dieser Probleme fanden lebhaftes

Interesse bei den Kongreßteilnehmern. 1974 wurde in der Sowjetunion ein Naturschutzgesetz verabschiedet; in der neuen Verfassung heißt es, daß „in der UdSSR die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur wissenschaftlich begründeten, rationellen Nutzung des Bodens und der Bodenschätze, der Wasserressourcen, der Pflanzen- und Tierwelt, zur Reinhaltung der Luft und des Wassers, zur Gewährleistung der Reproduktion der Naturreichtümer und zur Verbesserung der Umwelt des Menschen getroffen“ werden.

Diese verfassungsrechtliche Forderung gilt natürlich auch für den Schiffsverkehr — für die Projektierung, den Bau und den Betrieb von Schiffen und Uferanlagen, die das Abwasserproblem der Schifffahrt lösen. Dieses effektive System kann Wasserverschmutzung, die beim Schiffsverkehr und bei Frachtoperationen in den Häfen entsteht, vollständig verhindern. Die sowjetischen See- und Flußschiffe werden mit doppelten Außenwänden und Böden gebaut, was die Gefahr einer Wasserverschmutzung selbst bei einer Havarie bedeutend verringert. In unseren Häfen gibt es schwimmende Stationen, die die Wasserfläche von Ölresten, Schmutz und Abfall reinigen, sowie spezielle Kläranlagen, die die Schiffsabwässer aufnehmen. Von sowjetischen Wissenschaftlern und Schiffbauern wurden Konstruktionen entwickelt und eingeführt, die den Abfluß und Ausstoß von Giftstoffen ausschließen. Vorrichtungen für die Absorbierung des Schmutzwassers und chemische Präparate wurden geschaffen, die schädliche Stoffe bei der Reinigung von Zisternen und Tanks neutralisieren.

Die Kongreßteilnehmer betonten, daß der Schutz des Weltmeeres und der nationalen Wasserressourcen vor einer Verschmutzung gemeinsame Anstrengungen vieler Länder verlangt, vor allem der ISVSK-Mitgliedsländer. Davon sprachen in ihren Referaten neben den Vertretern der Sowjetunion auch Delegierte aus den USA, Großbritannien, Österreich, Belgien, Brasilien, der CSSR, Frankreich, der DDR, der Niederlande, der BRD, Polen und anderen Ländern.

Die Ergebnisse des 24. Internationalen Schifffahrtkongresses und die von ihm formulierten Empfehlungen werden zweifelsohne nicht nur für die ISVSK-Länder, sondern für alle Staaten bedeutsam sein.

TENDENZ: POSITIV

Vom 9. bis zum 11. Oktober hielt sich der britische Außenminister David Owen zu einem offiziellen Besuch in Moskau auf. Damit erhielten die sowjetisch-englischen Beziehungen, die sich nach dem Gipfeltreffen im Februar 1975 in Moskau vertieft hatten, zweifellos einen neuen Impuls.

Am 10. Oktober wurde David Owen von Leonid Breschnew empfangen. In der für diesen Besuch kennzeichnenden sachlichen, konstruktiven Atmosphäre kam es zu einem Meinungsaustausch über den weiteren Ausbau der sowjetisch-britischen Beziehungen. Festgestellt wurde die Bedeutung einer erweiterten Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Großbritannien in verschiedenen Bereichen, diskutiert wurden aktuelle Weltprobleme. Breschnew und Owen besprachen die Prinzipien zur Abwendung einer Kernkriegsgefahr und äußerten sich mit Genugtuung über das zwischen der Sowjetunion und Großbritannien erzielte Abkommen zur Verhütung eines zufällig entstehenden Kernkriegs. Es wurde am gleichen Tag noch von Andrej Gromyko und David Owen unterzeichnet.

Das Abkommen gehört zu jenen Schritten, die wenn auch langsam, so doch sicher dazu führen, daß die Welt der Bedrohung durch einen nuklearen Konflikt entgeht. Und dazu sind jegliche Schritte und Maßnahmen gut, unterstützt Andrej Gromyko auf einem Frühstück für Owen. Man müsse die Bemühungen zur Festigung der Entspannung verstärken, und dazu könnte die Realisierung jener Vorschläge dienen, die die UdSSR in der laufenden Tagung der UNO-Vollversammlung eingebracht hatte und die während der Gespräche der beiden Außenminister zur Sprache kamen. Beitragen würden dazu auch praktische Maßnahmen zur weiteren Gesundung des Klimas sowie zur Minimierung einer Kriegsgefahr auf dem europäischen Kontinent. Dazu müßten in erster Linie Wege zur Lösung der Frage über die Truppen- und Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa freigelegt werden. Von großer Bedeutung wäre ferner ein Vertrag zwischen den KSZE-Teilnehmerländern, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen einzusetzen, sowie die Verwirklichung des Vorschlags der sozialistischen Staaten, auf einen Ausbau der bestehenden oder die Bildung neuer geschlossener Militärgruppierungen zu verzichten.

Die Minister betonten während ihrer Verhandlungen, wie wichtig das KSZE-Folgetreffen in Belgrad für den Frieden sei.

Natürlich wurden in Moskau auch die bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und Großbritannien erörtert, darunter die Wirtschaftszusammenarbeit, in der Möglichkeiten für einen weiteren Fortschritt, insbesondere in der Entwicklung des Handels, bestehen.

Insgesamt haben die Moskauer Gespräche gezeigt, daß die UdSSR und Großbritannien, sofern sie dem Geist der erzielten Übereinkünfte folgen, konstruktiv in internationalen Angelegenheiten zusammenarbeiten und die für beide Seiten vorteilhaften Kontakte in allen sie interessierenden Bereichen ausbauen können und müssen. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern entwickeln sich positiv, das hat auch diese jüngste Moskauer Begegnung bestätigt.

M. TSCHERNOUSSOW

AUSEINANDERSETZUNG VERSCHÄRFT SICH

Der weitere Fortschritt in der internationalen Entspannung hängt wesentlich davon ab, in welche Richtung sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen entwickeln werden, deren Kernstück gegenwärtig das Problem der Begrenzung der strategischen Rüstungen ist.

Die kürzlichen Gespräche Andrej Gromykos mit US-Präsident Carter und US-Außenminister Vance haben einigen Fortschritt in den bilateralen Beziehungen gebracht, in denen in letzter Zeit eine Stagnation zu beobachten war. Die Positionen beider Seiten haben sich auch bezüglich SALT-2 angenähert. In einem Interview mit dem sowjetischen Fernsehen erklärte Andrej Gromyko, die beiden Mächte — die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten — seien jetzt auf dem Wege zu einem Abkommen. Präsident Carter betonte am 4. Oktober auf der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung, wenn beide Seiten die Interessen des anderen achteten, dann könnte die USA und die UdSSR nicht nur die Rüstungen begrenzen, sondern auch die Grundlage für bessere gegenseitige Beziehungen in anderen Bereichen schaffen.

Auf diesem Weg gibt es allerdings nicht wenige Hindernisse. In den USA bestehen einflußreiche Kräfte, die ein Interesse daran haben, möglichst viele solcher Hindernisse aufzulärmen und den Weg zur Abrüstung möglichst lang zu machen.

Nachdem die UdSSR und die USA erklärt haben, sie wollten sich (solange die SALT-2-Verhandlungen dauern) an SALT-1 halten, dessen Laufzeit am 3. Oktober zu Ende ging, tauchte in der US-Presse wieder der Name Senator Jacksons auf. Er beschuldigte die Regierung, sie habe diese Erklärung unter Umgehung des Kongresses abgegeben. Jackson verlangte von den Kongreßleuten, sie sollten in eine Polemik hinsichtlich der amerikanischen Rüstungspolitik eintreten, was, wie Kommentatoren feststellen, der US-Regierung bei den Verhandlungen in Genf die Hände binden könnte. Der Propagandaapparat des Militär-Industrie-Komplexes der USA aber beschäftigt sich wieder einmal mit der „sowjetischen Gefahr“. Diesmal will man die Amerikaner bereits nicht mehr mit U-Booten und Panzerdivisionen der Roten schrecken, sondern mit interkontinentalen Raketen und der Möglichkeit der UdSSR, „amerikanische Beobachtungssatelliten im Weltraum zerstören zu können“.

Das Pentagon hat rasch darauf reagiert. Ende September meldete die *Washington Post*, die Luftwaffe der USA habe einen Vertrag über den Bau von Killer-Satelliten abgeschlossen. Dieser Beschluß, so meint die Zeitung, sei ein Schritt zur Herstellung von Waffen für einen Krieg im Weltraum. Am 6. Oktober beauftragte das Verteidigungsministerium beim Kongreß, im Haushaltsjahr 1979 Mittel für den Bau von interkontinentalen MX-Raketen zu bewilligen, von denen jede 10 bis 12 Nuklearsprengköpfe tragen kann.

In den USA verschärfen sich erneut die Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Lagern, den Anhängern der Entspannung und Abrüstung und den reaktionären Kreisen, die die Welt zum kalten Krieg zurückdrängen wollen. Die Öffentlichkeit in aller Welt aber hofft, daß Realismus und der Wunsch des amerikanischen Volkes nach Gesundung des internationalen Klimas, nach Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR die Oberhand gewinnen werden.

W. BOIKOW

DER ALTE TRAUM?

Militärische Kreise Frankreichs haben sich mit den jüngsten „Cormoran“-Manövern auf ein seltsames Spiel eingelassen. Das Ziel dieser Manöver war unzweideutig formuliert: „Einmischung französischer Truppen in Überseegebieten“. Bezeichnend war auch der Einsatz der 12. Luftlandedivision, einer mobilen Fallschirmjägertruppe.

Die Antwort auf die Frage nach dem Anstoß dazu ist wohl in den afrikanischen Ereignissen dieses Jahres zu suchen. Erscheinend ließen sich die Generale von den Kriegshandlungen in Zaire und in Tschad inspirieren. Zu-

nächst leisteten französische Militärkreise dem Mobutu-Regime technische Hilfe und unterstützten auf die gleiche Weise die Republik Tschad, als es dort zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und FROLINA-Kräften im Raum Tibesti kam.

„Mit seiner jüngsten militärischen Einmischung in afrikanische Angelegenheiten“, hatte *Jeune Afrique* damals geschrieben, „möchte Frankreich seinen neokolonialistischen Kurs auf dem Kontinent fortsetzen.“

Außenminister de Guiringaud erklärte nach Abschluß seiner Reise durch

Elfenbeinküste, Ghana und Kamerun im Juli d. J., es gäbe nichts Unvereinbares zwischen der Politik „Afrika den Afrikanern“ und der französischen Beteiligung an afrikanischen Angelegenheiten im Rahmen der Abkommen über Zusammenarbeit. Sind aber die „Cormoran“-Manöver damit vereinbar? Bei vielen Beobachtern haben sie Verwunderung ausgelöst. Schließlich handelt es sich um Frankreich, das viele Jahre hindurch für die strikte Einhaltung des Prinzips der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, für die Entspannung in aller Welt eintritt.

O. MAXIMENKO

POLIZEI ALS SCHÜFFLER

Die *Globe and Mail* aus Toronto wußte zu berichten, daß die *Royal Canadian Mounted Police*, statt sich mit der Wahrung der Gesetze zu beschäftigen, diese selbst verletzt hat.

Jahrelang wurden legale demokratische Organisationen von der Polizei bespitzelt. In einer Liste „subversiver Elemente“ fanden sich die Neue Demokratische Partei, die Beamten-gewerkschaft, die Farmergewerkschaft sowie die Indianerbewegung der Provinz Alberta. Ein Sonderresort der königlichen Polizei verausgabte jährlich Millionen, um eine Spezialkartothek mit ausführlichen Angaben über das Privatleben vieler

Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter anzulegen.

Jetzt hat die Regierung mitgeteilt, sie habe einen Sonderausschuß eingesetzt, der das Ausmaß der nicht sanktionierten und vom Gesetz nicht vorgesehenen Tätigkeit von Angehörigen der königlichen Polizei untersuchen solle. Ob der Freund und Helfer nun Freunde und Helfer finden wird?

S. KUSNEZOW

WAS DU NICHT WILLST...

An dieser Geschichte, die Ende vorigen Jahres durch die US-Presse ging, war nichts Außergewöhnliches. Wieder mal hatte sich herausgestellt, daß Kongreßleute bestechlich sind.

Der Witz bei der Sache lag darin, daß die ehrbaren Amerikaner von dem südkoreanischen Geschäftsmann Park Tongsun gekauft worden waren, der sie dem Söuler Regime günstig stimmen wollte. Der clevere Lobbyist unterhielt in der amerikanischen Hauptstadt den George Town Club und eine Diskothek für die Elite. Darunter waren der US-Präsident, der Landwirtschaftsminister, Mitglieder des Obersten Gerichts, Senatoren, Mitglieder des Repräsentantenhauses und sogar der ehemalige CIA-Direktor Richard Helms. Und noch eine ganze Menge andere.

Die moralisch-ethischen Fragen, die die Beziehungen zwischen den „guten Verbündeten“ etwas ab-

kühlten, lauten so: Welches Recht hatte Söul, amerikanischen Gesetzgebern Dollars zu zahlen, die aus Hilfeleistungen Washingtons stammten? Welches Recht hatten die Kongreßleute als Interessenvertreter einer ganzen Regierung, wenn auch nur Marionettenregierung, aufzutreten, die von Washington selbst etabliert worden war?

Darüber läßt sich nachdenken. Aber noch interessanter ist, daß die US-Administration von all dem wußte. Gleich nach der Begegnung zwischen Park Tongsun und Pak Tschung Hi 1970 konnte die CIA von Plänen zur Aufstellung einer „koreanischen Lobby“ berichten. Niemand jedoch hatte damals daran gedacht, dem einen Riegel vorzuschieben. Vor allem, weil Söul zu jener Zeit auf Drängen Washingtons zwei Divisionen nach Vietnam schickte. Es wäre also, um in der Geschäftssprache zu reden, ein Verlustgeschäft für die USA gewesen,

ihre Beziehungen zu den „Verbündeten“ zu verschlechtern.

Eine solche Verschlechterung wollen sie auch heute nicht. Dennoch verlangen sie die Auslieferung Park Tongsuns, der keineswegs daran denkt, nach Washington zurückzukehren, wo ihn eine aus 36 Punkten bestehende Anklage erwartet. Der Söuler Ministerpräsident allerdings deutet an, man könnte den „Geschäftsmann“ wohl ausliefern, sofern Südkorea seinen ehemaligen Geheimdienstchef Kim Hyung Wook aus den USA wiederkrigelt, der die Bestechungsaffäre auf dem Kapitol in allen Einzelheiten ausgeplaudert hatte.

Nun wird eifrig gefeilscht. Die „Verbündeten“ beschmeißen einander mit Dreck, der sich in den Jahren der „Zusammenarbeit“ angehäuft hat. An die bestechlichen Kongreßleute denkt dabei schon keiner mehr.

Der George Town Club aber hält noch immer seine Pforten in Washington geöffnet.

V. GRIBATSCHOW

Ernst Thälmann: „So laß den Oktober an Dich herankommen!“

Ernst Thälmann, ein heldenhafter Sohn der deutschen Arbeiterklasse, hat einmal Worte geschrieben, die man mit vollem Recht auf ihn selbst, eine hervorragende Persönlichkeit der internationalen kommunistischen Bewegung, einen mutigen Kämpfer für den Sieg der revolutionären Sache des Proletariats, beziehen kann. „Der Größe eines politisch handelnden Menschen wird man nur dann ganz gerecht, wenn man ihn nicht allein danach beurteilt, was er erreicht, sondern auch danach, was er gewollt hat“, schrieb Ernst Thälmann an einen Kerkergenossen in Bautzen im Januar 1944, einige Monate vor seinem Tod. „Wer das Schicksal bezwingen, wer seiner Zeit neue Wege weisen, wer sein Volk in die bessere Zukunft führen will, wer Auftrag und Berufung in sich spürt, den Feuerbrand seiner Seele hinauszuschleudern, der stellt sich gegen eine Welt des Nichtverstehens, der Ablehnung, ja der Feindschaft. Denn nur der Kampf hat im Leben Sinn!“ Ernst Thälmann ermutigte seinen noch jungen Kerkergenossen und stärkte seinen Glauben an die Gerechtigkeit der großen revolutionären Sache. „So laß den Oktober an Dich herankommen!“ schreibt ihm Ernst Thälmann.

Laß den Oktober an Dich herankommen... Was bedeutete die Große Sozialistische Oktoberrevolution für die revolutionäre Weltbewegung? „Zum ersten Male hat das Proletariat am 7. November 1917“, schrieb Ernst Thälmann 1925 in der „Hamburger Volkszeitung“, „nicht nur eine weltgeschichtliche Sekunde lang, sondern für die Dauer die Macht ergriffen. Zum ersten Male hat das Proletariat nicht nur eine Schlacht, sondern einen ganzen Krieg, den schwersten, grausamsten, opferreichsten Krieg gegen die Ausbeuter der ganzen Welt gewonnen.“ Diese Tatsache muß unlöslich vor den Augen jedes Kommunisten stehen, schreibt Ernst Thälmann, man müsse sie unermüdlich in der ganzen Arbeiterklasse propagieren, denn die Ausbeuter in der ganzen Welt seien sich ebenfalls, voller Angst und Haß, dieser Tatsache bewußt. „Heute“, sagte Ernst Thälmann, „gibt es keine bedeutsame politische Erscheinung in der Welt, die nicht durch die Existenz der Sowjetunion beeinflusst



wird. Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen.“ Die internationale Arbeiterklasse erkannte unter dem Einfluß der Oktoberrevolution immer mehr, daß das Ziel des Klassenkampfes nicht mehr teilweise Reformen der kapitalistischen Gesellschaft sind, sondern die Eroberung der politischen Macht ist.

Ernst Thälmann sah die weltgeschichtliche Bedeutung des Großen Oktober vor allem darin, daß der Sieg des Proletariats Rußlands nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse, sondern auch „die Bewegungen aller unterdrückten Klassen im Weltmaßstab“ beeinflusste. „Das Bündnis des Proletariats mit dem Bauerntum gewinnt zum ersten Male für die Volksmassen nicht nur der rückständigen, sondern auch der kapitalistischen Länder einen konkreten Sinn, seitdem Hammer und Sichel das Wappen für ein Sechstel der Erdoberfläche geworden sind.“ Bereits die Existenz der Sowjetunion und ihre erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung geben starke Impulse für alle sozialen und nationalen Befreiungsbewegungen.

Seit dem Sieg der Revolution bemühten sich die Bourgeoisie und die Reformisten, nachzuweisen, daß die Bolschewiki „irrtümlich“ an die Macht gekommen sind. Sie prophe-

zeiten immer wieder den Fall der proletarischen Macht. Otto Bauer, ein Führer der österreichischen Sozialdemokraten, orakelte Mitte Oktober 1917, am Vorabend der entscheidenden Aktion der Bolschewiki, in der Broschüre „Die russische Revolution und das europäische Proletariat“: „Die russische Revolution kann nicht mit der Diktatur des Proletariats enden, sie kann nicht eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten. Auch wenn die russische Revolution alle ihr drohenden Gefahren überwindet, wird ihr Ergebnis nichts anderes sein können als eine bürgerliche demokratische Republik.“ 1927 erinnerte Ernst Thälmann an diese „Prophezeiung“ und stellte fest, daß die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion nicht nur gesiegt, sondern auch dem 10jährigen Kampf gegen mächtige Feinde erfolgreich standgehalten hat. „Die russische Arbeiterklasse“, betonte Ernst Thälmann, „hat uns nicht nur gezeigt, wie das Proletariat die Macht erobert, sondern auch, wie es die Macht behauptet und im Interesse des Proletariats, des sozialistischen Aufbaues ausnutzt.“ An diejenigen, die daran nicht glauben konnten oder wollten, richtete Ernst Thälmann folgende Worte: „In der Arbeiterbewegung aller Länder führte die russische Revolution zur Scheidung der Geister. Wer die Lehren dieser größten Umwälzung der Weltgeschichte nicht begriff, wer sich nicht vorbehaltlos und bedingungslos mit dem Proletarierstaate solidarisierte, der landete sehr rasch im Lager der Gegenrevolution.“

Ernst Thälmann erkannte sehr klar, welche gewaltige Bedeutung die Große Sozialistische Oktoberrevolution für Deutschland, für sein Volk, sein Proletariat, für seine Kommunisten hatte. „Der 7. November 1917 ist die gewaltigste Verkörperung der Leninschen Lehre von der führenden Rolle der bolschewistischen Partei in der proletarischen Revolution. Diese Lehre des Oktoberumsturzes bildet das genaue Gegenstück zur Hauptlehre der deutschen Novemberrevolution. Die erste deutsche Revolution ging ... zugrunde, weil dem deutschen Proletariat die Führung, die Partei von Bolschewisten fehlte, die imstande gewesen

wäre, den Kampf der Massen zuleiten und zu organisieren.“ Ernst Thälmann betonte, daß die Oktoberrevolution das Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfes ist, den W. I. Lenin und die alte Garde der Bolschewiki führten, um eine revolutionäre Partei zu schaffen. „Den 7. November 1917 begreifen heißt nicht nur seine Früchte, sondern auch seine Wurzeln erkennen.“ Die Voraussetzungen für den Sieg des Großen Oktober wurden in der Zeit zwischen der Niederlage der ersten russischen Revolution von 1905 und dem Beginn des ersten Weltkrieges geschaffen.

Die Lehre von der Diktatur des Proletariats und vom Imperialismus als dem letzten Stadium des Kapitalismus, vom Bündnis des Proletariats mit allen Werktätigen, insbesondere mit der ärmsten Bauernschaft — das alles, sagte Ernst Thälmann, verdanken die Kommunisten Deutschlands wie auch die Kommunisten anderer Länder der Partei des russischen Proletariats, der Partei Lenins. Die Bolschewiki haben gezeigt, daß die proletarische Partei bei striktester Abgrenzung von allen Formen und Schattierungen des Reformismus — sowohl auf dem Gebiet der Theorie als auch in der Politik — die engste Verbindung mit den Massen des Proletariats erhalten, es im täglichen Kampf anleiten, von reformistischen Illusionen befreien und auf den Weg des Kampfes um die Macht führen muß.

1929, auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, erinnerte Ernst Thälmann daran, daß „alle ... sozialen Konflikte ihren unmittelbaren handgreiflichen Ausdruck in dem Gegensatz des kapitalistischen Weltsystems zum sozialistischen System der Sowjetunion“ finden. „Die Bourgeoisie aller Länder weiß zu gut, daß es ihr nur dann gelingen wird, die ‚eigene‘ Arbeiterklasse auf die Knie zu zwingen, wenn sie die Festung des Weltproletariats, die Sowjetunion, zerstören wird... Angesichts der steigenden Rüstungen der imperialistischen Länder für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion ist es die Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, den ersten proletarischen Staat der Welt mit allen Mitteln zu verteidigen... Die Verteidigung der Sowjetunion muß zur zentralen Achse der revolutionären Politik der Arbeiter in allen Ländern gemacht werden.“

Ernst Thälmann war mehrmals in der Sowjetunion und freute sich je-

desmal über die Veränderungen in unserem Lande. Am 13. Januar 1935 schrieb er aus dem Berliner Gefängnis Moabit an seine Frau Rose: „Als ich in der Vorkriegszeit zum erstenmal die Vereinigten Staaten von Amerika betreten und bewundern konnte, sah ich dort den technisch-industriellen Fortschritt gegenüber dem des industriellen Deutschlands. Als ich im Jahre 1920 zum erstenmal Sowjetrußland betrat, war ich erstaunt über den technischen Rückschritt dieses Landes gegenüber den Fortschritten des industriellen Deutschlands. Aber schon einige Jahre später änderte sich die industrielle Lage und mit ihr das Leben des Volkes, und die wachsenden Fortschritte waren schon zu erkennen... Das System selbst hatte sich nicht geändert, der Wesenszug des Sozialismus gab dem Lande ein immer stärker werdendes Gewicht... Heute im Jahre 1935 kann man von einem ‚Wunder‘ des 20. Jahrhunderts sprechen, wenn man die Entwicklung dieses Landes wahrheitsgetreu und ohne blinden Haß überprüft. Dieses ‚Wunder‘, vollbracht in einem der ehemals rückständigsten Länder, war nur möglich durch den Sieg der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz, mit den Wissenschaftlern, die sich willig und gern dieser Macht zur Verfügung stellten.“

Ernst Thälmann verstand sehr gut das Wesen dieses „Wunders“ und betonte stets die entscheidende Rolle der Kommunistischen Partei im Prozeß der sozialistischen Umgestaltungen: „Die Partei entwickelte die schöpferische Initiative der Millionenmassen, ihren sozialistischen Arbeitseнтуhusiasmus, ihren Heroismus. Sie baute die schwerindustriellen Fundamente des Sozialismus. Sie leitete durch die sozialistische Industrialisierung der Landwirtschaft die tiefgehendste Agrarrevolution der Weltgeschichte ein. Sie organisierte auf einem Sechstel des Erdballs die sozialistische Kulturrevolution...“

Bereits die Verwirklichung des ersten Fünfjahrplanes trug bedeutend dazu bei, die Sowjetunion in eine unabhängige Industriemacht zu verwandeln, die zersplitterte Landwirtschaft auf den Weg großer Kollektivwirtschaften umzustellen und die Verteidigungsmacht derart zu erhöhen, daß sie zur Abwehr der von der imperialistischen Umkreisung drohenden Kriegsgefahr ausreichte.

Auch in den faschistischen Gefängnissen nutzt Ernst Thälmann jede Möglichkeit, um zu erfahren,

wie sich die Sowjetunion entwickelt. Aus den wenigen Zeitungen, die die Gefängnisverwaltung ihm zukommen ließ, sammelt er bruchstückweise Informationen über die sowjetische Wirklichkeit. In einem Brief an die Familie schreibt er: „Die Produktionsergebnisse und sonstigen Fortschritte des Jahres 1934 sind neue Tatsachen und Beweise für die riesige Entwicklung dieses sozialistischen Landes. Sie legen Zeugnis ab für die ungeheure Kraftquelle des Sozialismus, die das ganze Leben und Wirken der gesellschaftlichen Triebkräfte dieses Staates politisch, wirtschaftlich und kulturell bestimmt.“

Als echter Kommunist und treuer Sohn seines Volkes war Ernst Thälmann leidenschaftlicher Patriot und Internationalist. In einem Brief an Kerkergenossen in Bautzen schrieb er: „Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk... Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutsche Arbeiter... Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen!“ Und weiter schreibt Ernst Thälmann: „Das Martyrium, das ich auf mich nahm und das sich für große sozialistische Ideale im zwanzigsten Jahrhundert vollzieht, steht nicht vereinzelt und isoliert, abgeschlossen vom deutschen Volke da, es wird geteilt von vielen, vielen namenlosen Kerkergenossen (zu denen auch Du, teurer Schicksalgenosse, gehörst) und findet Wiederhall im Leben einer gewaltigen Millionenbewegung, die in der sozialistischen Sowjetunion das ganze Volk erfaßt und begeistert und in vielen Teilen der Welt ihre ideologische und organisatorische Ausbreitung gefunden hat.“ Jeder, auch ein bescheidener Erfolg in der fernen Sowjetunion wurde für Ernst Thälmann, nach seinen eigenen Worten, eine Quelle neuer Kraft. Den Glauben an den Triumph der revolutionären Sache des Proletariats, die vom Großen Oktober eingeleitet wurde, trug Ernst Thälmann durch sein ganzes heldenhaftes Leben. Sein Leben, sein Mut sind auch heute ein Vorbild für die neue Generation der Kämpfer für die edlen Ideale des Sozialismus und Kommunismus.

V. RYKIN

INSEL DES GRAUENS

Vom Redakteur. Das sind Aufzeichnungen eines Patrioten, der über zehn Jahre in einem Zuchthaus auf der traurig berühmten KZ-Insel Robben Island bei Capetown verbrachte. Das ist der Bericht eines Namenlosen: Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) Südafrikas beauftragte ihn mit konspirativer Arbeit. Ich darf daher auch den genauen Platz unseres Treffens nicht nennen, das in diesem Jahr in einem afrikanischen Land stattfand.

Am 11. Oktober beging die Weltöffentlichkeit den Tag der Solidarität mit den politischen Häftlingen in der RSA. Allein 1976 wurden 250 000 Afrikaner verhaftet, der Polizeiterror forderte 1000 Opfer. Möge dieser Bericht, den ich unverändert weitergebe, unseren Lesern eine Vorstellung von der Welt der Apartheid und den Menschen vermitteln, die gegen sie kämpfen.

Ich wurde in einem Ort geboren, der von der Karte gelöscht wurde: Alle Häuser dort wurden zerstört, und die Einwohner in Bantustans oder nach Soweto ausgesiedelt. Auch meine Schule steht nicht mehr. Sie befand sich in einem Viertel, das jetzt nur Weißen vorbehalten ist.

Ich absolvierte die Oberschule und die Universität, erhielt den Titel eines Bakkalaureus der Jurisprudenz und wurde Rechtsanwalt. Das kostete mich und meine Eltern ungeheure Anstrengungen. Ich wurde verhaftet unter der Beschuldigung, „Sabotageakte“ begangen zu haben, und erhielt zehn Jahre Zuchthaus Robben Island.

Wie kam es eigentlich, daß ich, Mitglied der Rechtsanwaltskammer, der ein Höchstmaß dessen erreicht hat, was für einen Afrikaner in unserem Lande möglich ist, im Gefängnis landete? Dafür gibt es viele Gründe. In meiner Heimatstadt gibt es Viertel, wo ich nicht arbeiten durfte. Folglich konnte ich wegen meiner Hautfarbe in vielen Institutionen nicht wirken. Ein anderer Grund war, daß ich versuchte, Menschen zu verteidigen, die sowieso früher oder später ins Gefängnis kamen oder denen die staatsbürgerlichen Rechte aberkannt wurden.

Doch vor allem mordeten sie mein Volk. Mordeten, obgleich die Menschen ihre Rechte mit friedlichen Mitteln verteidigten. Auf unsere Vorschläge, Kundgebungen, Flugblätter und Demonstrationen antwortete man mit Kugeln. Erinnern Sie sich an die Ereignisse von 1960 in Sharpeville, als Demonstranten niedergeschossen wurden? Solche Vorkommnisse wurden immer häufiger, und meine Organisation beschloß, mit dem bewaffneten Kampf zu beginnen. Ich war bereit: Die Menschen brauchen Hoffnung, sie waren müde. Die ersten Kampfgruppen wurden gebildet, ich schloß mich an...

Meine Einzelzelle war 2,1 x 2,4 m groß. Ein winziges Fenster geht in den Innenhof. Um 7 Uhr morgens mußte jeder an der Zellentür stehen. Zellendurchsuchung und Leibesvisitation, bei der man an der Wand mit erhobenen Händen steht. Am ersten Morgen wurde ich verprügelt — ich war so unvorsichtig, einen Blick auf den Aufseher zu werfen. Das Frühstück, Haferbrei, wurde um 4 oder 5 Uhr morgens gebracht. Natürlich schon kalt. Nach der Durchsuchung nahmen wir unsere eiskalten Schüsseln und gingen in den Hof, wo gegessen werden sollte. Es gab keinerlei Tische oder Bänke. Am bequemsten aß man hockend.

Menschen unterschiedlicher Hautfarbe bekamen verschiedenes Essen. Verschieden war auch die Kleidung. Für die Farbigen (Mischlinge) und Inder: Hose, Jacke, Socken und Schuhe. Für die Schwarzen: Sommer wie Winter Sandalen, Shorts und eine Jacke. Im Winter wurde allerdings noch ein Pullover ausgeteilt. Socken standen den Afrikanern nicht zu. Die Sandalen mußte man im Hof lassen — es war verboten, sie mit in die Zelle zu nehmen. Nicht immer fanden wir sie am Morgen. Wenn wir die Gefängniswärter fragten, lachten jene.

Laut Tagesordnung müssen alle nach 23 Uhr schlafen, doch das Licht wird nachts nicht ausgeschaltet. Betten haben nur wenige — nur wenn es der Arzt verordnet hat. Die anderen schlafen auf dem Boden — auf Sisalhanf- oder Filzmatten. Kissen wurden nicht ausgeteilt. Statt einer Decke gab es ein Lacken.

In der Republik Südafrika werden die Gesetzesbrecher in vier Kategorien eingeteilt: A, B, C und D. In Gruppe „D“ sind die „Gefährlichsten“. Alle Politischen wurden anfangs der Kategorie D zugeordnet und mit der Zeit in eine „höhere“ Kategorie eingestuft. Für einen sol-

chen „Aufstieg“ mußte man ein Viertel der Haftzeit abgebußt haben. Ich brauchte bedeutend länger — 5 Jahre, um mich auf C „hochzudienen“.

Die D-Häftlinge arbeiteten in einem Steinbruch: Mit acht kg schweren Hammern häuteten sie Platten zurecht und machten die Reste zu Kies. Dort waren immer kniehohle Pfützen. Wenn die Steine hineinfielen, mußte man sie aus dem Wasser herausholen, wobei man sich die Beine an den zahlreichen Splintern verletzen konnte. Es war schwer, besonders für jene, die früher körperlich nicht gearbeitet hatten. Doch wir bemühten uns, den Rassistens nicht unsere Schwächen zu zeigen.

Bei den anderen Arbeiten — landwirtschaftlichen oder beim Roden des Geländes von Bäumen und Baumstümpfen — war es nicht leichter. Hierbei mußten wir uns einmal in Reih und Glied aufstellen. Der Aufseher fragte: „Wer kann einen Wagen fahren?“ Den Fahrkundigen ordnete man Lehrer und Rechtsanwälte zu. Jedem gab man ... einen Schubkarren: Das war eher ein Folterinstrument. Wenn wir ihn nach Meinung des Aufsehers langsam schoben, wurden wir geschlagen. Beim nächsten Mal setzte man hinter uns einen Kriminellen mit einem leeren Karren, der die einzige Aufgabe hatte, einen von hinten anzurempeln.

Als ich zum erstenmal sah, wie jemand so behandelt wurde, war ich empört. Man schlug mich mit einem Stock, doch ich ließ mir nichts anmerken. Da rief mich der Wächter und ordnete an, mir einen Sandsack auf den Rücken zu legen. Ich tat mühsam einige Schritte, jemand stellte mir ein Bein. Ich fiel. Dann spürte ich, daß mit dem Arm etwas passiert war. Abends wandte ich mich an die Sanitätsstelle. Dort sagte man mir: „Politische werden nicht krank.“ Am nächsten Morgen konnte ich den Arm nicht bewegen und bat um medizinische Hilfe. Der Sanitäter tat nichts. Erst zwei Tage später, als der Arm fast gelähmt war, brachte man mich unter Bewachung nach Capetown, um dort eine Röntgenaufnahme zu machen.

Folterungen, Mißhandlungen und Schläge für alle — das ist das System, in dem Arbeit eine Strafe wird. Selbst im Winter, schon nach einer halben Stunde Arbeit mit dem Schubkarren, war man schweißüberströmt. Am ersten Tag waren die Hände voller Blasen, und gegen Abend des zweiten Tages ging die ganze Haut von den Händen ab. Wir

zeigten den Wärtern die Hände. Je-
he lachten nur und sagten: „Los, los,
weiter!“

Die Karren mußten hintereinander
in einem Abstand geschoben
werden. Wenn jemand den Laden
aufhielt, wurden er, sein Hinter-
mann und der letzte in der Reihe
geprügelt, um dadurch die übrigen
dazu zu bringen, die Lasten schnel-
ler zu transportieren. Wenn ein Häft-
ling versuchte, einem anderen zu
helfen, wurde er gleichfalls geschla-
gen. Ich erinnere mich, wie die
Wärter einmal einen Häftling bis
zum Kopf in den Sand eingruben —
ein „Scherz“. Den Eingegrabenen
fragten sie, ob er trinken wolle. Je-
ner nickte, und die Wärter urinier-
ten auf ihn. Ich erzähle Ihnen das
jetzt, und mir selbst scheint das alles
irgendwie unreal. War nicht das, was
ich gesehen und durchgemacht habe,
nur ein Alptraum?

Bäume und Baumstümpfe zogen
wir mit bloßen Händen heraus:
Einige rüttelten den Baum hin und
her, bis sie ihn ausgerissen hatten.
Für die Wärter war das auch ein
Anlaß zu Scherzen. Doch das
Schrecklichste waren nicht die eigen-
en Schmerzen. Entsetzlich ist es
mit anzusehen, wie ein 16jähriger
Junge, der Sie zu Hilfe ruft, weint
und schreit, und Sie können nichts
ausrichten. Das ist eine wahre Fol-
ter!

Am Tag nach der Capetown-Fahrt
arbeitete ich natürlich wieder. Als
mich der Wächter sah, rief er freu-
dig aus: „Nun wieder da! Aber et-
was Fett angesetzt!“ Und trieb mich
mit der Faust an. Die Anordnung
lautete, die Mütze abzunehmen,
wenn man einem Offizier begegnet.
Doch wenn man einen Karren
schiebt, muß man deshalb langsamer
fahren. In diesem Augenblick stürz-
te ein Wärter auf mich zu: „Was
fährst du den Karren so langsam?“
Er rief einen Kumpanen, und wäh-
rend jener mit auf mich gerichtetem
Gewehr dabeistand, schlug er mich.
Blut floß aus den Augen, der Nase,
dem Mund. Erst sechs Wochen spä-
ter konnte ich wieder besser sehen.
Seitdem bin ich kurzsichtig und tra-
ge ich eine Brille.

Wir bauten eine Mole — mit eben-
diesen Schubkarren. Kriminelle be-
luden die Schubkarren, und die Poli-
tischen schoben sie. Doch solange
sie Steine hineinschütteten, erhielten
wir uns. Da kam den Wächtern
plötzlich ein Einfall, und sie änder-
ten das System: Jetzt hatte jeder
von uns zwei Karren. Während der
eine geschoben wurde, wurde der

andere beladen. Ich weigerte mich,
so zu arbeiten. Ging selbst zum
Wärter und gab ihm meine Karte.
Jeder Gefangene trug einen Gefäng-
nisausweis mit Vor- und Nachname,
Haftdauer, „Vergehen“ und einer
Nummer bei sich, der abgenommen
wurde, wenn man sich etwas „zu-
schulden kommen“ ließ. Der Wäch-

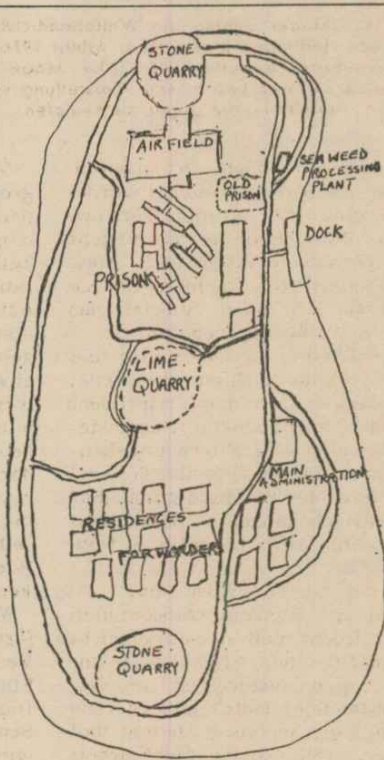
Häftlingen die Nummern wegen
„mangelnden Fließes“ abgenommen.
Während des Mittagessens hängte
man sie an den Händen an einem
Pfehl auf. Die Kameraden erklärten
den Streik. Alle wurden verprügelt.
Kurz zuvor hatte man neue Häftlin-
ge eingeliefert, die man gerade zur
Zeit der Straffaktion vorbeiführte.

Vom Redakteur. Diese
Skizze von Robben Island hat
mein Gesprächspartner aus dem
Gedächtnis angefertigt. Nach dem
Prozeß wurde er, an Armen und
Beinen gefesselt, dorthin ge-
bracht — in ein Gefängnis, in
dem die RSA-Behörden die Frei-
heitskämpfer als gefährlichste
Verbrecher halten.

Die Insel liegt 10 km vor
Capetown. Die Wolkenkratzer der
Stadt sind von dort deutlich zu
sehen. Die Insel ist flach, mit
Sträuchern und einigen Bäumen
bewachsen, Vögel singen. Die
Verbindung mit Capetown erfolgt
per Fähre oder Flugzeug. Früher
gab es auf der Insel eine Kolo-
nie von Aussätzigen. Doch schon
viel früher, im 17. und 18. Jh.,
verbannte man hierher Unbeque-
me, jene, die sich den Machtha-
bern widersetzen.

An der Südspitze Afrikas sin-
ken die Temperaturen im Winter
fast auf Null, und für uns Afrika-
ner sind auch +10, +15 Grad
schon kalt. Zudem ist Capetown
von hohen Bergen umgeben, und
die Gipfel sind im Winter schnee-
bedeckt. Von dort her wehen
eisige Winde.

Oben auf dem Plan sind H-
förmig die Gefängnisgebäude an-
geordnet, hinter ihnen liegen das
Flugfeld und der Steinbruch. Im
Mittelpunkt ist der von einer
punktierten Linie eingefasste Ar-
beitsplatz der Häftlinge aus dem



Geheimsektor, der „Segregation“:
Dort befinden sich die Kalkhal-
den, von denen die Politischen
blind werden. Unten sind die
Wohnhäuser der Wärter und ein
weiterer Steinbruch.

ter gab das Dokument an die Lei-
tung weiter. Ich kam in den Karzer.
Neun Tage saß ich dort. Nach mir
weigerten sich auch andere zu ar-
beiten. Sie wurden gleichfalls iso-
liert. Und aus dem Karzer wurden
wir zur Strafe zu schweren Arbeiten
geschickt.

Am neuen Platz hatte ein Aufse-
her vom Molenbau das Komman-
do. Er befahl mir, die Steine im
Laufschritt zu tragen. Ich war be-
reit, alles zu tun — wie die anderen,
doch nicht mehr. Da nahm er mir
den Ausweis weg, und ich arbeitete
nicht mehr. Ich wußte nicht, daß
dieser Tag ein besonderer war.

Bereits am Morgen hatte man zwei

Stellen Sie sich ihre Reaktion bei
diesem Anblick vor. Da schrie der
Gefängnisleiter: „Die auch!“ Die
KZ-Büttel stürzten sich auch auf
die Neulinge. In diesem Moment
wurde ich vorgeführt. „Auch ihn
dorthin“, ordnete der Leiter an. An
jenem Tag schlug man mir den
Kopf ein. Doch ich hörte noch, wie
ein neuer Häftling bat: „Ich habe
eine schwere Wunde, man darf mich
nicht anrühren.“ „Zeig doch mal
her“, bat der Aufseher — und schlug
ihm direkt auf die Wunde.

Natürlich zehrte uns die Arbeit
aus. Anfangs konnten manche selbst
das Mittagessen nicht herunter-
bekommen, da sie vor Müdigkeit fast

umfielen. Durch die Arbeit und die Schläge hatten viele entsetzliche Rückenschmerzen. Meine Blutergüsse und Stöße, die ich an diesem Tag bekam, heilten erst nach acht Monaten ab. Damals besuchte mich gerade meine Frau. Als sie meinen Zustand sah, verlangte sie einen Rechtsanwalt. Lange wurde ihm der Zugang zu Robben Island verwehrt, doch letzten Endes erreichte er ein Treffen. Ich beklagte mich nicht darüber, daß man mich schlug — das erstaunte niemanden, sondern darüber, daß ich grundlos litt. Ich bestand auf einer gerichtlichen Klage. Der Rechtsanwalt hingegen schlug vor, einen Brief an den Gefängnisminister zu schreiben, weil er meinte, das wäre aussichtsreicher. Man verfaßte einen Brief. Erstaunlicherweise gab mir die Leitung wirklich recht und zahlte als Entschädigung eine kleine Summe, für die ich Bücher kaufte und mich an der Fernabteilung der mathematischen Fakultät immatrikulieren ließ.

Einige Zeit später rief man mich zur Leitung: „Wir verlegen dich in den geschlossenen Sektor“ — wir nannten ihn „Segregation“. Jemand wurde nach meinen Habseligkeiten geschickt. Der Grund für diese erneute Bestrafung lag in meinem „widerspenstigen“ Verhalten und in meinen Anwaltskontakten. Von der „Segregation“ war bekannt, daß sie ein total isolierter Teil des Gefängnisses ist, wo die Häftlinge unter strengster Kontrolle und härtesten Bedingungen gehalten werden. Dort büßten die Führer des ANC und der KP Südafrikas ihre Haftstrafen, manchmal lebenslänglich, ab.

Sie wurden getrennt von den anderen zur Arbeit gebracht — in einem geschlossenen Wagen, damit sie niemand sah. Nach der Arbeit wurden sie in den Zellen eingeschlossen. Ihnen war es nicht erlaubt, Kontakte zu unterhalten und miteinander zu sprechen. Ich schloß mich gleich ihrem Kampf für eine Aufhebung dieser Vorschriften an, und nach vielen Bemühungen bekamen wir die Erlaubnis, die Zelle zu verlassen.

Und besonders erschwerend für die Häftlinge — Anwälte, Dozenten, Journalisten und Wissenschaftler — war, daß sie nicht nur wenig produktive, sondern oft vollkommen sinnlose Arbeit verrichten mußten. Die Steine, die wir zerkleinern mußten, wurden fast nicht gebraucht. Zu allem Überdruß waren dort, wo wir arbeiteten, Kalkhalden. Davon

tränen und schmerzen die Augen. Selbst die Wächter wollten nicht für lange mit uns dort bleiben.

Wir wandten uns an die Leitung und verlangten eine sinnvollere Arbeit. Wir beschwerten uns auch bei Vertretern des Roten Kreuzes während ihrer seltenen Besuche. Doch so lernte ich in den über zehn Jahren nichts anderes kennen als den Schubkarren und die Arbeit im Steinbruch.

Für „schlechtes Benehmen“ in unserem von allen abgeschiedenen Sektor wurde man in einen Karzer gesperrt oder bei der Arbeit isoliert. Einmal wusch ich den Kübel. Der Wächter sagte: „Warum strengst du dich so an? Bist du doch zu Hause in den Busch gegangen.“ Ich beherrschte mich nicht und antwortete entsprechend. Davon erfuhr der Oberst und rief mich zu sich. Er fragte: „Gibt es Klagen?“ Ich antwortete: „Nein.“ „Sechs Monate von allen getrennt arbeiten!“ sagte er.

Pretoria, das uns für lange einschloß, meinte, es hätte uns so die Möglichkeit zu aktivem Kampf genommen. Bedeutete das, daß wir nichts tun konnten, selbst unter den härtesten Bedingungen? Niemand dachte so. Wir vermochten, uns auf den weiteren Kampf vorzubereiten, indem wir seine Wege erörterten und unseren Bildungsstand erhöhten. Und außerdem konnten wir Widerstand im Gefängnis leisten.

Nein, wir baten die Rassisten Pretorias um nichts. Wir verlangten politische Gerechtigkeit. Warum saßen wir im Gefängnis? Wir verteidigten die Rechte der Schwarzen und leisteten deshalb der Regierung Widerstand, doch in der Geschichte unseres Landes sind viele Fälle bekannt, daß die Afrikaner, die Buren, mit der Waffe in der Hand gegen die Regierung vorgingen. Selbst RSA-Premierminister Vorster saß im Gefängnis, da er gegen die damalige Regierung kämpfte und die Nazis unterstützte — doch er wurde freigelassen. Warum hält man uns in Haft? Die Weißen haben auch ohnedies alle Rechte in unserem Land, wir aber haben keine. Ebendas ließ uns zur Waffe greifen.

1968 wurde die erste Gruppe von Kämpfern aus Namibia, Aktivisten der SWAPO, zu uns gebracht. Sie wurden in unseren Block gebracht, von uns aber ferngehalten. Doch wir erfuhren gleich, daß die Neuen den Hungerstreik erklärt hatten. Wir unterstützten sie. Man öffnete die Zellentüren, ließ alle heraustreten

und sich nackt ausziehen, untersuchte alle. Wir standen viele Stunden ohne Kleidung, und im Gefängnis, das aus Stein und Zement gebaut ist, war es kalt. Dann wurden alle so geschlagen, daß Blutflecken noch lange an den Wänden blieben.

Wir wandten uns erneut mit einer Petition an den Minister. Man schickte uns einen niederträchtigen Leutnant, der selbst seine Vorgesetzten anlog. Er berichtete: „Die Häftlinge sammeln Waffen im Gefängnis, um übereinander herzufallen.“ Dieser Büttel wollte dadurch Karriere machen, daß er uns mehr quälte als andere. Unter den Wächtern waren viele Verhaltensgestörte: Sie litten oft an Geisteskrankheiten und sexuellen Perversionen — auch jener Leutnant. Einige führten sich so auf, daß selbst die Gefängnisleitung sie von der Insel versetzen und degradieren mußte.

Letzten Endes durften wir an freien Tagen auf den Innenhof gehen und einander in den Zellen besuchen. Wir spielten Schach, das wir aus Karton gefertigt hatten. Einige Zeit später feierten wir einen neuen Sieg — wir erhielten eine überdachte Speiseecke. Wir setzten eine Erleichterung nach der anderen durch — erkämpften Kleidung, Schuhe, Socken, lange Hosen und warme Sachen.

Doch während das eine besser wurde, verschlechterte sich das andere. Wir waren es satt, jeden Tag die gleiche monotone, auszehrende Arbeit zu tun: sechs, acht und mehr Jahre. Unwillkürlich arbeiteten wir langsamer. Der neue Leiter, ein freches, faschistoides Subjekt, fragte den Wächter: „Wollen die da etwa nicht mehr arbeiten?“ Jener nickte. „Führe sie in die Isolierzelle und ordne sie in eine tiefere Kategorie ein.“ So landete ich erneut bei C.

Wir waren empört: Der Gefängnisleiter hatte uns nicht einmal nach dem Grund für unser langsames Arbeiten gefragt. Wir schrieben einen Protestbrief. Jener setzte darauf die Worte: „Ich habe mit ihnen über nichts zu sprechen.“

Einmal brachte man uns das Essen in Schüsseln ohne Deckel. Wir rührten es nicht an. Der Wächter sagte: „Ihr führt euch auf wie sechsjährige Kinder.“ Ich mußte lachen. Er schleppte mich zum Chef. Jener schickte mich in den Karzer und stufte mich in die tiefste Kategorie ein: Ich verlor das Recht zu studieren. Wir Mitglieder des ANC nahmen das Studium sehr ernst. Viele unserer Kameraden verbüßten langjährige Strafen, und für sie war es

wichtig, daß diese Jahre nicht umsonst waren.

Uns politischen Häftlingen war es selbst in der A-Kategorie nicht erlaubt, Zeitungen zu kaufen und Rundfunk zu hören, auch das Wiedersehen mit Angehörigen war beschränkt. Natürlich waren bei allen Treffen Aufseher zugegen, und die Briefe wurden zensiert. Ich erinnere mich, daß Nelson Mandela mir einen Brief seiner Frau zeigte. In ihm hatte die Zensur nur den Absender, die Anrede und die Schlußwendung stehengelassen. Die Zensur war überaus streng. Wir durften nichts von den Ereignissen in der Welt erfahren. Das steigerte sich bis ins Absurde: Die uns von oben zugeordneten Propagandaschriften Pretorias wurden verboten. Doch mit der Zeit lernten wir es, auch die Zensur zu umgehen.

Wir protestierten gegen alle Mißhandlungen. Beharrlich verlangten wir eine bessere Verpflegung. In einem Schreiben an die Regierung protestierten wir gegen die Diskriminierung beim Essen. Übrigens teilten wir das Essen, das wir in der „Segregation“ erhielten, stets unter allen auf. Zum Beispiel war Brot nur für die Inder und die Mischlinge vorgesehen. Wir schnitten es in kleinste Teile, und jeder bekam etwas. Die Wärter wollten das verhindern. Wir erklärten einen Hungerstreik. Trotz des Hungerstreiks mußten wir arbeiten. Viele verloren das Bewußtsein — und erhielten drei Monate Haftverlängerung.

Was hielt uns unter diesen unmenschlichen Bedingungen aufrecht? Vor allem das Bewußtsein, daß wir den Kampf fortführten. Ein aktives politisches Leben half uns auszuhalten und den gesunden Menschenverstand zu bewahren. Zu uns drangen Informationen über die Ereignisse im Lande, in Afrika, in der Welt. Jeder neue Häftling war für uns eine Quelle frischer Informationen. Wir wußten, daß der Kampf im Lande weitergeht.

Unsere innere Kraft beeindruckte sogar die Wächter. Anfangs waren sie alle sehr grob zu uns. Doch allmählich änderten sie ihre Einstellung zu den Politischen. Sie wunderten sich: Diese Schwarzen waren ja

Vom Redakteur. Wir saßen einige Abende zusammen. Ich fragte ihn einmal, ob er nicht Angst habe, wieder auf die Insel des Grauens zu kommen. Er antwortete mir: „Die einen verlassen das Gefängnis mit den Worten ‚Mir reicht’s!‘ Die anderen, nicht viele, kollaborieren mit den Behörden. Und wieder andere werden stärker, als sie waren.“

Die Zeit wird kommen — ich bin überzeugt, daß sie nicht so fern ist! — Und ich werde den Namen dieses Patrioten nennen können, der für mich zur Verkörperung des Mutes wurde.

durchaus „zivilisierte“ Menschen und viel gebildeter als sie selbst.

Ich hielt mich auch deshalb, weil ich wußte, daß ich diese Schlacht gewinnen muß. Wenn ich auch nur den kleinsten Kompromiß eingegangen wäre, dann wären meine Opfer vergeblich gewesen. Ich hänge sehr an meiner Mutter, vielleicht weil ich das einzige Kind in der Familie bin. Meinen Werdegang, meine Bildung — alles verdanke ich ihr, ihren Bemühungen, ihren Opfern. Ich dachte stets: Was wird sie sagen? Werde ich doch einmal sie und meine ganze Familie wiedersehen? Wie werden mich die Frau und meine Kinder zu Hause empfangen? Ich möchte, daß sie stolz auf mich sind.

Man ließ mich frei, eigentlich verbannte man mich, schaffte mich aufs Festland und dann unter Bewachung in eine Ortschaft, sehr weit von zu Hause unter Polizeiaufsicht. Das wird bei ihnen als Aberkennung der Bürgerrechte bezeichnet. Ich durfte nicht mit mehr als einem Menschen gleichzeitig sprechen. Es war untersagt, Unterricht zu geben, eine Fabrik, ein Gericht oder eine Anwaltspraxis zu betreten.

Sie stellten mir ein ganzes 3-Zimmer-Haus zur Verfügung — doch völlig leer, mit nackten Wänden. Weder ein Bett noch Wäsche waren da. Ich fragte: „Wo soll ich denn schlafen?“ Man antwortete: „Wir werden uns schon etwas einfallen lassen.“ Wahrscheinlich denken sie immer noch nach.

An jenem ersten Abend ging ich zu den Nachbarn. Natürlich kannte mich niemand. Doch ohne das ich bitten mußte, gab mir ein Nachbar eine Bank, der andere eine Decke.

Die Eltern und meine Frau warteten in Capetown. Ihnen hatte niemand gesagt, wohin man den „Entlassenen“ gebracht hatte. Erst eine Woche später fanden sie mich. Doch bereits am Tag nach der Entlassung knüpfte ich Kontakt mit dem ANC. Ich erhielt von der Organisation den Befehl zu flüchten. Ich verließ das Land. Ich weiß, daß jetzt in meiner Heimat nach mir gefahndet wird. Weiß, daß meine Frau überwacht wird und die Kinder meinen Weg gegangen sind. Wann und wo ich sie wiedersehe und ob überhaupt, steht in den Sternen. ■

A. IGNATOW

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich, ein Verfechter linker Ideen, bin erstaunt und beunruhigt über die Fürsorge, mit der man in Ihrem sozialistischen Land Menschen umgibt, die sich, statt mit allen Kräften für den Staat des gesamten Volkes zu arbeiten, um ihre Nebenwirtschaft kümmern. Bestimmt doch das Sein das Bewußtsein.

George WHITE
Wellington, Neuseeland



Es diskutiert
unser
Kommentator
Wladimir
SHITOMIRSKI

Als ich Ihren Brief las, dachte ich, ich sollte von meinen guten Bekannten, einem Ehepaar, berichten, das nicht mehr zu den jüngsten gehört. Diese beiden Großstadtmenschen machen sich jeden Freitagabend auf, um in ihrem Kleingarten zu arbeiten. Offen gestanden, anfangs stieß diese Leidenschaft bei mir auf Unverständnis. Doch als ich sie einmal an einem Sonntagabend bei der Rückkehr sah, wurde mir einiges klar. Ihre duftenden Blumen harmonierten mit jener Freude, ja Ausgeglichenheit, die diese beiden ausstrahlten, obgleich sie sicher müde waren. Am Wochenende hatten sie auf ihrem kleinen Grundstück gearbeitet.

Stolz bewirteten sie ihre Nachbarn mit Erdbeeren, die sie selbst angebaut hatten. Das machte ihnen Freude, ebenso wie diese Arbeit. Und zugleich war es für sie die beste Erholung. Immer mehr Städter suchen Ruhe vor der Hektik und dem Lärm, indem sie an den freien Tagen ins Grüne, zu ihrer Parzelle fahren.

Viel intensiver als meine Bekannten arbeiten viele Landbewohner auf ihrem Nebengrundstück. Dort sind es richtige Nebenwirtschaften. Die Statistik zeigt: Durchschnittlich machen in den Familien von Kolchosbauern die Einnahmen aus der individuellen Wirtschaft über ein Viertel aller Einkünfte

aus. Milch, Eier, Kartoffeln, Obst und Gemüse — all das gibt die Nebenwirtschaft. Dort arbeiten größtenteils jene Familienmitglieder, die nicht in der gesellschaftlichen Produktion tätig sind — Rentner und Jugendliche. Die nicht im eigenen Haushalt verwerteten Lebensmittel gelangen dann auf den Markt — entweder verkaufen die Kolchosbauern selbst, oder das geschieht über einen Erfassungs- und Aufkaufsbetrieb.

Die persönlichen Nebenwirtschaften spielen also eine bestimmte wirtschaftliche Rolle und tragen wesentlich dazu bei, daß die Nachfrage der Bevölkerung nach Lebensmitteln besser befriedigt wird. Ebendeshalb fördert der Sowjetstaat solche Wirtschaften. „Es ist doch aber bekannt, daß diese Form der Arbeit, nicht mit Ausbeutung verbunden, gegenwärtig eine nützliche Rolle in unserer Wirtschaft spielt“, sagte Leonid Breshnew in seinem Bericht auf der 7. außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, wobei er betonte, daß die entsprechenden Staatsorgane von ihrem in der Verfassung verankerten Kontrollrecht fest Gebrauch machen sollen, damit die den Bürgern überlassenen Grundstücke rationell, im Interesse der Gesellschaft genutzt werden und die Einnahmen aus Nebenwirtschaft und individueller Arbeit den Prinzipien des Sozialismus entsprechen.

Die freie Arbeit von Menschen, die nur freiwillig tätig, doch sich zugleich bewußt sind, daß diese Arbeit gesellschaftlich nützlich ist — so sieht in der Sowjetunion die Arbeit in den Nebenwirtschaften aus. Vor diesem Hintergrund heben sich kraß einzelne Elemente ab, die aus ihnen überlassenen Grundstücken mit allen Mitteln „Profit“ schlagen wollen. Ihre Tätigkeit zieht natürlich die Aufmerksamkeit der kompetenten Organe auf sich und wird von allen ehrlichen Menschen entschieden verurteilt.

Die Arbeit in einer Nebenwirtschaft hat also keinerlei negativen Einfluß auf die sowjetischen Menschen, die für das gemeinsame Anliegen, das gemeinsame Ziel kämpfen.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 10

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

подводить итоги
(подвести)

взрослое население

размах активности

высказать предложение

животворное

единство

сплотиться вокруг

принимать участие
(принять)

всенародное обсуждение

die Bilanz ziehen

die erwachsene Bevölkerung

der Umfang der Volksaktivität

einen Vorschlag äußern

die lebenspendende Einheit

sich zusammenscharen um

Anteil nehmen, teilnehmen

Volksdiskussion (D. des ganzen Volkes)

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

7 октября становится всенародным праздником. Об этом принято решение на внеочередной сессии Верховного Совета СССР, на которой утверждена новая Конституция (Основной Закон) нашей страны. На этой сессии были подведены итоги почти четырехмесячного всенародного обсуждения проекта Конституции. Как отмечал в своем докладе на сессии товарищ Л. И. Брежнев, в обсуждении «приняло участие свыше ста сорока миллионов человек, то есть более четырех пятых взрослого населения нашей страны. Такого размаха народной активности наша страна еще не знала».

В обсуждении принимали участие люди самых различных профессий и возрастов, наций и народностей, коммунисты и беспартийные. Они тщательно анализировали проект Конституции, высказывали свои предложения об улучшении его текста. И многие из этих предложений стали основой внесенных Конституционной Комиссией поправок, уточнений и дополнений. Все народное обсуждение проекта Конституции еще раз показало, каким прочным и животворным является единство всех классов и социальных групп, всех наций и народностей, всех поколений советского общества, сплоченных вокруг Коммунистической партии.

Übung 2: Beachten Sie, wie folgende Wörter gebildet sind, und übersetzen Sie sie:

всенародное, всеобщее, всесторонний, всемирный, всемерное, всецело.

Übung 3: Übersetzen Sie folgende Sätze und beachten Sie dabei die fettgedruckten Wörter und Wortverbindungen:

1. Das war eine wissenschaftliche Entdeckung **von weltweiter** Bedeutung. 2. Im Bericht war aus der Tätigkeit des Jahres **die Bilanz** gezogen. 3. Die Redner **äußerten den Vorschlag**, diese Frage **zur Diskussion** vor die ganze Belegschaft des Betriebs **zu bringen**. 4. **Rings um** den kleinen Trupp der Kämpfer für die nationale Befreiung **scharfte sich** bald das ganze Volk. 5. Am Konzert **nahmen** die besten Interpreten sowjetischer Lieder **teil**. 6. Fünfzig Prozent der erwachsenen Bevölkerung des Landes **nahmen** am Referendum **teil**.

Glücksrezept

Jährlich schreiben britische Ärzte Millionen Rezepte für Beruhigungsmittel, Schlaftabletten und Antidepressiva aus. Häufig werden diese Medikamente auch ohne Rezept gekauft. Die Arzneimittelfirmen tun alles, um den Eindruck zu erwecken, die unverzügliche Einnahme einer Arznei helfe am besten, Aufregung zu beseitigen oder einfach die Stimmung zu heben. „Jeder Arzt ist einem wahren Trommelfeuer der Werbung ausgesetzt“, sagte der Psychologe Dr. Warburton. Obgleich sich viele Präparate negativ auf die Erbanlagen auswirken können, versucht man, die Ärzte davon zu überzeugen, diese Medikamente selbst jenen Patienten zu verschreiben, die ohne sie auskommen könnten. „Soviel Medikamente wie möglich einzunehmen — das ist in Großbritannien das Rezept fürs Glück“, schrieb der Guardian ironisch.

Mordprämie



Einem nationalsozialistischen Ortsverband in Chicago ist es durch einstweilige Verfügung untersagt worden, weiter für die Tötung eines Schwarzen eine Belohnung von 200 Dollar auszusetzen. In seiner Urteilsbegründung erklärte Richter Raymond Berg, das sei vergleichbar mit dem Ruf „Feuer“ in einem überfüllten Theater. Der Richter dürfte nur zu

gut wissen, wie viele Menschen in seiner Stadt nur allzugern durch einen rassistischen Mord zu 200 Dollar kommen möchten.

Hauptsache — die Kasse stimmt



Die Gesellschaft für regenerative Überdrucktherapie in der bundesdeutschen Stadt Hannover machte große Geschäfte. Ein Patient zahlte für 10 Behandlungen in der Überdruckkammer 700 DM, obgleich sie der Firma fast nichts kosteten — um so mehr als 20 Leute gleichzeitig in der Kammer saßen. Chefarzt Dr. Lammert, der so 20 000 DM monatlich einstrich, erlaubte jedem Reklameopfer die Behandlung. Kürzlich kamen in der Überdruckkammer fünf Menschen ums Leben, und einige Patienten erkrankten. Es kam zu einem Prozeß. Lammert versuchte sich damit herauszureden, er verstünde nichts von Technik. Doch Lammert hat auch von der Medizin keinen blauen Dunst. Er wurde „Arzt“ unter Hitler, ohne medizinische Ausbildung, nur durch seine Verbindungen zur SS.

Unrechtspflege

Vor sieben Jahren, auf dem Höhepunkt des schmutzigen Krieges in Vietnam, beteiligten sich drei junge Amerikaner — Joy Rainey, James Mc Clung und Stephen Rochel-

le — an einer Antikriegsdemonstration auf einem Collegegelände in einem Washingtoner Vorort. Damals verurteilte ein Gericht alle drei zu Gefängnisstrafen, weil sie eine Situation herbeigeführt hätten, die einen Polizeieinsatz erforderlich gemacht habe. Seitdem bemühten sich die drei bei Gerichten verschiedener Instanzen um eine Revision des absurden Urteils und deshalb wurde es einstweilen ausgesetzt. Doch ihre Mühen wurden nicht von Erfolg gekrönt. Jetzt, da die US-Aggression in Vietnam von der amerikanischen Öffentlichkeit verurteilt wird, kamen die drei hinter Gitter. Der Richter, der vor 7 Jahren das Urteil fällte, bekräftigte seinen Spruch.

Besser ins Sparschwein!

Selemani Mkuna, ein tansanischer Dorfbewohner, überzeugte sich am eigenen Leib, wie unzuverlässig die Methode der Ahnen zur Geldaufbewahrung ist. Mkuna versteckte 4240 Shilling in einem gefällten Baum, und andere Dorfbewohner, die befürchteten, daß sich dort Schlangen einnisten könnten, verbrannten den Stamm.

Gehst du zum Weib...



Die US-Behörden stellten eine Million Dollar bereit, um ... Frauen zu helfen, die von ihren Männern verprügelt wurden. Nach offiziellen Angaben gibt es in Amerika etwa 1 Million solche Prügelopfer. Also bekommt ein Weib, zu dem man wohl lieber nicht mit der Peitsche gehen sollte,

durchschnittlich einen Dollar, also nicht gerade viel. Doch was ist der Gedanke wert!

Aussichtslos

Das junge Ehepaar Carole und Derek Catchpole leben in der britischen Kleinstadt Blyth. Wie 16 Prozent der Einwohner ist auch das Familienoberhaupt, ein ehemaliger Bankangestellter, arbeitslos. Die erbärmlich geringe Arbeitslosenunterstützung reicht kaum, um die Frau und den zweijährigen Sohn vor dem Hunger zu bewahren. Die Eltern können das Kind nur einmal am Tag ernähren. „Die Jagd nach einem Arbeitsplatz erinnert an das Goldfieber“, sagte Carole Catchpole zu einem Journalisten und fügte hinzu, daß sie vor Verzweiflung manchmal eine Überdosis Schlafmittel einnehmen möchte. „Das wäre dumm“, wandte ihr Mann ein. „Wir können uns es nicht erlauben zu sterben, wir haben keine Versicherung...“

Zu wenig Zielwasser?



In amerikanischen Filmen ist der Sheriff fast immer ein ausgezeichnete Schütze. Doch kürzlich wurden 36 Bullen in der Grafschaft Middlesex die Waffen abgenommen, da sie, wie der Polizeichef meint, überflüssig seien: Die „Ordnungshüter“ haben selbst die einfachsten Normen am Schießstand nicht ablegen können. Ob's am fehlenden Zielwasser lag?

Zeichnungen
W. Tschakiridis

VOLKSDEPUTIERTE HABEN DAS WORT

A. ALEXANDROW

Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
(Deputierter des Kiewski-Wahlkreises der Stadt Moskau)

Werte Genossen!

Die Wissenschaftler unseres Landes, die Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR haben wie das ganze sowjetische Volk sehr aufmerksam den Entwurf der neuen Verfassung studiert und erörtert. Im Laufe längerer Zeit wurden viele Versammlungen und Diskussionen abgehalten, es wurden Hinweise stilistischer und inhaltlicher Art gegeben. Ein Teil der in diesen Diskussionen ausgesprochenen Hinweise sind von der Verfassungskommission angenommen worden und stehen jetzt in der neuen Fassung des Entwurfs. Das wichtigste Ergebnis dieser Diskussionen besteht jedoch darin, daß die Wissenschaftler unseres Landes dieses großartige Dokument voll und ganz unterstützen. Sie sind der Ansicht, daß es die Interessen unseres Volkes, unseres Landes ausführlich widerspiegelt, daß es ein Banner der Epoche des entwickelten Sozialismus ist.

Genossen! Besondere Aufmerksamkeit bei diesen Diskussionen galt bestimmten wichtigen Punkten des Verfassungsentwurfs. In ihnen finden die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen unserer Gesellschaft, die Rolle der Arbeit im Leben des Volkes und die Rechte aller sowjetischen Bürger allseitigen Ausdruck. Das alles entspricht voll und ganz den Interessen des sowjetischen Volkes.

Es ist außerordentlich wichtig, daß in dem Entwurf der neuen Verfassung, in vielen seiner Abschnitte, dem Wachstum der Kultur, dem Wachstum der Bildung, dem Wachstum der Wissenschaft unseres Landes große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Man braucht nur daran zu denken, was unser Land vor der Revolution darstellte, als die Mehrheit des Volkes (etwa 75%) Analphabeten war, und es mit dem zu vergleichen, was unser Land jetzt aufzuweisen hat.

Genossen! Große Bedeutung hat die Tatsache, daß in der Verfassung die Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Leben unserer Gesellschaft genau definiert

wird. Dieser Punkt hat im Ausland, bei Vertretern der kapitalistischen Kreise, viel Kritik ausgelöst. Wir brauchen jedoch nur auf die vergangenen 60 Jahre zurückzuschauen, dann erkennen wir, daß dieser Artikel zu Recht in die Verfassung aufgenommen wurde, denn er entspricht völlig der Wahl, die unser Volk im Oktober 1917 getroffen hat. Damals hat unser Volk sein Schicksal in die Hände der Partei Lenins gelegt, die in der gesamten abgelauten Entwicklungsperiode seine Interessen konsequent vertrat und es auf ein völlig anderes soziales und kulturelles Niveau gebracht hat, verglichen mit dem, auf dem es früher stand. Schauen Sie heute auf unser Land. Es ist ein Land, wo das Analphabetentum schon vergessen ist, wo die Bildung, dabei unentgeltlich und in allen Kategorien, hochentwickelt ist. Dazu gehören die mittlere und die Hochschulbildung, das Fernstudium, das es vielen arbeitenden Menschen ermöglicht, an einer Hochschule zu studieren und sich weiterzuqualifizieren. Dazu gehören auch alle möglichen Formen von Vorlesungen, Klubs und Zirkeln. Das alles steht unserem Volk offen und erlaubt es ihm, seine Kultur ständig zu heben.

Genossen! Die Kultur des Volkes war immer eine vorrangige Sorge der Kommunistischen Partei, der Partei Lenins. Wladimir Iljitsch Lenin hat der Entwicklung der Kultur unseres Landes besonders große Beachtung geschenkt. Die Älteren unter Ihnen werden sich vermutlich erinnern, wie gleich nach der Revolution die Offensive gegen das Analphabetentum, die Einrichtung von verschiedenartigen Schulen, darunter mit Unterricht in den Nationalsprachen, einsetzen, was es früher im Lande nicht gab. Es begann die Organisierung neuer Richtungen der höheren Bildung, die Einrichtung von Forschungsinstituten. Und das geschah bereits 1918, als der Bürgerkrieg entflammte, als im Lande Hunger und Wirren herrschten. Bereits zu dieser Zeit wandten die junge Sowjetmacht und die Kommuni-

stische Partei ihre Aufmerksamkeit der notwendigen Entwicklung der Wissenschaften zu. Diese beharrlich verfolgte Linie wird bis jetzt fortgesetzt. Und es war eine außerordentliche Freude, auf dem XXV. Parteitag von Leonid Breschnew zu vernehmen, daß die Förderung der Wissenschaften zur Politik unserer Partei gehört.

In der Zeitspanne nach der Oktoberrevolution hat sich unser Land infolge des Bildungsausbaus und der Entwicklung der Wissenschaft völlig gewandelt. Es wurden neue Hochschulen, danach Zweigstellen der Akademie der Wissenschaften in den Republiken und später Akademien der Wissenschaften und wissenschaftliche Zentren der Republiken gebildet. Das ist etwas sehr Wichtiges, weil es uns gestattet, den Weg des Fortschritts zu beschreiten.

Unser Land hat heute eine fortschrittliche Wissenschaft. Das heißt natürlich nicht, daß wir in allen Richtungen vorangehen. Aber es heißt, daß das gesamte Niveau unserer Wissenschaft so aussieht, daß keine wichtige wissenschaftliche Richtung, wo auch immer sie sich zu entwickeln beginnt, von uns außer acht gelassen wird, daß keine wichtige Richtung in eine Situation gerät, in der uns die Kräfte, die intellektuellen oder materiellen Möglichkeiten nicht reichen, diese Richtung bei uns in einem Maße zu entwickeln, wie es unser Land und unser Volk brauchen.

Ich weile häufig in neuen wissenschaftlichen Organisationen unseres Landes. Sicher, nicht überall sieht die Sache sehr günstig aus, hier und da müssen die modernen wissenschaftlichen Richtungen verstärkt werden. Insgesamt jedoch haben wir gegenwärtig ein grandioses Gebäude der Wissenschaft, die unserem Land hohen Nutzen bringt.

Genossen! Vor kurzer Zeit befaßte sich das Zentralkomitee mit der Arbeit der Sibirischen Zweigstelle der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Diese Arbeit erhielt große Unterstützung und Billigung. Man befaßte sich auch mit der Arbeit der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, die ebenfalls unterstützt wurde. Übrigens leitet dieser Tagung vorsitzende Genosse Paton einen Zweig der Wissenschaft in der Ukraine, der die Entwicklung der Wissenschaft nicht nur in unse-

rem Lande, sondern auch in der ganzen Welt beeinflusst.

Vor kurzem war ich in Belorußland und machte mich mit der Arbeit der Akademie der Wissenschaften dieser Republik vertraut, die unter dem Zarismus keine einzige höhere Lehranstalt besaß. Früher lebte hier der größte Teil der Bevölkerung in Rauchhütten. Ich habe meine Enkel gefragt, ob sie wissen, was eine Rauchhütte ist. Sie haben mir geantwortet, das sei wahrscheinlich eine Hütte, in der Rauchen gestattet sei.

Heute hat Belorußland 32 Hochschulen, die neuen wissenschaftlichen Institutionen entwickeln sich ausgezeichnet, in der Republik wurden komplizierte Industriezweige entwickelt. Ich wollte wissen, welchen Einfluß die wissenschaftlichen Institutionen auf die industrielle Entwicklung ausüben. Und deshalb sagte ich zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, der hier anwesend ist: „Besser, Sie erzählen mir nicht, was Sie tun, sondern Sie führen mich in einen Großbetrieb, der ihre Arbeiten verwertet. Und dort, in dem Betrieb, möchte ich dann darüber hören.“ Am nächsten Tag fuhren wir in die Vereinigung „BelAS“ und gingen in eine Werkhalle. Dort hing ein riesiges Plakat: „Es lebe die sowjetische Wissenschaft!“. Ich fragte den Direktor: „Wann haben Sie das aufgehängt, gestern?“ Er sagt: „Nein, Genosse Präsident, erst heute morgen.“ Das ist zwar ein Scherz, Genossen, aber unter diesem Scherz steckt eine interessante Sache, die für unser Land eine Neuerung bedeutet und die, wie mir scheint, allseitige Entwicklung verdient. Es stellte sich nämlich heraus, daß derjenige, der uns darüber berichtete, welche Arbeiten von dieser Vereinigung genutzt werden, der stellvertretende Direktor für Wissenschaft und technischen Fortschritt der Vereinigung ist. Eine solche Stelle in einer Produktionsvereinigung ist etwas völlig Neues und Wichtiges, Genossen. Und ich hoffe, daß es sich überall verbreitet, weil es nämlich, wie die Erfahrungen in Belorußland gezeigt haben, außerordentlich dazu beiträgt, wissenschaftliche Arbeiten direkt aus dem Labor, sozusagen noch heiß, in die Industriebetriebe zu verpflanzen.

Unsere neue Verfassung bietet dem Volk große Möglichkeiten, seine Kultur und Bildung zu heben und die Wissenschaft zu entwickeln. Bei uns werden die meisten Bücher

herausgegeben. Bei uns ist es um die Hochschulbildung heute besser bestellt als in den allermeisten Ländern der Welt. Alle Nationalitäten unseres Landes nehmen gleichberechtigt an dem gigantischen schöpferischen Prozeß in unserem Lande teil. Und das alles hat unser Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei erzielt. Wie ich bereits sagte, hat das Volk 1917 seine Wahl, und die einzig richtige Wahl, getroffen und es ist gut, daß die führende Rolle der Kommunistischen Partei bei der Entwicklung unseres Landes in der neuen Verfassung verbrieft ist.

Genossen! In der Verfassung der UdSSR findet die Außenpolitik unseres Landes, die Politik zur Erhaltung des Friedens und der Absage an den Krieg als Mittel zur Beilegung internationaler Konflikte, allseitigen Ausdruck. Das Zentralkomitee unserer Partei unternimmt in dieser Hinsicht riesige Anstrengungen. Insbesondere möchte ich natürlich die unermüdliche Arbeit des Genossen Leonid Breschnew hervorheben, die er leistet, um die Friedenspolitik voranzutreiben und die Entspannung zu konkretisieren. Das eben ist die Politik, die den Interessen buchstäblich aller einfachen Menschen der Welt und nicht nur unseres Volkes entspricht, das am meisten unter dem letzten Krieg zu leiden hatte. Es ist sehr kompliziert, diese Fragen zu lösen, außerordentlich kompliziert. Während in unserer Verfassung die Sorge um den Frieden verkündet wird, laufen im Ausland Arbeiten an der Entwicklung neuer Waffenarten: weittragende Flugelraketen, Neutronenbomben, alles, was zum Kernkrieg gehört. Dagegen kämpft unsere Gesellschaft, unser Land. Die Prinzipien der friedliebenden Außenpolitik, die Eingang in unsere Verfassung gefunden haben, sind natürlich für uns alle Anleitung zum Handeln. Und es muß gesagt werden, Genos-

sen, daß dabei sehr große Beharrlichkeit und eine große Arbeit unserer Partei und unseres Volkes nötig sind.

Die Neutronenbombe wird jetzt als humane Waffe angepriesen, als reine Verteidigungswaffe. Doch dieses Gerede ist eine einzige Lüge. In Wirklichkeit ist die Neutronenbombe zweifellos eine Offensivwaffe, die es nicht nur ermöglicht, ein Territorium zu erobern, sondern es auch von der dort lebenden Bevölkerung zu „säubern“. Diese Waffe soll die Rolle der Majdanek und Auschwitz spielen, die den Faschisten während des letzten Krieges zur Ausrottung der Bevölkerung dienten. Diese Waffe tötet nicht nur. Auf jeden Getöteten wird die zehnfache Anzahl an Menschen kommen, die verschiedenen starken Strahlendosen erhielten. Manche von ihnen werden im Laufe unterschiedlicher Zeiträume sterben, andere, die am Leben bleiben, werden wegen der Verletzungen der genetischen Vererbungsstrukturen eine verkrüppelte Nachkommenschaft zur Welt bringen. Es ist eine Waffe gegen die Massen, gegen unsere Nachkommen, eine Waffe, die einen unbegrenzten nuklearen Krieg provoziert, der ein entsetzliches Unglück für die ganze Menschheit wäre.

Es ist außerordentlich wichtig, daß unsere Partei und unsere Regierung jetzt tatkräftig dafür kämpfen, einen Kernkrieg abzuwenden. Und ich bin überzeugt, daß die Annahme der neuen Verfassung unserem Volk und den Völkern der ganzen Welt hilft, gemeinsam gegen diese neue, der Welt drohende Gefahr vorzugehen.

Genossen! Sicher werden wir alle gerne für die neue Verfassung stimmen. Ihre Annahme ist ein wichtiges Ereignis für unser Land. Dieses Dokument ist ein Beispiel für viele Länder der Welt, besonders für die jungen Staaten, die sich eben erst vom Kolonialjoch befreit haben und ihren Weg wählen.

R. GAMSATOW

Dichter (Deputierter des Wahlkreises Buinak, Dagestanische ASSR)

Genossen Deputierte! Man sagt, Großes erkennt man erst aus der Ferne. Heute ist jeder sowjetische Mensch überzeugt davon, daß unsere Nachfahren diese herrlichen und großen Tage in der Geschichte unseres Staates im Lichte vieler Jahre und Jahrhunderte sehen wer-

den, daß das Jahr 1977 für immer in die ruhmreiche Geschichte unseres Landes eingeht und einen würdigen Platz auf den Kalenderblättern vieler Generationen erhält.

In 100 Sprachen unseres Heimatlandes sind viele gute und verschiedene Bücher geschrieben wor-

den. Welche Schöpfer, welche Schriftsteller aber hätten nicht davon geträumt, das schönste, das wichtigste Buch zu schreiben, und welcher Leser hätte sich nicht danach gedrängt, es zu lesen? Dieses schönste und wichtigste Buch für uns alle ist die neue Verfassung unseres Landes. Sie ist unser Volksbuch, unser hohes Lied. Das Volk ist nicht nur der Leser dieses Buches, sondern auch sein Mitverfasser. Es enthält alles, wofür wir lebten, leben und leben werden. Die Erinnerung an das Vergangene, die Sorge um das Heute, die Gedanken an die Zukunft stehen im Einklang mit den präzisen, richtigen und allen verständlichen Worten im Entwurf des Grundgesetzes. Darin sind die konkreten, unwiderlegbaren Antworten auf alle Hauptfragen der Entwicklung unserer Gesellschaft konzentriert. Seiner Bedeutung, seinen Worten, seinem Inhalt und Wesen, seinem breiten und tiefen Erfassen aller Probleme unseres Lebens und unserer Zeit nach ist der Entwurf der Verfassung gleichsam der Paß aller Völker des sozialistischen Vaterlandes, der Personalausweis jedes Bürgers der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Das dünne Buch ist ganze Bände wert. Diese Worte, von Lenin auf das Kommunistische Manifest bezogen, lassen sich ganz und gar auch auf den Entwurf unserer Verfassung anwenden, weil er gewissermaßen das Manifest unseres Volkes, unserer Zeit, unserer Partei ist.

Der Entwurf der neuen Verfassung ist von Millionen an Millionen gerichtet. Er richtet sich an alle Nationen und Völker, an jede Generation, jeden Beruf, jedes Haus und jede Familie. Und ich muß sagen, daß er seine Empfänger rechtzeitig erreicht hat und in Herz und Hirn unseres Volkes großes Echo fand.

Jeder sowjetische Mensch, der die präzisen und weisen Worte des Entwurfs der Verfassung der UdSSR aufmerksam liest, sieht hinter diesem historischen Dokument deutlich die Gestalt Lenins. Mit seinen Worten spricht unsere Partei heute zu unserem Volk. Sie, unsere Leninsche Partei, ihr Zentralkomitee, das Politbüro des ZK und unser werter Genosse Leonid Breschnew persönlich sind es, die die Träume und Gebote des uns unendlich teuren unsterblichen Führers unablässig in die Tat umsetzen.

Der Entwurf der neuen Verfas-

sung unseres Landes ist von Anfang bis Ende von der Sorge um den sowjetischen Menschen durchdrungen. In ihm widerspiegeln sich Rechte und Pflichten von Männern, Frauen, Arbeitern, Bauern und der Volksintelligenz. Große Aufmerksamkeit widmet er unserer Zukunft — unserer wundervollen Jugend. Was sagt der Verfassungsentwurf zum Beispiel den heute Achtzehnjährigen? Jedem von ihnen sagt der Verfassungsentwurf: Du bist kein Junge mehr, sondern ein Mann, du mußt nicht nur für dich selbst die Verantwortung tragen, sondern für das ganze Sowjetland, du bist erzogen im Geiste des brüderlichen Internationalismus, also trägst du auch für die ganze Welt die Verantwortung und für den ganzen Planeten. Das heißt, du bist schon ein Erwachsener, dein Land, dein Volk, deine Partei glauben und vertrauen dir. Der Entwurf der neuen Verfassung verlangt von dir stetes geistiges Wachstum, weil unsere Jugend die Verantwortung für das Geschick und die Ehre unserer Heimat trägt, weil sie gegenüber aller Welt unsere Ideologie, unsere Leninsche Weltanschauung vertreten muß. Du bist nicht verpflichtet, ein Großer zu sein, aber Staatsbürger zu sein ist deine Pflicht. Wirklich, über dich wird manchmal gestritten, von dir wird gesagt, du habest einen zu kurzen Lebenslauf, von dir wird gedacht, du seiest noch nicht erwachsen und habest keine Lebenserfahrung. Und tatsächlich bist nicht du in den bewegten Tagen unserer Revolution auf Kronstadt gezogen, nicht dich hat man in den Schützengräben des Vaterländischen Krieges getötet, nicht dich haben die Faschisten auf den weiten Plätzen unserer Städte erschossen. Doch dein Land hat eine große Geschichte und große Traditionen. Es hat sehr schwere Erschütterungen und grandiose Ereignisse erlebt. Dein Land hat die Erfahrungen seiner eigenartigen und selbständigen Entwicklung, die Erfahrungen des Kampfes und des Arbeitsruhs deiner Väter. Nicht umsonst sagt man schließlich, daß die Geschichte der Lehrmeister, die Erfahrung aber der Ratgeber ist. Die Erfahrung deiner Väter ist dein Schatz. Und du bist kein Nachäffer, sondern ein schöpferischer und mutiger Fortführer dieser Erfahrungen. Endlich lebt in deinem Herzen die Erinnerung an die 20 Millionen auf den

Schlachtfeldern gefallenen sowjetischen Soldaten, sowjetischen Helden

Und die tapferen Väter dürfen nicht haben feige und schwache Söhne, denn sie sind heute in der Verantwortung für die Ehre ihrer Väter.

Seit der Veröffentlichung Entwurfs der neuen Verfassung der UdSSR wurde er nicht nur unmittelbar in unserem Lande und nicht nur von unserem Volk diskutiert. Ich war Zeuge, wie die Völker der sozialistischen Bruderländer den Entwurf unserer neuen Verfassung als Vorbild des eigenen Grundgesetzes aufnehmen. Ich war Zeuge, wie im fernen Tansania und Mosambique auf ihre Befreiung, auf ihre Freiheit stolze Afrikaner begeistert vom Entwurf unserer Verfassung sprachen. Das Gesetz unserer Wahrheit ist für sie das Gesetz ihrer Hoffnung.

Millionen unterdrückter, entrechteter und beschäftigungsloser Werktätiger der kapitalistischen Länder sehen, daß der mächtige Sowjetstaat der ganzen Welt Frieden anbietet, daß unsere Verfassung ein weiteres Mal unsere Entschlossenheit bekräftigt, unsere wundervolle Erde nicht nur vor der Gefahr eines Kernkriegs, sondern auch vor der Verletzung ihrer natürlichen Harmonie zu bewahren. Sie sehen, daß wir ihnen statt neuer Todeswaffen der imperialistischen Mächte unsere erprobte, unbesiegbare Waffe, die Waffe der Freundschaft, die Waffe der Brüderlichkeit, die Waffe des Friedens anbieten.

Was unsere Gegner angeht, haben sie sich, wie Leonid Breschnew in seinem großartigen Bericht sagt, auch jetzt nicht beruhigt. Die reaktionäre Presse nimmt keine Kenntnis von den realen Tatsachen, von offensichtlichen Wahrheiten, speit Gift und Galle auf unsere Verfassung, verfälscht unsere Wirklichkeit, unsere Überzeugungen und Bestrebungen.

Was gefällt ihnen denn nicht? Unserem Klassenfeind gefällt weder die sowjetische Demokratie noch die führende Rolle der Kommunistischen Partei im Leben der sowjetischen Gesellschaft. Ihm gefällt an unserer Verfassung nicht das juristische und faktische Gleichberechtigung aller Nationen und Völker unseres Landes, ihre brüderliche Freundschaft. Unsere ideologischen Gegner wollen, was es auch koste, die Flamme des Nationalismus schüren, die

sie als Sprengstoff ansehen, sie wollen den Glauben der sowjetischen Völker in die Leninsche Nationalitätenpolitik untergraben. Und obwohl bei uns kein Boden für das Aufkommen solcher Gefühle ist, ist ihnen das völlig egal, sie brauchen diese Mär vom Nationalismus nur, um den unterdrückten Völkern die Köpfe zu vernebeln, um sie mit einer angeblich mangelnden Gleichheit der sowjetischen Nationen einzulullen. Auf diese Behauptungen der Fürsprecher des Imperialismus möchte ich mit den Worten des Helden der Sowjetunion, des Dagestaners Magomed Abdulmanapow antworten. In einer Schlacht um die Krim wurden acht sowjetische Soldaten, unter ihnen der Dagestaner Abdulmanapow, nachdem sie ein heftiges, ungleiches Gefecht überstanden und alle Munition verschossen hatten, schwer verwundet von den faschistischen Eroberern gefangen genommen. Die Hitlerhenker quälten sie lange und fuhren, da sie nichts erreichten, den Dagestaner an: „Die sind ja Russen, Fremde, du aber bist doch nicht ihr Landsmann, du bist für sie ein Fremder. Weshalb schweigst du denn?“ Unser Soldat antwortete stolz: „Ich bin auch Russe. Wir alle sind Kinder einer Heimat. Wir sind alle Sowjetmenschen.“ Das Wort „Sowjetmensch“ ist jetzt zu einem allumfassenden, stolzen Wort für alle Völker unserer ruhmreichen Heimat geworden.

Die Worte „sowjetische Menschengemeinschaft“, „Sowjetvolk“ benutzen unsere Feinde, um zu beweisen, daß wir angeblich die Entwicklung der Nationen und ihrer Kultur nicht bejahen, sondern negieren. Das ist sehr primitiv. Wir wollten und wollen nicht aus allen Sternen einen Mond machen, um so weniger, als es auf dem Mond ja kein Leben gibt. Die stürmische Wiedergeburt aller Nationen und Völkerschaften, das Aufblühen ihrer Kulturen finden in dem Entwurf der neuen Verfassung ihren Ausdruck. Das wird auch am Beispiel Dagestans, einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik, erkennbar, wo kleine Völker leben, die in 32 Zungen und Dialekten reden.

Die Völker Dagestans — Taten, Tabasaranen, Nogaizen —, deren Anzahl 20 000 bis 30 000 nicht übersteigt, haben ihre Rundfunksendungen, ihre Zeitungen, ihre Prosa, ihre Poesie und Dramatik in ihren Muttersprachen. Und das wird ihnen

von der sowjetischen Verfassung garantiert. Haben das alles aber zum Beispiel die Indianer, auf deren ursprünglichem Territorium die Vereinigten Staaten von Amerika entstanden sind? Nein, sie haben es nicht. Und wir wissen nur zu gut, daß es auch viele Millionen Bewohner der Vereinigten Staaten von Amerika nicht haben. Dennoch schämt man sich dort in Übersee gar nicht, von irgendwelchen Verletzungen der Demokratie in unserem Lande, von einer Beschneidung der Freiheit gewisser Personen und Nationen zu sprechen. Das ist nun wirklich schon so, wie es im Sprichwort heißt: Sie sehen den Splitter im Auge des anderen, aber den Balken im eigenen Auge bemerken sie nicht.

In diesem Chor der überseeischen Verleumder vernehmen wir natürlich auch die Stimmen der aus unserem Lande stammenden Renegaten. Sie werden dort, im Westen, als Schriftsteller, Wissenschaftler, Kämpfer für die Freiheit, Dissidenten ausgegeben. Und wer weiß, wofür noch. Für uns aber sind sie ruhsüchtige Schreihälse und armselige Kleingeister.

Der Gradmesser für Wert und Würde jedes Menschen, wer er auch sei, ist in unserem Lande seine Einstellung zu seinem Land, zu seiner Heimat, zu seiner Partei, zu seinem Volk. Und abscheulich sind jene, die ihr Heimatland, ihr Vaterland verleumden. Für diese „Kämpfer für die Freiheit“ ist Gesetzlosigkeit Gesetz, Gesetzlosigkeit aber öffnet bekanntlich Tür und Tor für Gemeinheit und Schamlosigkeit. Diese ihre Töne sind nichts für uns.

Genossen Deputierte! Es gibt sicher keinen Kunstschaffenden, der nicht sehr eingehend die Artikel 46 und 47 des Verfassungsentwurfs über das Recht der Bürger auf Nutzung der kulturellen Errungenschaften und auf Freiheit des Schaffens studiert hätte.

G. SMIRNOW

Häuerbrigadier aus Nowokusnezk (Deputierter des Wahlkreises Ordshonikidse, Gebiet Kemerowo)

Genossen Deputierte! Es gibt im menschlichen Leben besonders feierliche, unvergeßliche Tage, die im Gedächtnis und im Bewußtsein eines jeden tiefe Spuren hinterlassen. Solche erregenden, einmaligen Tage sind für uns alle die histori-

Auch wir Schriftsteller, Vertreter unserer vielsprachigen, vielfältigen Literatur, haben diese Artikel aufmerksam analysiert. Wir alle erinnern uns, wie eindringlich und bildhaft Genosse Leonid Breshnew auf unserem XXV. Parteitag von der Rolle der schöngestigten Literatur sprach. Deshalb meine ich, die Rolle der sowjetischen Literatur hätte vielleicht einen markanteren Ausdruck in der Verfassung der UdSSR finden sollen.

Wo auch immer ich war, in Bergen und Tälern, in den Städten und Auls Dagestans, überall äußerten meine Landsleute ihren Stolz auf die ruhmreiche sowjetische Heimat, äußerten sie ihre vollständige Zustimmung zur neuen Verfassung, ihre herzlichste Anerkennung und Dankbarkeit für deren Autoren. Die einzige Bitte war, so rasch wie möglich das Wort „Entwurf“ zu streichen und dieses Gesetz unter dem Namen Grundgesetz — Verfassung der UdSSR — herauszugeben.

Genosse Breshnew! Auf der vorigen Tagung des Obersten Sowjets sind uns Ihre Worte sehr zu Herzen gegangen. Sie sagten, daß der Wille des Volkes, der Wille der Partei für Sie Gesetz ist. Lassen Sie mich Ihnen bei dieser Gelegenheit im Namen der Wähler, durch deren Willen ich heute in diesem hohen Haus stehe, im Namen aller Dagestaner tiefe Dankbarkeit und die Anerkennung des Volkes für Ihre unermüdliche Arbeit zum Ruhm unserer Heimat, für den Frieden und das Gedeihen aller Völker der Erde aussprechen, dafür, daß Sie die besten Traditionen der Geschichte unserer Partei, unseres Volkes weiterführen. Das ganze sowjetische Volk schließt sich, überzeugt von seiner lichten Zukunft, vor der ganzen Welt stolz und laut den edlen Worten unserer Hymne an:

„Es lebe die durch den Willen der Völker gegründete einheitliche, mächtige Sowjetunion!“

schen Tage dieser außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR.

Wie alle Deputierten, wie unser ganzes sowjetisches Volk habe auch ich mit großem Stolz und großer Freude den Bericht des Genossen

Leonid Breshnew über den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR gehört. Während ich den von tiefer Weisheit durchdrungenen Worten des hervorragenden Führers unserer Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates lauschte, dachte ich, welch ein Glück es ist, unmittelbarer Teilnehmer dieses historischen Ereignisses, der Verabschiedung der neuen Verfassung der UdSSR, zu sein!

Wir empfinden dieses bemerkenswerte Dokument unserer Epoche als ein Symbol des siegreichen Kampfes des sowjetischen Volkes für den Triumph der kommunistischen Ideale, als Verkörperung der geheiligsten Wünsche der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Und wie sehr unsere Gegner im Ausland auch wüten, wie sehr sie auch versuchen, die Bedeutung unserer Verfassung herabzusetzen, wir Arbeiter unserer sozialistischen Heimat wissen, daß die neue Verfassung ein weiteres klares Beispiel für die Überlegenheit der gerechtesten und humansten Gesellschaftsordnung, des Sozialismus, ist.

Unsere neue Verfassung zeigt den Menschen der ganzen Erde deutlich, was das werktätige Volk erreichen kann, wenn es die Ausbeuterketten abgeworfen hat und den von Lenin gewiesenen Weg des Sozialismus und des Kommunismus geht.

Wir sind auch davon überzeugt, daß die Annahme der neuen Verfassung nicht nur von enormer Bedeutung für unser Land ist, sondern auch ein Akt von weltweiter historischer Bedeutung, ein Beitrag unserer Leninschen Partei und des ganzen sowjetischen Volkes zum Kampf für den Fortschritt der Menschheit, für einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern.

Die neue Verfassung der UdSSR wird alle Unterdrückten der Erde wie eine Sturmglöcke zum verstärkten Kampf für ihre soziale Befreiung rufen.

Meine Arbeitskollegen in der Grube „Jubilejnaja“ und die Wähler des Wahlkreises Ordshonikidse in der Stadt Nowokusnezsk haben mich, als sie mich zur Tagung des Obersten Sowjets verabschiedeten, beauftragt, für die neue Verfassung der UdSSR, für das weitere Gedeihen unserer ruhmreichen Heimat zu stimmen. Und im vollen Bewußtsein der hohen Verantwortung für die mir übertragene Mission, sehr froh und glücklich, erfülle ich diesen Volksauftrag.

Die Bergleute unserer Grube haben den Entwurf der neuen Ver-

fassung der UdSSR bewegt und sachlich diskutiert. Sie wie alle Werktätigen des Kusnezckbeckens unterstrichen die unschätzbare Rolle des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Vorsitzenden der Verfassungskommission, Genossen Leonid Breshnews, bei der Schaffung dieses historischen Dokuments unserer Epoche.

Ich wurde gebeten, Ihnen, werter Leonid Iljitsch, einen herzlichen Arbeiterdank für die Ausarbeitung dieses so hervorragenden Dokuments wie die Verfassung des reifen Sozialismus, für die unermüdliche Sorge um die arbeitenden Menschen, um ihr Wohlergehen und Glück auszusprechen.

Genossen, diese festlichen Tage der Annahme der neuen Verfassung fallen kurz vor das bedeutsame Jubiläum des Sowjetstaates.

Es ist selbstverständlich, daß wir mit der Annahme des Grundgesetzes der UdSSR die Bilanz unserer 60jährigen Aufwärtsentwicklung ziehen. Diese Entwicklung ist riesig, schwierig und gleichzeitig herrlich. Wir sind stolz auf die stets zunehmende wirtschaftliche Stärke unseres Staates, stolz auf die kolossalen Veränderungen in den Arbeitsbedingungen der Werktätigen. In unserem Industriegebiet Kusnezckbecken zum Beispiel hat sich der Produktionsausstoß seit 1913 auf das 1268fache erhöht. Heute, kurz vor dem 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution, sollte man sich daran erinnern, daß das ganze vorrevolutionäre Kusnezckbecken mit seinen primitiven Bergwerken genausoviel Kohle gab wie heute unsere Brigade allein.

Der Ausstoß von Gußeisen, Stahl und Walzgut hat allein in Nowokusnezsk den Produktionsstand der Schwarzmetallurgie ganz Rußlands des Jahres 1916 übertroffen.

Die heutige Generation der Bergleute kann sich nur schwer die Arbeit der Kumpel im zaristischen Rußland vorstellen. Von den Kapitalisten erbarmungslos ausgebeutet, hatten sie nur die primitivsten Arbeitsgeräte: Kellhauen, Spaten, Schleppschlitten. Heute dagegen stattet der Sowjetstaat die Bergleute mit der modernsten und leistungsfähigsten Technik aus.

Die Bergleute des Kusnezckbeckens besitzen 230 mechanisierte Komplexe, 470 Abbaumaschinen und 230 Vortriebskombines. Weitgehend werden fortschrittliche Erschließungsmethoden im Tagebau und mit Wasserkraft eingeführt,

Während des 9. Planjahrfünft und in den anderthalb Jahren des laufenden Fünfjahrplans wurden im Kusnezckbecken 850 Millionen Tonnen Kohle gefördert, darunter mit Wasserkraft 35,4 Millionen Tonnen.

Doch ich würde sagen, Technik ist gut, noch besser aber die Menschen, die diese Technik nicht nur meistern, sondern in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern Wege zu ihrem wirksamsten Einsatz finden. Das ist die moderne sowjetische Arbeiterklasse mit ihrem hohen Bildungsniveau und ihrer hohen Kultur, mit ihrem klaren Verständnis für die hohen Ziele unseres gemeinsamen kommunistischen Aufbaus. Das Bewußtsein, daß er für sich arbeitet, für das Wohl seines Volkes, verleiht dem arbeitenden Menschen ungeahnte Kräfte.

Die Herren Imperialisten haben es schwer, die Quellen des beispiellosen Wachstums der sozialistischen Wirtschaft zu erfassen. Dabei ist das alles ganz einfach. Der sowjetische Mensch ist der Herr seines Landes, der Schöpfer von Gegenwart und Zukunft. Das weckt Arbeitselan und Enthusiasmus, den unermüdlichen Wunsch nach neuem Wachstum.

Wir haben die lobenden Worte Leonid Breshnews auf dem XXV. Parteitag der KPdSU über den Wettbewerb der Tausender-Brigaden im Bergbau in guter Erinnerung. Heute gibt es mehr als 100 solcher Brigaden im Kusnezckbecken, und auf sie entfallen 25% der in diesem Gebiet geförderten Kohle. Nun wurde im Wettbewerb der Bergleute ein neuer Schritt getan: vier Brigaden des Kusnezckbeckens werden je eine Million Tonnen Brennstoff fördern.

Unsere Brigade hat als erste im Lande eine Million Tonnen Kohle im Jahr gewonnen. Doch darin liegt eben die Gesetzmäßigkeit unserer Entwicklung, die Stärke des sozialistischen Wettbewerbs, daß die Leistungen der einzelnen heute zur Sache vieler werden, morgen aber zur Sache aller Arbeitskollektive.

Auf Initiative unserer Brigade entstand in der Grube die Bewegung der kollektiven Lehrlingsbetreuung. Wir haben die Patenschaft über die Komsomolzenbrigade des Genossen Mussochranow übernommen, haben ihr unsere besten Arbeiter gegeben, sie die effektivsten Arbeitsmethoden gelehrt und ihr geholfen, ebenfalls die Millionenmarken zu erreichen. Heute verheßen wir schon gemeinsam einer dritten Brigade, der des Genossen Mingulow auf diesen hohen Stand. Und ich freue mich, heute in diesem hohen

Haus dem Obersten Sowjet der UdSSR berichten zu können, daß alle drei Brigaden zum 60. Jahrestag des Großen Oktober jeweils eine Million Tonnen Kohle liefern werden.

Unsere Initiative der kollektiven Lehrlingsbetreuung wurde vom Gebietspartei Komitee gebilligt und fand im ganzen Kusnezckbecken weite Verbreitung.

Der schöpferische Wettbewerbsgeist zur Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums ist unsere größte Errungenschaft, ist etwas, was es in der Gesellschaft der Ausbeutung und Unterdrückung nie gegeben hat und nie geben wird! Mich persönlich erstaunt und ärgert aus tiefster Seele das hysterische Geschrei wutentbrannter Leute im Ausland über die sogenannte Verletzung der Menschenrechte in der UdSSR. Man kann sich nur wundern, daß sich selbst Staatsmänner zu Begegnungen mit allen möglichen Renegaten und Kriminellen hergeben.

Die berüchtigten „Kämpfer“ für die Bürgerrechte verleumden unsere Gesetze, unsere Verfassung. Sollen sie nur schreien! In unserer Brigade sagen wir dazu: „Wenn sich mit Geschrei Städte bauen ließen, dann wäre der Esel der beste Baumeister!“ Vielleicht versuchen diese schreienden Herrschaften und ihre Hintermänner mal, ein kapitalistisches Land zu nennen, wo eine so starke Beteiligung von Werktätigen an der Arbeit des höchsten Staatsorgans und der örtlichen Machtor-gane möglich wäre.

Ich, ein Bergmann, wurde zum Deputierten und zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt und beteilige mich an der Beschlußfassung über die wichtigen Fragen der Innen- und Außenpolitik des Landes.

Im Entwurf der neuen Verfassung kommt deutlich das Leninsche Prinzip der Volksmacht, der Teilnahme

der breiten Massen an der Leitung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten zum Ausdruck. An dieser Leitung haben Millionen Werktätige teil. Aus der Arbeiterklasse werden zum Beispiel in unserem Gebiet jährlich bis zu 3000 Personen mit leitenden Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsposten betraut.

Das ist unsere sowjetische Wirklichkeit, das ist unsere sowjetische Lebensweise!

Genossen! Während der Aussprache über den Entwurf der Verfassung der UdSSR wurde von den Arbeitskollektiven wärmstens der Punkt unterstützt, in dem es heißt, die Verwirklichung der Rechte und Freiheiten sind von der Erfüllung der Bürgerpflichten nicht zu trennen.

Man braucht kein Hehl daraus zu machen, daß man noch Menschen begegnet, denen die Arbeiterethik nichts gilt, die manchmal versuchen, von der Gesellschaft mehr zu nehmen und ihr weniger zu geben. Gegen solche Freunde eines leichten Lebens führen wir den erbarmungslosesten Kampf, und es ist sehr gut, daß in Artikel 60 des Grundgesetzes die vordringliche Pflicht niedergelegt ist, gewissenhaft zu arbeiten sowie die Arbeits- und Betriebsdisziplin strikt einzuhalten.

In diesen Tagen empfinden die sowjetischen Menschen einen außer-gewöhnlichen Elan. Ich als Vertreter der Bergleute möchte noch einmal von ganzem Herzen unserer Leninschen Partei, dem Politbüro des ZK unter Leonid Breschnew für die weise Führung, für die Gewährleistung des friedlichen und glücklichen Lebens der sowjetischen Menschen danken. Wir Arbeiter aber werden als Antwort auf die Sorge von Partei und Regierung keine Kraft und Energie zur Erfüllung der Beschlüsse des XXV. Parteitags der KPdSU, zur weiteren Stärkung der Macht und zum allseitigen Gedeihen unserer großen und heißgeliebten Heimat scheuen!

die Georgier, die Moldauer, die Aserbaidshaner, die Tadshiken, die Armenier — Brüder, wir gehören alle zur großen, einträchtigen sowjetischen Familie, und wir haben uns in Moskau zu unserem gemeinsamen frohen Fest versammelt.

Zusammen mit Ihnen hörte ich den Bericht des Genossen Leonid Iljitsch Breschnew, und ebenso wie Sie war ich stolz auf die gewaltigen Errungenschaften unseres Volkes in der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Entwicklung, die nun in der neuen Verfassung der UdSSR verbriefte sind. Von ganzem Herzen schließe ich mich denjenigen an, die den Entwurf des neuen Grundgesetzes auf der heutigen historischen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR begeistert gebilligt haben. Was ich jetzt denke und sage, ist Ausdruck nicht nur meiner eigenen Gedanken und Gefühle. Ebenso denkt an die Partei und die Sowjetregierung, ebenso empfindet jeder georgische Arbeiter, jeder georgische Kollektivbauer, jeder Vertreter der georgischen Intelligenz.

Lieber Leonid Iljitsch! In den georgischen Familien gibt es eine Tradition: Wenn eine Familie zu einem Fest zusammenkommt, sagt jedermann offen und aufrichtig den anderen, was er an Nützlichem und Gutem getan hat. Sie sind in unserer großen sowjetischen Familie der geliebteste, erlauben Sie mir deshalb, im Einklang mit unserer Tradition zu sagen, warum wir Ihnen so viel Achtung und Liebe entgegenbringen. Vor allem deshalb, weil Sie ein weiser Staatsmann, zugleich aber einer von uns sind. Der Weg, den Sie zurückgelegt haben, gleicht dem Weg von Millionen sowjetischer Werktätigen. Wir achten Sie hoch für Ihre ungewöhnliche Arbeitsamkeit. Auch freuen wir uns über Ihre Ruhe und Ihre Zuversicht, sie teilen sich uns allen mit und ermöglichen den sowjetischen Menschen ein fruchtbares Arbeiten unter dem friedlichen Himmel und unseren Kindern das Heranwachsen im Frieden und in der Hoffnung, daß die Zukunft nie durch Explosionen von Neutronenbomben getrübt wird!

Bewegten Herzens danken wir Ihnen für Ihre väterliche Sorge um jeden von uns. Ihre Besuche in unserer Republik, bei denen Sie die Probleme und Erfordernisse Georgiens, der georgischen Parteiorganisation so tief erkannt haben, bleiben uns unvergeßlich. Daß in unserer

W. MEUNARGIJA

Mechanisator des Teesowchoses Ingir (Deputierter des Wahlkreises Sugdidi, Georgische SSR)

Genossen Deputierte! Ich bin zu-tiefst bewegt. Als ein Sowjetbürger als erster Erdbewohner in den Weltraum aufstieg, war das eine Sternstunde der ganzen Menschheit. Eine solche Sternstunde erlebe auch ich, einfacher Mechanisator von den Teeplantagen, jetzt, da ich das Glück habe, mich an der

Annahme der neuen Verfassung der UdSSR zu beteiligen. Zugleich damit habe ich ein Gefühl, das bestimmt jedermann in diesem Saal teilt — die Empfindung eines Festes, das man im Kreise seiner Familie feiert. Ist es denn nicht so? Wir sind ja alle — die Russen, die Ukrainer, die Usbeken, die Litauer,

Republik viele negative Erscheinungen der kürzlichen Vergangenheit überwunden und die Leninschen Lebensnormen wiederhergestellt worden sind, daß das georgische Volk arbeitsfroh und zuversichtlich wie nie zuvor ist — das ist in hohem Maße Ihr Verdienst, teurer Leonid Iljitsch! Wir freuen uns über Ihre herzlichen Schreiben an die Besten und Neuerer der Volkswirtschaft der Republik.

Auf die hohe Einschätzung, die Sie, teurer Leonid Iljitsch, unserer Arbeit gegeben haben, sind mit Recht alle Werktätigen der Republik stolz, die die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR durch große Arbeitssiege gewürdigt haben.

Wir haben nicht vergessen, wie Sie, Leonid Iljitsch, in Charkow sagten: „Die Hauptstütze der Partei ... ist unsere heldenhafte Arbeiterklasse... Die Partei weiß: Auf die Arbeiterklasse kann man sich in allem verlassen.“ Diese Worte ehren uns, und wir versichern Sie: Die Arbeiterklasse, alle Werktätigen des Landes verlassen sich in allem auf Sie, teurer Leonid Iljitsch.

Genossen Deputierte! Das gesamte Volk unserer Republik hat den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR erörtert. Auf den Versammlungen, an denen insgesamt 2,8 Millionen, fast die ganze erwachsene Bevölkerung Georgiens, teilnahm, ergriffen 256 000 Personen das Wort. Sie brachten Tausende und aber Tausende Vorschläge und Abänderungen zum Entwurf des Grundgesetzes ein. In ausnahmslos allen Vorschlägen wurden die Anerkennung, Billigung und Unterstützung von Geist und Buchstaben der Verfassung zum Ausdruck gebracht.

Genossen Deputierte! Die Aussprache über den Entwurf der neuen Verfassung demonstrierte eindrucksvoll die hohe gesellschaftliche und Arbeitsaktivität, das hohe politische Bewußtsein der Kommunisten und aller Werktätigen der Republik, ihre grenzenlose Liebe zu unserer großen Heimat, ihre unerschütterliche Treue zu den Idealen unserer Leninschen Partei. Es ist durchaus gesetzmäßig, daß im Entwurf der Verfassung einer Gesellschaft, die den Kommunismus aufbaut, Probleme der Arbeit der sowjetischen Menschen großen Raum einnehmen. Dies nicht nur in bezug auf unsere heutigen Probleme und Aufgaben, sondern auch für die Perspektive. Damit meine ich die These des Entwurfs, der Staat trage dazu bei, daß

die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis jedes sowjetischen Menschen wird.

Was ist aber für Arbeit als Lebensbedürfnis kennzeichnend? Selbstverständlich die schöpferische Einstellung, das Neuerertum im weitesten Sinne des Wortes. Dazu beitragen, daß die Arbeit zum Lebensbedürfnis wird, heißt also vor allem das Neuerertum unterstützen, die schöpferische Einstellung zur Arbeit auf jede Weise zu fördern und anzuerkennen. Meines Erachtens muß man in der Verfassung der UdSSR deshalb unbedingt fixieren, daß der Staat das Neuerertum, die schöpferische Einstellung zur Arbeit fördert.

Die neue Verfassung unseres Landes widerspiegelt den Triumph der Leninschen Nationalitätenpolitik und legt in Gesetzesform die Wege für das weitere Aufblühen und die gegenseitige Annäherung der Nationen in unserem Lande fest.

In den Jahren der Sowjetmacht ist Georgien, einst ein rückständiges koloniales Randgebiet des zaristischen Rußland, zu einer hochentwickelten Industrie- und Agrarrepublik, zu einer Republik der fortgeschrittenen sozialistischen Kultur geworden. Der Ausstoß an Industrieerzeugnissen der Republik ist auf das 250fache, der an Agrarerzeugnissen auf das 7fache, die Investitionen auf das 420fache gestiegen.

Die Kultur der Republik hat ein nie dagewesenes Niveau erreicht. Die Georgische SSR, in der Vertreter von mehr als 80 Nationen und Völkern leben und arbeiten, ist gleich den anderen Unionsrepubliken zu einem Muster der Völkerfreundschaft geworden.

Die beispiellose Entwicklung der materiellen und geistigen Kultur Georgiens ist nur dank der allseitigen Hilfe seitens des großen russischen Volkes und seiner heldenhaften Arbeiterklasse möglich geworden. Im Grunde war es eine wahre Heldentat der Arbeiterklasse der großen Nation, die sie im Geiste des Sozialismus und proletarischen Internationalismus vollbrachte.

Dank dieser Tat, dank allen gigantischen Vollbringungen und Wandlungen in unserem Leben seit 1917 hat sich auch das geistige Leben, das geistige Format sowohl jedes einzelnen sowjetischen Menschen als auch des ganzen Volkes verändert. Wir sowjetischen Menschen fühlen uns Aufgaben gewachsen, die Menschen, die außerhalb des

sozialistischen Systems leben, nicht bewältigen können.

Wissen Sie noch, wie der Kommisar dem beinamputierten Flieger Meressjew im Lazarett auf seine Zweifel antwortete, ob er noch weiter fliegen könne? Der Kommissar sagte: „Du wirst es können, weil du ein sowjetischer Mensch bist!“

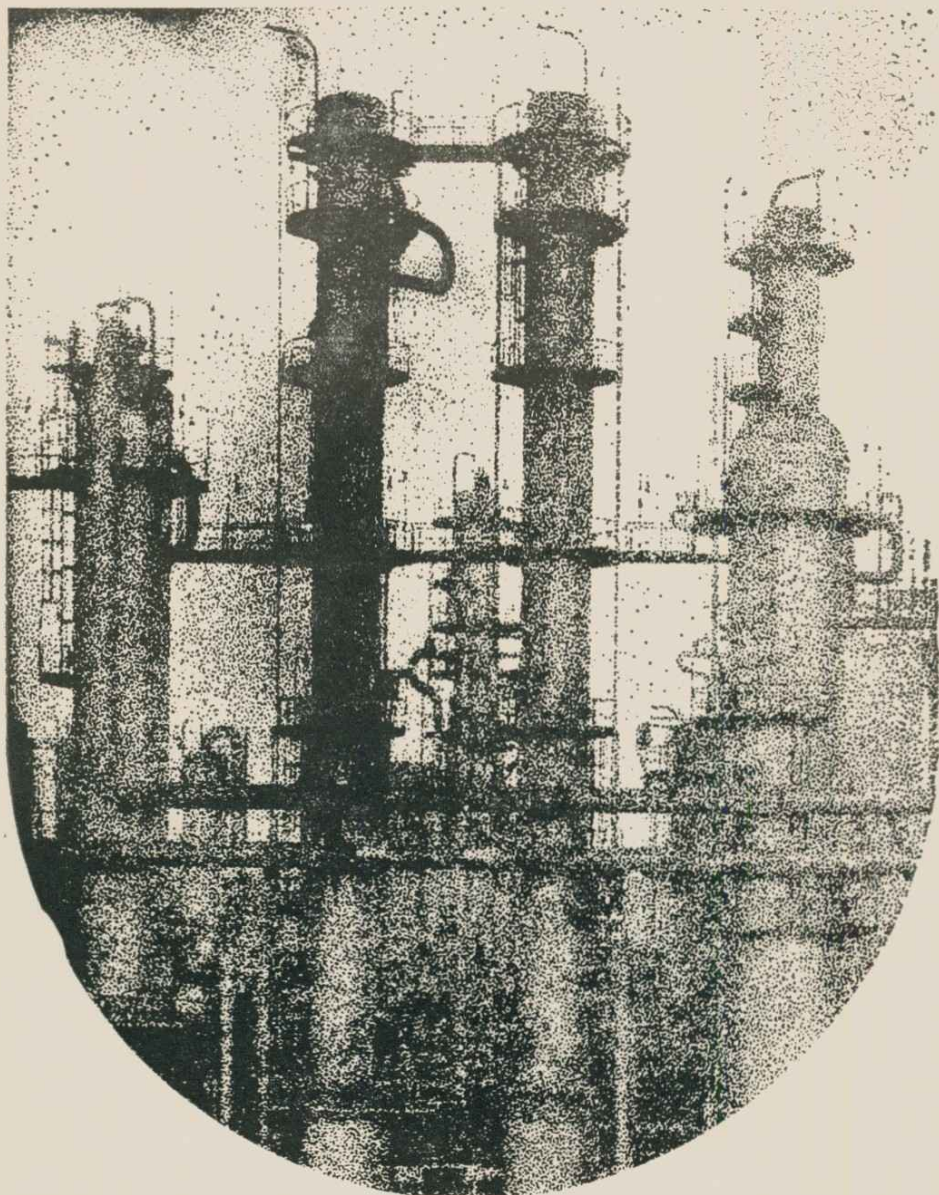
Und auch wir sagen: Wir können alles, weil wir im Kampf gegen Schwierigkeiten stärker werden, weil uns die immer höheren Ziele immer neue Kräfte verleihen, weil wir alles können, weil wir sowjetische Menschen sind.

Wir georgischen Teebauern möchten, daß unser Erzeugnis, unser aromatischer Tee den sowjetischen Menschen bei der Arbeit hilft, sie energischer macht. Wir werden alles tun, damit die Teefabriken nur Rohstoffe erster Güte erhalten, damit der Tee von Jahr zu Jahr besser schmeckt. Zu diesem Zweck muß erreicht werden, daß die Kapazität der Teefabriken hinter dem immer höheren Tempo des Einbringens der Teebblätter, hinter unseren ständig wachsenden Tee-Ernten nicht zurückbleiben.

Diese Frage wurde schon wiederholt gestellt. Damit sie endgültig gelöst wird — und ich bin sicher, es wird es —, möchte ich gerade heute da wir den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR, das Unterpfand unserer neuen Errungenschaften und Siege in der Volkswirtschaft unseres Landes, erörtern, daran erinnern, daß allein in unserem Rayon Sugdidi mindestens drei Teefabriken gebaut werden müssen. Etwa die gleiche Lage ist auch in den anderen Rayonen der Republik.

Genossen Deputierte! Im Auftrag aller Werktätigen Georgiens, im Auftrag der Wähler des Wahlkreises Sugdidi bringe ich den Vorschlag ein, den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR, den das Volk bei der Aussprache über ihn gutgeheißen hat, zu bestätigen.

Ich möchte Sie, teure Genossen Deputierte, sowie das Zentralkomitee unserer Partei und Sie, teure Genosse Leonid Iljitsch, versichern, daß die Werktätigen des mit vielen Orden ausgezeichneten Georgiens die fest zu ihrer kommunistischen Partei stehen, den 80. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution durch neue Arbeitserfolge würdigen und ihren Beitrag leisten werden zur Verwirklichung der grandiosen Pläne des kommunistischen Aufbaus unseres Landes.



CHEMAPOL

**DAS TOR ZUR
TSCHECHOSLOWAKISCHEN
CHEMIE**

CHEMAPOL AS

Kodáňska 46

100 10 Prag 10, ČSSR

Ruf: 715, Telex: 122021

Telegrammanschrift: Chemapol Prag

ČSSR-MONOPOL AUF EXPORT

UND IMPORT VON CHEMIEERZEUGNISSEN

UND ARZNEIMITTELN

VOM DEKRET ÜBER DEN FRIEDEN ZUM FRIEDENSPROGRAMM



Im Saal des Smolny in Leningrad — dort, wo Lenin das historische Dekret über den Frieden proklamierte — fand eine Fest-sitzung des Sowjetischen Friedenskomitees statt. Sie war dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und den Aufgaben der Friedensanhänger gewidmet. Zusammen mit den Vertretern aller Repu-bliken, Regionen und Gebiete der Sowjet-union nahmen eine Delegation des Welt-friedensrates und Gäste aus den soziali-

stischen Ländern daran teil. Auf der Sitzung wurde ein Appell an die Friedenskräfte der Welt gerichtet.

Unsere Bilder: Eröffnung der Fest-sitzung ♦ Akademiemitglied J. Fjodorow hält ein Referat ♦ Im Sitzungssaal ♦ Hel-den der sozialistischen Arbeit: Filmregis-seur G. Alexandrow und der Dichter M. Dudin ♦ Auf dem Piskarjow-Friedhof ♦ Im Nawa-Maschinenbauwerk.

Fotos: A. Motschalin

